

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

MERCOSUR zwischen gesamtlateinamerikanischer
und regionaler Integration.
Politische Perspektiven.

Verfasserin

Verena Kovacs

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im August 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ. Doz. Dr. Gernot Stimmer

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort	5
2. Einleitung	6
2.1. Wissenschaftliche Relevanz.....	8
2.2. Aufbau der Arbeit	9
3. Methoden	10
4. Theoretische Grundlagen	11
4.1. Neofunktionaler Institutionalismus.....	11
4.2. Liberaler Intergouvernementalismus	13
4.3. Interpräsidentialismus.....	14
5. Integration und Regionalismus als Ordnungsmodelle	19
5.1. Integration	19
5.2. Regionalismus	22
6. Integrationspolitischer Hintergrund	28
6.1. Panamerikanismus	28
6.2. Lateinamerikanismus.....	31
7. MERCOSUR – geglückte Integration auf dem lateinamerikanischen Subkontinent	35
7.1. Hintergründe.....	35
7.2. Entstehung des MERCOSUR.....	36
7.3. Mitglieder des MERCOSUR	39
7.3.1. Wirtschaftliche Eckdaten	40
7.3.2. Brasilien – größte Volkswirtschaft im MERCOSUR	42
7.3.3. Argentinien – Krisengeschütteltes Mitglied am Rio Plata.....	45
7.3.4. Paraguay – Land der „defekten Demokratie“	48
7.3.5. Uruguay – die „Schweiz“ des MERCOSUR	51
7.3.6. Venezuela – auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft.....	54
7.4. Wegbereiter des MERCOSUR	57
7.5. Der Gründungsvertrag von Asunción	58

7.5.1. Der Vertrag.....	59
7.6. Das Protokoll von Ouro Preto.....	60
7.7. Folgeprogramme und –verträge.....	63
7.8. Organe des MERCOSUR.....	65
7.9. Politische Herausforderungen des MERCOSUR	71
8. MERCOSUR zwischen gesamtlateinamerikanischer und regionaler Integration.....	79
8.1. Die Aufnahme Venezuelas.....	80
8.2. ALCA – das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ist gescheitert	82
8.2.1. Struktureller Verhandlungsaufbau.....	83
8.2.2. Gipfel der Americas.....	84
8.2.3. Asymmetrien als Grund für das Scheitern des Projekts	86
8.2.4. „No al ALCA“ – Widerstand gegen das ALCA-Projekt.....	88
8.2.5. Schlussfolgerungen.....	90
8.3. ALBA – Alternativa Bolivariana para América Latina	90
8.3.1. Mitglieder der ALBA	95
8.3.2. Widersprüche und Probleme innerhalb der ALBA.....	99
8.4. Die UNASUR – Unión de Naciones Suramericanas	101
8.5. Perspektiven.....	105
8.5.1. Das Souveränitätsprinzip	105
8.5.2. Die Regionalmacht Brasilien	107
8.5.3. Institutionelle und operative Probleme	109
8.5.4. UNASUR und ALBA als Konkurrenz?	112
8.5.5. Fragmentation regionaler Integration	114
8.5.6. Beziehungen zur EU	115
9. Conclusio	118
10. Literaturverzeichnis	122
11. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	132

1. Vorwort

In diesem Vorwort möchte ich kurz beschreiben, was dazu geführt hat, dieses Thema für meine Diplomarbeit auszuwählen.

Bereits in den Anfängen meines Studiums der Politikwissenschaften wurde mein Interesse für den lateinamerikanischen Kontinent geweckt. Nicht nur die Liebe zur spanischen Sprache, sondern auch das Interesse an der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt des Kontinents führten dazu, dass ich mich im Bereich der internationalen Politik auf das Thema Lateinamerika im Laufe meines Studiums spezialisiert habe.

Mein Interesse an der lateinamerikanischen Kultur wurde weiters durch eine 4-wöchige Studienreise nach Kuba vertieft. Im Herbst 2007 ging ich dann für ein ERASMUS-Studienjahr nach Madrid, wo ich meine Kenntnisse über die Geschichte, Kultur und vor allem die Politik Südamerikas festigen konnte. Durch das Studium an der Universidad Complutense in Madrid war mir auch möglich, eine fundierte Recherche zu meinem Thema durchzuführen. Ohne den Aufenthalt in Madrid und einigen hilfreichen Professoren an der Universidad Complutense wäre eine solch umfassende Literaturrecherche nicht möglich gewesen.

Auf diesem Wege möchte ich mich auch bei meinem Betreuer, Prof. Dr. Gernot Stimmer, für seine Hilfe während meines Schreibprozesses bedanken.

Ein besonderer Dank gilt meiner Mutter, die mir während meines gesamten Studiums immer eine sehr große Hilfe war!

2. Einleitung

Der MERCOSUR wurde als wirtschaftliches Integrationsprojekt und „strategische Allianz“ zwischen Brasilien und Argentinien inklusive Uruguay und Paraguay 1991 mit dem Vertrag von Asunción gegründet. In den 1990er Jahren, auf einen raschen Aufbau einer Freihandelszone bedacht, wurden Entwicklungen von politischen und sozialen Steuerungsmechanismen völlig außen vor gelassen, und das mit Absicht. Dies führte anfänglich zu einem rasanten Anstieg des interregionalen Handels. 1998 wurde der Höchstwert mit 25 % im Intra-Block-Handel verzeichnet. (Vgl. Gratius 1996: 33) Doch mit dem Beginn der nationalen Krisen in Brasilien 1999 (Abwertung des Peso) und Argentinien 2001 (Finanzcrash) kam auch der MERCOSUR kräftig in Bedrängnis.

Nicht nur die einzelnen staatlichen Probleme führten den MERCOSUR in ein Tief und somit in die Stagnation. Auch das in den 1990er Jahren vorherrschende Konzept des *Offenen Regionalismus* trug dazu bei, dass der Regionalisierungsgrad auf das Vor-Gründungsniveau schrumpfte. „*The exhaustion of that model is, therefore, one of the main causes of the current crisis of Latin American regional integration.*“ (Sanahuja 2007a: 1)

Anfang des 21. Jhdt. wurde der MERCOSUR von vielen Beobachtern zum Scheitern verurteilt. Jedoch änderte sich diese Sichtweise ein wenig nach Amtsantritt der linken Regierungen Lulas 2002 in Brasilien, Kirchners 2003 in Argentinien und Vázquez 2004 in Uruguay. Bereits mit der Amtseinführung Hugo Chávez' 1998 in Venezuela wurde auf dem lateinamerikanischen Kontinent eine neue Ära eingeleitet. Der Neoliberalismus als Garant für wirtschaftliche Stabilität und Eingliederung in den Weltwirtschaftsmarkt hatte ausgedient. Eine neue Option trat in den Vordergrund – der linke Weg. Nachdem auch noch die größte Ökonomie Lateinamerikas, Brasilien, und später auch Argentinien in die Krise schlitterten, verlor das neoliberale Modell ihre Glaubwürdigkeit in der Region. Linke Parteien wurden gewählt als neue Hoffnungsträger, um die Länder aus der Misere zu holen.

Dieser Linksruck erweckte auch neue Hoffnungen auf eine Dynamisierung des Integrationsprojekts. Alle drei Regierungen formulierten die Stärkung des MERCOSUR sowohl in politischer, institutioneller als auch sozialer Hinsicht als wichtiges außenpolitisches Ziel (Vgl. Schmalz 2005: 119). Auch 2006 bestätigte der brasilianische Präsident Lula vor der 2. Versammlung der UNASUR (Union de Naciones Suramericanas) nochmals die Wichtigkeit des Projekts MERCOSUR: „*Tenemos que integrarnos ya, porque no vamos a perder el siglo XXI. Ya perdimos la década de los ochenta, de los noventa, el siglo XX, y sabemos que lo que pase en este siglo va a depender de nuestras capacidades.*“¹ (Sanahuja 2007b: 81)

Doch wie sieht die Zukunft des MERCOSUR im 21. Jhdt. wirklich aus? Der MERCOSUR war gegen Ende des letzten Jahrhunderts das am meisten ambitionierte und einzig wirklich funktionierende Integrationsprojekt auf dem Sub-Kontinent, nachdem die CAN faktisch ihre Arbeit niedergelegt hat. Doch seit Beginn des 21. Jhdt. wurden auch auf anderen regionalen Ebenen Integrationsbemühungen betrieben. So wurden seitens der USA die Verhandlungen für eine panamerikanische Freihandelszone, der ALCA, wieder aufgenommen. Gleichzeitig versuchte Venezuela, unter dem Deckmantel einer gemeinsamen bolivarianischen Ideologie und des Antiimperialismus mit der Gründung der ALBA eine Alternative zur ALCA zu schaffen. Auf sub-kontinentaler Ebene gibt es mit dem Bündnis der UNASUR weitere Bestrebungen, den gesamten südamerikanischen Kontinent zu einer Freihandelszone auszubauen.

¹ Wir müssen uns jetzt integrieren damit wir das 21. Jhdt nicht verpassen. Wir haben schon die 1980er, 1990er, das 20. Jhdt. verloren und wir wissen, dass das was in diesem Jahrhundert passiert von unseren Fähigkeiten abhängig ist.

2.1. Wissenschaftliche Relevanz

Die wissenschaftliche Relevanz des Themas MERCOSUR im Allgemeinen ergibt sich bereits aus der Fülle an Arbeiten zu diesem Bereich sowie aus der interdisziplinären Spannweite des Forschungsgegenstandes. In meinem konkreten Fall sollen die weitere Ausrichtung sowie die möglichen Chancen des Integrationsprojekts in der Zukunft analysiert werden. Meine konkrete Forschungsfrage lautet:

„MERCOSUR zwischen gesamtlateinamerikanischer und regionaler Integration.“

Die von mir herangezogenen Theorien (Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus und Interpräsidialismus) sollen das Konstrukt MERCOSUR erklären und vor allem letztere meine These, dass *der Wirkungsbereich des MERCOSUR nicht über eine regionale Ausweitung hinaus kommen wird*, untermauern.

Meine Hauptthese soll durch folgende weitere Hypothesen begründet werden:

1. Eine Konsolidierung des Integrationsprozesses kann und wird aufgrund des herrschenden Inter-Präsidialismus und des Souveränitätsprinzips nicht stattfinden, da ein spill-over Effekt ausbleibt. Mit dem Beharren auf die Souveränität einher gehen der schwache Institutionalisierungsgrad und das geringe Ausmaß der Normumsetzung, welche eine Vertiefung des MERCOSUR zusätzlich verhindern.
2. Brasilien als Hauptmotor des MERCOSUR könnte auf den Integrationsprozess vertiefend wirken, ist aber aufgrund seiner zahlreichen anderen Initiativen auf globaler und regionaler Ebene zwischen den einzelnen Projekten hin und her gerissen.
3. Bilaterale Abkommen zwischen den einzelnen lateinamerikanischen Ländern und vor allem mit den USA und der EU offerieren oftmals bessere wirtschaftliche Vorteile als ein Beitritt zum Bündnis.

2.2. Aufbau der Arbeit

Meine Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden wichtige Begriffe im Vorfeld definiert und ausführlich beschrieben, um eventuell aufkommenden Unklarheiten vorzubeugen. Weiters wird die theoretische Grundlage, auf der meine Arbeit basiert, kurz umrissen.

Im zweiten Teil handelt es sich um die empirische Untersuchung des Integrationsprojekts MERCOSUR. Neben der Beschreibung des Konstrukts im Allgemeinen werden auch die politischen Herausforderungen, denen sich der MERCOSUR stellen muss, um vorankommen zu können, herausgearbeitet (Kapitel 7). Im Kapitel 8 widme ich mich dann der eigentlichen Forschungsfrage. Aufgrund der Beschreibung der verschiedenen Integrationsbemühungen auf dem Sub-Kontinent soll ein einleitender Schritt vollzogen werden, der die Analyse der Forschungsfrage untermauern soll. In einem separaten Analyseschritt in Kapitel 8.4. werde ich unter Einbeziehung der Theorie sowie der vorangegangenen Beschreibungen meine These und Hypothesen versuchen zu verifizieren.

Im Schlusskapitel (9) werde ich die wichtigsten Erkenntnisse nochmal kurz aufgreifen und man wird sehen, ob sich meine These bestätigt hat, oder nicht.

3. Methoden

Meine Arbeit beruht auf einer intensiven Literaturrecherche von hauptsächlich Sekundärliteratur aber auch Primärliteratur. Das Finden brauchbarer und vor allem ausreichender Literatur war nur möglich, da ich während meines Studiums in Madrid Zugang zur Hispano-amerikanischen Bibliothek des AECID (Agencia Española de Cooperación Internacional para el Desarrollo) und der Universitätsbibliothek der Universidad Complutense hatte. Hier in Wien beschränkte sich meine Recherche vor allem auf das Internet, wo ich einschlägige Zeitschriften und Berichte online finden konnte. Auch das Lateinamerikainstitut wurde eine wichtige Adresse während meiner Literaturrecherche in Wien. Hauptanteil meiner Literatur bilden Bücher und Berichte in spanischer Sprache, aber auch in Deutsch und Englisch.

Die Theorienfindung gestaltet sich anfangs als etwas schwierig. Vermeintlich passende Theorien zum Thema Integration gibt es ja zur Genüge. Jedoch musste ich mir die Frage stellen, ob die gängigen europäischen Integrationstheorien so ohne Weiteres auf den lateinamerikanischen Kontinent übertragbar sind. Ich bin zu dem Entschluss gekommen, dass die europäischen Integrationstheorien treffend den MERCOSUR beschreiben, allerdings nicht ausreichend. Nach intensiver Suche bin ich online auf eine passende Theorie gestoßen, den Interpräsidentalismus. Diese Theorie wurde von dem Argentinier Andrés Malamud, einem wissenschaftlichen Forschungsmitarbeiter des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Lissabon und Doktor der Politik- und Sozialwissenschaften, gebildet. Mit Hilfe der gängigen Integrationstheorien von Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus sowie der Theorie des Interpräsidentalismus ist es mir gelungen, die passende theoretische Untermauerung meines Themas zu finden.

4. Theoretische Grundlagen

Im folgenden Abschnitt soll ein kurzer Einblick in das Theoriekonzept von Integration gegeben werden, ohne jedoch einen Anspruch auf Vollständigkeit und theoretische Tiefe zu beanspruchen.

Innerhalb der politikwissenschaftlichen Integrationsforschung gibt es eine Vielzahl an Theorien, welche Ursachen und Charakter regionaler Kooperation zu erklären versuchen. Grundsätzlich können zwei, für meine Arbeit relevante, theoretische Strömungen von regionaler Integration unterschieden werden: neofunktionaler Institutionalismus und liberaler Intergouvernementalismus.

4.1. Neofunktionaler Institutionalismus

Der neofunktionale Ansatz zählt zu den klassischen Integrationstheorien und ist eine Weiterentwicklung des Funktionalismus, welcher vordergründlich von David Mitrany noch während des Zweiten Weltkriegs bezeichnet wurde. Integrationsprozesse sollten nach funktionalistischer Ansicht *„als Folge der sozialen und ökonomischen Verflechtungsprozesse zwischen Staaten – vorrangig in technisch-unpolitischen Bereichen vonstatten gehen, (...)“* (Bellers/Häckel 1990: 293).

In den späten 1950er Jahren wurde aufgrund der Erklärungsnot bei vorangegangenen Prozessen (Scheitern der EVG) der funktionalistische Ansatz von Ernst Haas weiterentwickelt. Die neofunktionalistische Theorie war geboren. Haas betonte in seinem neuen Ansatz das politische Element im Integrationsprozess. Integration wurde als offener Prozess angesehen. Haas behauptete vorhersagen zu können, dass ein einmal begonnener Integrationsprozess in einem Bereich mit einer Eigenlogik zur weiteren Integration in anderen Bereichen führen wird. Diesen Mechanismus nannte er „spill-over“. Der „spill-over“-Effekt ist zentrales Merkmal der neofunktionalistischen Theorie und ein Prozess, wo *„a given action, related to a specific goal, creates a situation in which*

the original goal can be assured only by taking further actions, which in turn create a further condition and a need for more, and so forth.“ (Malamud 2001: 2)

Anders als bei Mitrany's rein technischem Ansatz, betonte Haas zwei Arten von „spill-over“. Sobald der Integrationsprozess begonnen hat, kann der „spill-over“ entweder funktional oder politisch sein (Vgl. Malamud 2001: 2). Ein weiterer Fokus innerhalb dieses Ansatzes wird auf die gemeinsamen Institutionen gelegt, die relativ autonom im Eigeninteresse die Integration vorantreiben können. Die veränderte Sichtweise des Neofunktionalismus brachte auch eine Wende im geografischen Bereich mit sich. Von nun an standen Kontinente oder größere Regionen im Fokus der Analyse im Gegensatz zu vorher, wo das gesamte Weltsystem im Vordergrund stand.

Nach einiger Zeit jedoch, stieß auch der neofunktionale Ansatz an seine Grenzen. Der „spill-over“-Effekt als Mechanismus reichte nicht mehr aus, um neue Ereignisse innerhalb von Integrationsprozessen zu erklären. Haas hatte den Einfluss von politischen Machtpersonen und deren Ziele unterschätzt. Die Rolle von Individuen wurde nun in den Fokus für eine generelle Entwicklung im Integrationsprozess gestellt. (Vgl. Malamud 2001: 3)

In Bezug auf Lateinamerika kann der neofunktionalistische Ansatz auch als „spill-around process“ (Klaveren 1992: 118) gesehen werden. Neofunktionale Theorie ist nicht immer ein linearer Prozess nach einem bestimmten Modell, denn das Scheitern oder Stocken eines bestimmten Schemas führt in weiterer Folge immer zur Bildung eines neuen Schemas. (Vgl. Klaveren 1992: 118)

4.2. Liberaler Intergouvernementalismus

Der intergouvernementalistische Ansatz zählt zu den zeitgenössischen Theorien innerhalb der Integrationsforschung. Er beinhaltet neorealistische Annahmen (zentrale Rolle von Regierungen und den Begriff der Macht) sowie eine liberale Theorie gesellschaftlicher Interessenbildung. Andrew Moravcsik begründete in den frühen 1990er Jahren dieses Drei-Phasen Konzept zur Bildung von regionalen Zusammenschlüssen.

In der ersten Phase bilden die ökonomischen Interessen jedes einzelnen Staates die Grundlage nationaler Prioritäten, d.h. die Wirtschaft bestimmt, wo es innerhalb des Integrationsprozesses langgeht. Hierbei wird allerdings die Wichtigkeit geopolitischer Interessen auf nationaler Ebene völlig außen vor gelassen. Danach werden im nächsten Schritt zwischenstaatliche Verhandlungen geführt, um die eigenen nationalen Präferenzen durchsetzen zu können. Diese Gespräche hängen von asymmetrischer Interdependenz der Staaten untereinander, anstatt von supranationalen Unternehmen, ab. In der dritten Phase geht es um die Bildung eines institutionellen Rahmens. Die Wahl für den Souveränitätstransfer von nationaler Ebene auf regionale Institutionen ist vom Willen der einzelnen Staaten abhängig. Jedoch, um die Glaubwürdigkeit und das Funktionieren des Integrationsprozesses zu gewährleisten, ist dieser Transfer notwendig.

Daher ist regionale Integration das *„Ergebnis neuer Interessenkoalitionen in der Innenpolitik, die die jeweiligen Regierungen dazu veranlasst haben, in intergouvernementalen Verhandlungen je nach ihrer Machtfülle gegenüber den Partnerländern ein neues Kooperationsabkommen abzuschließen.“* (Schirm 2002: 163)

Die Institutionalisierung des MERCOSUR folgt gänzlich dem intergouvernementalen Ansatz, da alle Beschlüsse, die auf gemeinschaftlicher Ebene gefasst werden erst durch die nationalen Regierungen bestätigt werden müssen, um in Kraft treten zu können. Jedoch das Konstrukt MERCOSUR nur durch diesen Ansatz erklären zu wollen, würde zu kurz greifen, da der wichtigste Schritt innerhalb des Ansatzes, nämlich der Souveränitätstransfer auf institutionelle Ebene, komplett fehlt. *„(...) intergovernmentalism argues that*

supranational integration will be limited to areas which do not affect the fundamental issues of national sovereignty.“ (Malamud 2010: 17)

Weder der neofunktionale noch der intergouvernementale Ansatz können die regionale Kooperation, die seit den 1990er Jahren in Lateinamerika voranschreitet, genügend erklären. Hinsichtlich des MERCOSUR geben diese beiden Ansätze nur bedingten Erklärungsgewinn. Wie Andrew Hurrell in seinem Beitrag „Regionalism in the Americas“ betont, *„it is worth stressing that liberal theories (both neo-functionalism and liberal intergovernmentalism) which see cooperation as a response to the problems generated by increased interdependence have little to say about the moves towards subregional co-operation that gathered pace in the second half of the 1980s.*“ (Malamud 2001: 13)

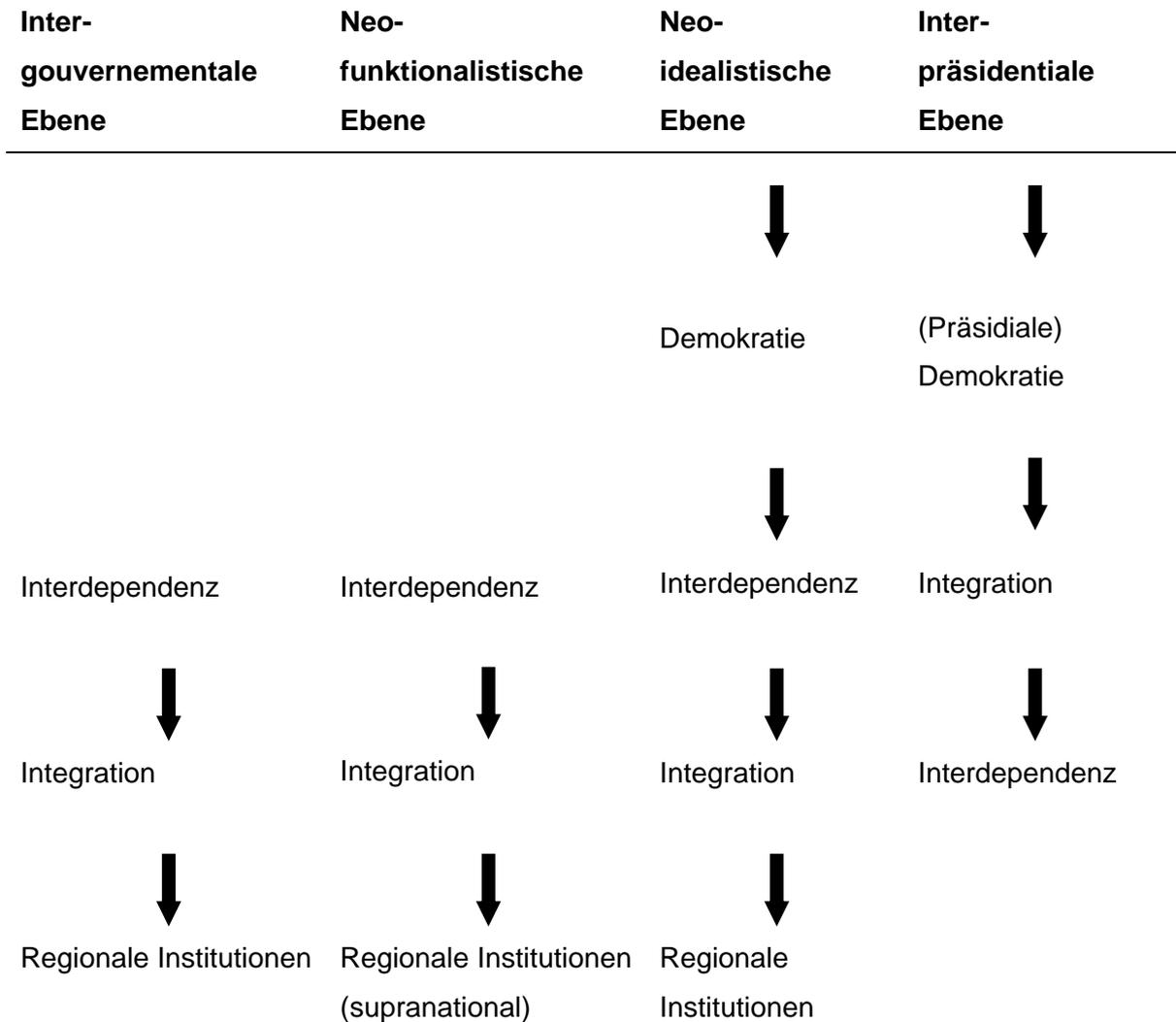
Aus diesem Grund möchte ich hier eine weitere Theorie zur Erklärung des Integrationsprozesses innerhalb des MERCOSUR vorstellen.

4.3. Interpräsidialismus

„Whereas Mercosur was intentionally created and kept as an intergovernmental process, the actual feature of the region appears to be its extreme type: let us call it „interpresidentialism“.“ (Malamud 2000: 11)

Die gängigen Integrationsprozesse folgen immer einem gleichen neoidealistischen Drei-Stufen-Schema – Interdependenz, Integration, Institutionalisierung (siehe Grafik 1). Nicht so der MERCOSUR. Interdependenz war nicht Motor für regionale Zusammenarbeit. Erst der Integrationsprozess hatte eine größere Interdependenz zur Folge (Vgl. Malamud 2003: 61f).

Abbildung 1: Integrationsebenen



Quelle: Malamud, Andres (2003): Presidentialism and Mercosur, S.65; abgewandelt vom Autor dieser Arbeit selbst

Die großen zeitgenössischen Integrationstheorien, wie auch der Liberale Intergouvernementalismus ist, sehen die Gesellschaft als Ausgangspunkt von Integration, indem „*transnational transactors increase their exchanges and subsequently call on national or transnational authorities to adjust regulations and policies to the new situation.*“ (Malamud 2008: 116) Jedoch im Falle des MERCOSUR war ausschließlich der politische Wille der nationalen Regierungen Argentiniens und Brasiliens für eine Kooperation ausschlaggebend und erst danach konnte sich der Bedarf seitens der Gesellschaft hinsichtlich einer Vertiefung der Integration entwickeln. Im MERCOSUR gibt der Staat (supply) die nötigen Impulse zur Konsolidierung der Integration, wo hingegen in der EU die

Gesellschaft (demand) Druck auf den Integrationsprozess ausübt. Diese Herangehensweise kann durch den „*supply-side approach*“ (Malamud 2008: 116) von Walter Mattli (1999) am besten erklärt werden.

Mattli ist der Meinung, dass zwei Bedingungen erfüllt werden müssen, damit Integration funktionieren kann: Bedarf (demand) und Angebot (supply).

Der Bedarf an Integration steigt, je höher die regionale Interdependenz zwischen den transnationalen Akteuren ist. Durch vermehrten transnationalen Handel in einer Region entstehen für die Akteure immer höhere Kosten, die es seitens nationaler und supranationaler Institutionen durch Zusammenarbeit und in weiterer Folge durch Integration zu mindern gilt. „*Demand for further integration increases as higher levels of regional interdependence are reached.*“ (Malamud 2008: 121) Auf der Angebotsseite hängt Integration vom Willen einer politischen Führungsmacht ab, und inwiefern sie auch die Fähigkeit besitzt den Bedarf nach regionalen Institutionen Folge zu leisten und Normen, Richtlinien und verschiedene Interessen zu koordinieren. „*In Mercosur, transnational transactors were few and weak and neither a Commission nor a Court was in place. National governments were the only actor left to support integration, and so they did until adverse circumstances dramatically limited their room for maneuver.*“ (Malamud 2008: 127)

Obwohl im MERCOSUR die „supply-Seite“ den nötigen Anstoß zur Integration der Region gegeben hat, muss man leider feststellen, dass „*(...) demand conditions are low, supply conditions are mostly inactive (...)*“ (Malamud 2008: 117)

Die Integrationsbestrebungen des heutigen MERCOSUR hingen von verschiedenen Faktoren ab. Einerseits übte die Globalisierung der Weltwirtschaft Druck auf die lateinamerikanischen Staaten aus (exogene Faktoren) sich mit Hilfe von regionalen Zusammenschlüssen besser auf dem Weltmarkt zu positionieren. Andererseits trugen endogene Faktoren wie Re-Demokratisierungsprozesse und ökonomische Umorientierung (von nachfrageorientierter zu angebotsorientierter Produktion) dazu bei, sich regional zusammen zu schließen. (Vgl. Malamud 2000: 8)

Ein weiteres wichtiges Element innerhalb des Integrationsprozesses des MERCOSUR spielt der hohe Stellenwert der Präsidenten jedes Mitglieds. Der Präsidentialismus prägt die Region wie keine andere politische Regierungsform, so auch den MERCOSUR. „*Without the presidents' action neither the initial impulse nor the crucial crises solution would have been accomplished.*“ (Malamud 2003: 64)

Die Form des südamerikanischen Präsidentialismus hat seinen historischen Ursprung im amerikanischen Präsidentialismus. Letzterer ist gekennzeichnet durch Gewaltenteilung, den südamerikanischen Typus kann man jedoch als „*centralized decision-making arrangement*“ (Malamud 2003: 65) bezeichnen. Diese Zentralisierung von Macht rührt aus der formalen und informalen Organisation des Staates her. Die formale Ebene betrifft die legislative Macht des Präsidenten über sein Kabinett ohne die Einmischung des Parlaments. Auf informaler Ebene ist die politische Praxis der Personalisierung von Macht zu erwähnen (Vgl. Malamud 2003: 65f).

Der Präsident ist nicht nur aufgrund der „*logic of the region*“ (Malamud 2003: 64) das wichtigste „Instrument“ im gesamten Integrationsprozess. Die Tatsache, dass in der Region das Vertrauen in die Institutionen des Staates bei Entscheidungsfindungsprozessen sehr gering ist – *institutionelles Defizit* genannt –, ist auch ein Faktor, welcher zur Hervorhebung des Präsidenten führt. Transnationale Akteure wenden sich direkt an den Entscheidungsträger anstatt den unzuverlässigen Weg der nationalen Bürokratie zu gehen. „*Such a reality had accustomed them to addressing directly the core of the decision-making power in the case of necessity, instead of going through the less trustworthy institutional channels.*“ (Malamud 2003: 64) Der Stellenwert des Präsidenten im Integrationsprozess ist einzigartig innerhalb der Regionalismusforschung und hat daher auch eine weitere Art von „spill-over“ zur Folge, „spill-over“ von oben. (Vgl. Malamud 2003: 67)

In Zusammenhang mit der einzigartigen Position des Präsidenten im Integrationsprozess des MERCOSUR meint Andrés Malamud, „*that Mercosur may have engendered a new regional animal (...): delegative integration.*“ (Malamud

2000: 10) Diese Art von Integration leitet er vom Konzept der *delegative democracy*² von Guillermo O'Donnell ab.

Dezentralisierung der Verhandlungsmechanismen und die Konzentration von Macht im Hinblick auf den Entscheidungsträger (den Präsidenten) sind wichtige, wenn nicht die wichtigsten Merkmale innerhalb des MERCOSUR, welche hin zu einer minimalistischen aber flexiblen Institutionalisierung führten. „*Those arrangements that concentrate power... tend to perform better at the steering tasks of government than those that diffuse power.*“ (Malamud 2000: 14) „*The essential characteristic of the presidential type, that is fixed term of the president, working together with the characteristic of the concentrationist subtype (...) allows higher certainty, (...) providing relevant actors with direct access to top decision-makers and giving way to rapid response from the latter.*“ (Malamud 2000: 15)

² *Delegative democracies* sind Regime, in denen „whoever wins election to the presidency is thereby entitled to govern as he or she sees fit, constrained only by the hard facts of existing power relations and by a constitutionally limited term of office.“ (O'Donnell 1994: 59)

5. Integration und Regionalismus als Ordnungsmodelle

In diesem Abschnitt werden wichtige Begriffsdefinitionen und –erklärungen vorgenommen, um etwaige Unklarheiten im Vorfeld auszuräumen.

In meiner Arbeit bilden zwei Begriffe die Basis meiner Untersuchung: Integration und Regionalismus.

5.1. Integration

Integration (vom lateinischen Wort *integrare*) ist lt. Holtmanns Politik Lexikon *ein „mehrdeutiger Begriff, welcher allgemein die (Wieder)Herstellung eines Ganzen, einer Einheit durch Einbeziehung außenstehender Elemente bezeichnet.“* (Holtmann 2000: 270) Es gibt verschiedene Begriffsvarianten, wobei die folgende meinen Untersuchungsgegenstand treffend beschreibt: *Integration* ist ein *„Inter- oder supranationaler Zusammenschluss von Staaten in politischer, wirtschaftlicher und/oder militärischer Hinsicht.“* (Holtmann 2000: 271) Ganz simpel wird Integration als *„any level of association between actors“* (Smith 1993: 4) definiert.

Da diese Übersetzung aber nicht annähernd den politischen Integrationsprozess im Allgemeinen und insbesondere des MERCOSUR beschreiben kann, ist eine präzisere Begriffsbestimmung notwendig.

Jeder Integrationsprozess ist ein mehrdimensionaler Vorgang. In den Sozialwissenschaften werden in Bezug auf den politischen Integrationsprozess drei Dimensionen unterschieden:

(Vgl. Frei 1985: 114)

1. Integration als gemeinsame politische Entscheidungsfindung – institutionelle Dimension

Diese Dimension beschreibt den Grad der Vergemeinschaftlichung der politischen Entscheidungsfindung und deren Institutionalisierung. Je mehr Aufgaben auf die gemeinschaftliche Ebene transferiert werden, desto höher ist

der Grad der Integration. D.h. je mehr Kompetenzen die einzelnen Mitglieder an gemeinsame Institutionen abgeben umso integrierter gilt die Gemeinschaft. Weiters wird der Integrationsgrad dadurch bemessen, wie gemeinsame Beschlüsse in den gemeinschaftlichen Institutionen zustande kommen. Je mehr Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluss getroffen werden, desto fortgeschrittener der Integrationsprozess. Herrscht allerdings Einstimmigkeitszwang bei Entscheidungen, so weist die Gemeinschaft einen geringen Gehalt an Integration auf.

2. Integration als gemeinsames Bewusstsein – sozialpsychologische Dimension
Die sozialpsychologische Dimension spielt sich in den Köpfen der Bürger der Gemeinschaft ab. Hier stellt sich die Frage, inwieweit sich die Gemeinschaft, also die Bürger als ein Ganzes, als ein „Wir“ betrachten und sich solidarisch verbunden fühlen. In diesem Sinne heißt Integrationsfortschritt *„politischer Bewusstseinswandel und Umgestaltung politischer Normen.“* (Frei 1985: 116) Wer ist mein „Bruder“ und wer ein Fremder? Die Kosten-Nutzen-Frage spielt bei der Beantwortung eine grundlegende Rolle. Die Faktoren, „gemeinsame Geschichte“ also auch „gemeinsame Zukunft“, dürfen bei der Bildung eines gemeinsamen Bewusstseins nicht außen vor gelassen werden. Sie bilden eine weitere wichtige Basis, um den Integrationsprozess vorantreiben zu können.
3. Integration als gesellschaftliche Verflechtung – Dimension der Transaktionen
In dieser Dimension misst man den Grad an Integration anhand der Verflechtung und Interdependenz der einzelnen Sektoren der Gemeinschaft. D.h. inwieweit einzelne Bereiche der Mitglieder innerhalb der Gemeinschaft miteinander verflochten sind. Je mehr Transaktion zwischen den Sektoren (Wirtschaftssektor, Personenverkehr, Informationssektor, Arbeitsmarkt, etc.) stattfindet, desto höher der Grad an Integration.

Zusammenfassend: *„Die Definition von „politischer Integration“ sieht diese als einen Prozess, in dem politische Akteure in mehreren verschiedenen nationalen Bereichen dazu bewegt werden können, ihre Loyalitäten, Erwartungen und politischen Aktivitäten zu einem neuen Zentrum hin zu wechseln, dessen Institutionen die Rechtssprechung über die vorher existierenden Nationalstaaten*

besitzen bzw. fordern.“ (Melchior 2006: 4) Weiters kann politische Integration auch als „*die Evolution eines kollektiven Entscheidungsfindungs-Systems über Nationen hinweg*“ (Melchior 2006: 4) gesehen werden.

In der Moderne ist Integration vor allem ein ökonomischer Begriff und daher einhergehend mit wirtschaftlicher Umgestaltung, die zu einer höheren Konkurrenzfähigkeit am internationalen Markt führen soll (Vgl. Dietrich 1998: 33f). Wirtschaftliche Integration wird demnach als „*a series of voluntary decisions by previously sovereign states to remove barriers to the mutual exchange of goods, services, capital, or persons*“ (Smith 1993: 4) definiert.

Allgemein unterscheidet man 4 Stufen innerhalb der wirtschaftlichen Integration: (Vgl. Schirm 1996: 22)

1. Freihandelszone: dies ist der erste Schritt wirtschaftlicher Integration und bedeutet, dass innerhalb dieser Zone die Zölle und Handelshemmnisse abgeschafft werden, jedoch kein gemeinsamer Außenzoll errichtet wird. Um zu verhindern, dass Güter aus Drittländern über das Land mit den geringsten Zollschranken eingeführt werden, werden Ursprungsbestimmungen eingeführt. Da diese Kontrollen wiederum den intra-regionalen Freihandel hemmen, besteht immenser Druck von innen an eine Angleichung der Außenzölle, was zur Schaffung einer Zollunion führen würde.
2. Zollunion: Die Festlegung von gemeinsamen Außenzöllen setzt eine stärkere politische wie wirtschaftliche Koordination und Zusammenarbeit voraus. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Mitglieder zu schaffen, ist weiters eine Harmonisierung der Normen, Standards und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie Finanz-, Fiskal- und Sozialpolitik notwendig. Dieser Schritt führt wiederum zur Bildung des Gemeinsamen Marktes.
3. Gemeinsamer Markt/Wirtschaftsunion: Dieser bildet die dritte Integrationsstufe und umfasst den freien Verkehr von Kapital, Gütern und

Dienstleistungen. Weiters bedeutet die Einführung des Gemeinsamen Marktes auch freien Personen- sowie Arbeitskräfteverkehr.

4. Währungsunion: Die letzte Stufe der Integration sieht die Schaffung einer gemeinsamen Währung und Währungspolitik zur Senkung der Transaktionskosten vor, die zu einer höheren Berechenbarkeit der Austauschbeziehungen durch die Eliminierung von Wechselkursschwankungen führt.

Obwohl vor allem in Lateinamerika dieses Schema nicht 1:1 übernommen werden kann, da die Praxis doch sehr von diesem Muster abweicht, kann dieser Stufenplan jedoch als Basis für sämtliche Integrationsmechanismen angesehen werden. So lässt sich *„Integration stets als einen politischen Prozess, der von ökonomischen Vorgaben und Regeln bestimmt wird“* (Dietrich 1998: 36) definieren.

5.2. Regionalismus

Der Begriff des Regionalismus findet in der Literatur keine eindeutige Verwendung. Er wird meist mit dem Begriff der *regionalen Integration* gleichgesetzt. *„Regionalism, articulated in the stricter terms of what economists and political scientists used to call integration, is normally an international response to external and domestic challenges.“* (Mols 1993b: 51)

Aus diesem Grund halte ich es für wichtig, auch den Begriff der *Region* zu erörtern. *Region* ist ein abgegrenzter Raum, in denen Nationalstaaten ihre gemeinsamen Interessen innerhalb der regionalen Gemeinschaft in Zusammenarbeit verfolgen. *Region* ist in diesem Sinne eine politische Gemeinschaft, wo politische Macht mit Hilfe von Normen und Institutionen ausgeübt wird. *„Region is an intermediate form of community, consisting of multiple, overlapping decision-making units. It is a political community, because it*

is composed not only of communities of belief and identity (...) but also of communities of power with formal rules and institutions.“ (Whiting 1993: 20)

Regionale Kooperation ist meist sicherheitspolitischer, politischer, ökonomischer als auch sozio-kultureller Natur, die geografische Nähe und Einheit sowie gemeinsame Interessen voraussetzt (Vgl. Mols 1993a: 54). Innerhalb der Begrifflichkeit von *regionaler Integration* wird *Regionalismus* als das Projekt per se angesehen. Der Begriff der *Regionalisierung* wird hingegen als der Prozess *regionaler Integration* beschrieben. Unter *Regionalismus* versteht man die Bemühungen staatlicher und auch nicht-staatlicher Akteure einer Region nach politischer und ökonomischer Zusammenarbeit (Vgl. Ibáñez 2000: 3). *Regionalisierung* ist demnach „*la intensidad de las interacciones sociales, y especialmente de las interacciones económicas, (...)*.“³(Ibáñez 2000: 4)

Da *Regionalismus* einen Begriff der internationalen Politik darstellt, ist auch dieser wie auch die Weltpolitik vielen historischen Einflüssen und somit auch einer internationalen, politischen, ökonomischen und kulturellen Dynamik ausgesetzt, die zu vielen Veränderungen der Dimension des Begriffs führen. Manfred Mols versucht in seinen Beiträgen zur Regionalismusforschung die Komplexität des Begriffs mit einer Typologisierung zu vereinfachen. Dieses Modell geht von 3 Typen von internationalem Regionalismus aus (Vgl. Mols 1993b: 13f).

Dieses Konzept folgt ordnungspolitischen Gesichtspunkten und lässt sämtliche theoretische Ansätze sowie die Einteilung nach militärisch, ökonomisch oder politisch motivierten Regionalismen außen vor.

Typ I: Der Typ I Regionalismus wird von Mols als „*Regionalismus bzw. Strukturkomplexe regionaler Integration und Kooperation, die das internationale System in einem gegebenen Augenblick maßgeblich konstituieren*“ (Mols 1993b: 13), klassifiziert. Das bedeutet, dass der Typ I entweder selbst ein dominanter Teil im internationalen System ist und daher konkurrenzfähig gegenüber anderen Nationalstaaten ist, oder er fungiert als Basis und Hilfe für die Bildung eines internationalen Systems. Treffendes Beispiel für diesen Typ ist die Europäische

³ Die Intensität sozialer und ökonomischer Interaktion

Union. Wenngleich sie in ihren Anfängen nicht annähernd diesem Typus entsprach, so konnte sie jedoch in geraumer Zeit ihr Potenzial als dominanter „global player“ ausschöpfen. Wesentliche Faktoren für den Erfolg im internationalen System sind die starke Wirtschaftsleistung und der hohe Grad an Supranationalität, welche wiederum einen soliden Integrationsprozess sowie folglich Autonomie ermöglichen.

Typ II: Mols klassifiziert den Typ II als „üblichen Normalfall“ (Mols 1993b: 14) von Regionalismus. Unter diesem Typus werden alle regionalen Zusammenschlüsse und Gemeinschaften gefasst, welche das internationale System als gegeben ansehen und sich „nur“ zwecks Bewahrung der Identität, Besserung der Konkurrenzfähigkeit und verbesserte Positionierung am internationalen Markt einbinden. Das Machtgefüge des internationalen Systems wird nicht in Frage gestellt. Beispiel dafür ist die ASEAN und auch der MERCOSUR.

Typ III ist bis heute noch relativ unscharf konzipiert. In der Literatur wird aber vermehrt vom Konzept der „nueva integración“ (Ondarts 1992) gesprochen. Grundsätzlich geht es um den regionalistischen Anteil an der Neuordnung des internationalen Systems seit den 1990er Jahren und inwieweit sich die politischen Veränderungen auf globaler Ebene auf regionale Kooperation ausgewirkt haben. Innerhalb dieses Typus macht Mols drei machtpolitische und ideologische Gründe aus: (Vgl. Mols 1993b: 15)

- Regionalismus als Reaktion auf die internationale Gewichtsverschiebung (Aufschwung der EU)
- Regionalismus im asiatisch-pazifischen Raum, sowohl geopolitisch als auch strategisch (Gegenpol zur japanisch-amerikanischen Wirtschaftsachse und zur erstarkten EU) motiviert
- Regionalismus als Intensivierung geopolitischer Interessen der USA (NAFTA)

Wie bereits in Typ III von Manfred Mols Klassifizierung von Regionalismus erwähnt, spricht man innerhalb der lateinamerikanischen Debatte seit Beginn der

1990er Jahre von *nueva integración* oder auch *nuevo regionalismo* als auch von *regionalismo abierto*. Beide Begriffe sind im nächsten Abschnitt zu erklären.

Nueva integración und regionalismo abierto

Seit Beginn der 1990er Jahre und dem Zerfall der bipolaren Weltordnung ist *nueva integración* oder auch *new regionalism* ein zentraler Begriff innerhalb der Regionalismusforschung. Dieses Konzept lässt sich nicht nur durch einfache zwischenstaatliche Organisation und gemeinsame Institutionen beschreiben, sondern ist vor allem „*characterized by its multidimensionality, complexity, fluidity and non-conformity, and by the fact that it involves a variety of state and non-state actors.*“ (Söderbaum 2003: 1) Die Strategie des *new regionalism* ist im Gegensatz zum eng bemessenen und eurozentristischen alten Regionalismuskonzept (vorherrschend in den 1960er Jahren) global und pluralistisch. *New Regionalism* erreicht verschiedene Teile der Welt und hat in jeder einzelnen Region andere Auswirkungen.

Aufgrund der rasant voranschreitenden Globalisierung bildete der *new regionalism* eine passende Strategie, um auf den internationalen Markt konkurrenzfähig zu werden und um als *global player* „mitspielen“ zu können. Im Falle von Lateinamerika sind besonders die Arbeiten von Guillermo Ondarts zur *nueva integración* erwähnenswert. Er sieht dieses Konzept nicht als Ziel per se an, sondern als „*un medio para el desarrollo y la competitividad internacional*“⁴ (Ondarts 1992: 6), also als Anpassungsstrategie. Die Schaffung einer Freihandelszone ist das Hauptziel der Strategie von Ondarts, wobei regionale Prozesse und Institutionen als wichtiger Faktor zur Stabilisierung der Integration berücksichtigt werden. Dieses Modell zeichnet sich durch Flexibilität und Offenheit aus, indem es auf ein komplexes Institutionsschema verzichtet. Aufgrund des Verzichts von Institutionsgefüge und bestimmenden Regeln und Normen ist jedoch eine weitere Ausrichtung der Integration unbekannt.

Die Anpassungsstrategie hatte zur Folge, dass 1994 das Modell des *regionalismo abierto* von CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) und BID (Banco Interamericano de Desarrollo) vorangetrieben wurde. Laut CEPAL

⁴ New regionalism wird von Ondarts als ein Medium für Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit angesehen.

wird *regionalismo abierto* definiert als „...el proceso de creciente interdependencia económica a nivel regional, impulsado tanto por acuerdos preferenciales de integración, como por otras políticas en un contexto de creciente apertura y desreglamentación, con el objeto de aumentar la competitividad de los países de la región y de constituir, en la medida de los posible, un cimiento para una economía internacional más abierta y transparente (...)“⁵ (Sanahuja 2007b: 77)

Zusammenfassend kann man *regionalismo abierto* als Strategie zur Verbesserung der Effizienz der Produktivität als auch die Modernisierung dieser bezeichnen. Weiters wird eine intra-regionale Liberalisierung von Gütern, Dienstleistungen und Kapital gefördert. Die Politik des *regionalismo abierto* hat ein großes Ziel: die Freihandelszone (Vgl. Sanahuja 2008: 14). Deshalb verfolgt die Strategie die Interaktion von nicht diskriminierender globaler Handelsliberalisierung bei gleichzeitiger Gewährung von Handelspräferenzen innerhalb des regionalen Zusammenschlusses. Diese neue Strategie steht im Gegenzug zum geschlossenen Regionalismus der EU und des alten lateinamerikanischen Integrationsmodells der ISI (Import substituierende Industrialisierung), welche durch Protektionismus nach außen und Liberalisierung nach innen gekennzeichnet ist/war.

Das Modell des *regionalismo abierto* kann generell als wirtschaftliche Integration angesehen werden, da es hauptsächlich, nach Jan Tinbergen, auf „negativer“ Integration basiert, sprich auf intra-regionalen Liberalisierung, denn auf „positiver“, welche auf eine gemeinsame Politik und auf die Schaffung gemeinsamer Institutionen ausgerichtet ist (Vgl. Sanahuja 2008: 14). Diese Strategie folgt keiner bindenden Agenda, sondern ist hauptsächlich darauf aus, politische Intervention so gering wie möglich zu halten. „The „fast track“ model is designed not to allow consultative input and binding referenda but to limit political intervention by special interest.“ (Whiting 1992: 42)

⁵ Offener Regionalismus wird als Prozeß wachsender regionaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit gesehen, die im Zuge von Präferenzabkommen und weiteren integrationsfördernden Maßnahmen seitens der Politik im Sinne vermehrter Öffnung und Deregulierung der Märkte die Wettbewerbsfähigkeit der Region steigern und zu einer offenen und transparenten internationalen Wirtschaft führen soll.

Das „Phänomen“ der *nueva integración* seit den 1990er Jahren ist kein spezifisch lateinamerikanisches. Jedoch gibt es gewisse Charakterisierungspunkte, die nur den „nuevo regionalismo latinoamericano“ ausmachen (Vgl. Ibáñez 2000: 8-10).

Vielfältigkeit: Auf dem lateinamerikanischen Kontinent gibt es eine Vielzahl an regionalen Zusammenschlüssen. Die meisten folgen ökonomischen Prämissen, wie die Schaffung einer Freihandelszone, einer Währungsunion etc. Grundsätzlich unterscheiden sie sich anhand ihrer formulierten Ziele, dem Institutionalierungsgrad und der Disparität der Mitglieder.

Überlappung: Dieses Phänomen ist typisch für die verschiedenen Kooperationsinitiativen. Einige Staaten sind Mitglieder mehrerer gemeinsamer Integrationsprojekte. Dies führt naturgemäß zu Interessenkonflikten. Diese multiple Partizipation lässt die einzelnen Projekte ins Stocken geraten und verhindert auch ein reibungsloses Funktionieren.

Staatlicher Impuls: Die meisten Kooperationsinitiativen werden von ökonomischen Interessen geleitet, der sog. *market-led* Integration. Die lateinamerikanischen Integrationsversuche sind aufgrund politischer Bemühungen zustande gekommen. Es waren vornehmlich wirtschaftliche Interessen, die eine regionale Integration notwendig machten, jedoch ohne staatlichen Impuls gebe es keine Kooperation.

Unternehmerischer Protagonismus: Die Nachfrage nach regionaler Vernetzung (wirtschaftlicher Austausch, ausländische Investitionen) war sehr hoch innerhalb des privaten Sektors. Die Unternehmen spielten deshalb eine wichtige und aktive Rolle beim Initiierungsprozess der regionalen Kooperation.

Offener Regionalismus: Wie bereits zuvor erwähnt, war der *regionalismo abierto* maßgebliche Strategie für die wirtschaftliche Integration, „Integration als Mittel zur Entwicklung“ und vor allem um die Konkurrenzfähigkeit der Ökonomien am Weltmarkt zu steigern.

6. Integrationspolitischer Hintergrund

Das „Projekt“ Integration ist nichts Neues auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Dieser Begriff beherrscht schon seit der Unabhängigkeit die Gesellschaften der lateinamerikanischen Staaten. Der Integrationsbegriff ist in Lateinamerika unwiderruflich mit der Person Simón Bolívars „El Libertador“ verbunden. Er führte Venezuela, Kolumbien, Panama, Ecuador, Peru und Bolivien in die Unabhängigkeit vom spanischen Kolonialherrn, um danach auf dem Gebiet der heutigen Staaten Venezuela, Kolumbien, Panama und Ecuador die Republik Großkolumbien zu gründen. Bolívar verfolgte das Ziel einer lateinamerikanischen Konföderation, also einen föderalistischen Großstaat, der alle lateinamerikanischen Staaten vereinen sollte, eine „nación de naciones“. Simón Bolívar gilt somit nicht nur als Befreier, sondern auch als Wegbereiter für bis heute unzählige lateinamerikanische Integrationsinitiativen.

Die interamerikanische Geschichte war von zwei Strömungen geprägt, dem *Panamerikanismus* und dem *Lateinamerikanismus* oder auch *Bolivarismus* genannt. Diese beiden konkurrierenden Konzepte beherrschten die integrationstechnische Debatte vom 19.Jhdt. bis weitgehend in das 20.Jhdt. hinein.

6.1. Panamerikanismus

Der *Panamerikanismus* ist eine realistisch-funktionalistische Integrationsinitiative. Die realistische Schule und somit auch der Funktionalismus setzt ein gemeinsames *decision-making* der Staaten im gemeinsamen Interesse voraus. Der institutionelle Überbau wird vorerst so gering wie möglich gehalten, um sich im Nachhinein den gegebenen Umständen anzupassen, d.h. *form follows function*.

Der *Panamerikanismus* basiert auf einem Teil einer Rede zur Lage der Nation von Präsident Monroe von 1823. Die sog. *Monroe-Doktrin* formulierte die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Kolonialmächten im Hinblick auf den gesamtamerikanischen Kontinent und gründet auf folgende drei

Hauptelementen: dem *Noncolonizing*-, dem *Nonintervention*- und dem *No-Transfer-Prinzip*. Die Essenz der Doktrin ist die fortwährende Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten. Der Ausspruch „Amerika den Amerikanern!“ richtet sich gegen jedweden Versuch einer erneuten Kolonialisierung des lateinamerikanischen Kontinents durch europäische Mächte. Nach außen hin handelte es sich um ein „anti-imperialistisches“ Konzept, welches die USA als Schutzherren der lateinamerikanischen Staaten deklarierte, jedoch bis lange ins 20.Jhdt. nur auf Einseitigkeit beruhte, da die „Beschützten“ dieser völkerrechtlichen Absprache nie zustimmten (Vgl. Dietrich 1999: 111 und Dietrich 2007: 154).

Im Laufe des 19.Jhdt entwickelten sich die USA zur Semiperipherie und in weiterer Folge rasch zu einer Weltmacht. „*Die hegemoniale Politik nährte sich aus einem aggressiven, mit rassistischen Elementen angereicherten Nationalismus, ausgedrückt in der Idee der manifest destiny*⁶.“ (Hausberger 2007: 139) Der gesamte Doppelkontinent wurde als ein Ganzes angesehen, dass nur unter der Führung der USA bestehen soll. Für die US-Amerikaner war der lateinamerikanische Kontinent ihr „Hinterhof“, also ihr „Revier“. Diese Art von Integration hatte vor allem die Erschließung der lateinamerikanischen Märkte, Rohstoffsicherung und politischen Rückhalt für die eigene Politik zum Ziel.

Wie eingangs schon erwähnt, basiert der *Panamerikanismus* auf der Monroe-Doktrin sowie auf der Ideologie des „Manifest-Destiny“, geprägt wurde dieses Konzept jedoch vom US-Außenminister Blaine, der die Idee Bolívars von einer lateinamerikanischen Konföderation auf den gesamten Doppelkontinent ummünzte, um so ein multinationales Konstrukt unter der Führung der USA zu schaffen. Ziel des Projekts war die Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone und einer Friedensinitiative unter US-amerikanischer Führung (Vgl. Dietrich 1999: 111).

Um dieses Bestreben auch umzusetzen, kam es 1889/90 zur ersten Panamerikanischen Konferenz in Washington. Die Ergebnisse dieser Konferenz

⁶ „Aus der Annahme der puritanischen Erfolgsgeschichte wurde die offensichtliche Bestimmung, die verdamnte Pflicht, der politische Imperativ abgeleitet, die zivilisatorische und demokratische Mission auf dem ganzen Doppelkontinent umzusetzen.“ (Dietrich 1999: 111)

waren aber eher bescheiden, einzig die Gründung einer *International Union of American Republics*, ein sog. Handelsbüro, das den Beinamen „Kolonialbüro“ bekommen hatte (Vgl. Dietrich 1999: 112). Trotz der Ernüchterung nach dieser Konferenz folgten 1910 (Gründung der *Panamerikanischen Union*) und 1948 (Gründung der bis heute existierenden Nachfolgeorganisation, der *Organisation Amerikanischer Staaten OAS*) weitere. Unter dem Deckmantel der OAS konnten die USA ihre hegemoniale Stellung gegenüber Lateinamerika politisch festschreiben.

Da Lateinamerika als Rohstofflieferant und Absatzmarkt unabdingbar für die USA geworden ist, war die Schaffung eines *Gemeinsamen Lateinamerikanischen Marktes* der nächste Schritt hin zur Verwirklichung des panamerikanischen Projekts. 1961 wurde von US-Präsident John F. Kennedy die bekannte „*Allianz für den Fortschritt*“⁷ oder „*alleanza por el progreso*“ formuliert, um eine Vertiefung der panamerikanischen Integration zu fördern. Allerdings blieb auch diese Initiative ohne nennenswerte Ergebnisse.

In den weiteren Jahrzehnten kam es zur Stagnation des panamerikanischen Projekts. Die Überwindung der Schuldenkrise in den 1980er Jahren und das Ende der bipolaren Weltordnung brachten jedoch die panamerikanischen Pläne wieder auf die politische Agenda. Die Kreation einer gesamtamerikanischen Freihandelszone, der ALCA/FTAA, wurde in Angriff genommen. Die Schaffung dieser Freihandelszone hatte Handels-liberalisierung, Investitionsfreiheiten, kontinentale Marktbeherrschung durch US-Konzerne und die Durchsetzung des US-amerikanischen Politik- und vor allem Wirtschaftsmodells auf dem gesamten Doppelkontinent zum Ziel (Vgl. Görgl 2006: 89). Die Grundlage dieses Integrationsmodells bildet die neoliberalistische Schule. Um die neoliberale Freihandelsdoktrin durchsetzen zu können, wurde der „*Washington Konsens*“⁸ ins Leben gerufen. Staaten, die Kredite und Entwicklungshilfe von „außen“ erhalten,

⁷ Als Reaktion auf die kubanische Revolution sollte mit Hilfe dieser Initiative die soziale und ökonomische Entwicklung vorangetrieben werden. Erstmals wurden in der Außenpolitik gegenüber Lateinamerika soziale Entwicklungskomponente (Investition in Ernährung, Bildung, Gesundheit, etc.) eingebracht. (Vgl. Görgl 2008: 88)

⁸ Dieser Konsens ist Ausdruck des laissez-faire Prinzips des Kapitalismus und geht einher mit der alleinigen Dominanz der Marktgesetze und die daraus resultierende Abschaffung aller staatlichen Regulierungsmechanismen, sowohl in ökonomischen, politischen als auch sozialen Bereichen der Gesellschaft. (Vgl. Görgl 2008: 89)

wurden dazu angehalten, der neoliberalen Politik des „*Washington Konsens*“ zu folgen. D.h., dass sie gewissen *Strukturanpassungsprogrammen*⁹ in wirtschaftlicher als auch gesellschaftspolitischer Hinsicht Folge leisten mussten. Diese Programme wurden streng von IWF und Weltbank kontrolliert.

Die ALCA ist jedoch gescheitert und daher versuchen die USA auf bilateralem Weg mittels TLCs (Tratados de Libre Comercio – Freihandelsabkommen) die südamerikanischen Staaten in ihren Güter- und Dienstleistungsmarkt einzubinden.

6.2. Lateinamerikanismus

Der *Lateinamerikanismus* kann als idealistisch-föderalistische Initiative angesehen werden. Hier folgt der Idealismus im Föderalismus dem genauen Gegenteil zum realistisch-funktionalistischen Ansatz des *Panamerikanismus*, nämlich dem *function follows form*-Prinzip. Grundkonzept ist hierbei die Schaffung des institutionellen Rahmens, bevor eine regionale Zusammenarbeit stattfindet.

In Bezug auf den MERCOSUR ist zu erwähnen, dass er prinzipiell der emanzipatorischen Tradition folgt, jedoch dem funktionalistischen Ansatz angelehnt ist.

Der *Lateinamerikanismus* folgte im Gegensatz zum *Panamerikanismus*, einem subkontinentalen Integrationskonzept, d.h. einer Integration aller lateinamerikanischen Staaten ohne die USA. Dieser Integrationsansatz wird auch emanzipatorisches Konzept genannt, da es die Loslösung vom US-Hegemon, die Verminderung der regionalen Disparitäten, die Konsolidierung der Binnenmärkte und die Überwindung der Abhängigkeit von außen zum Ziel hatte (Vgl. Görgl 2008: 85). Die Wurzeln des *Lateinamerikanismus* liegen in der Zeit der Unabhängigkeitserklärungen. Seit dem Ende der Kolonialisierung durch die Spanier und Portugiesen gehören nationalistische sowie amerikanistische Gedanken zum Bewusstsein der lateinamerikanischen Völker. So schrieb

⁹ Dies bedeutet radikale Privatisierung und Deregulierung des öffentlichen Sektors, eiserne Handelsdisziplin durch Abbau der Subventionen in ineffizienten Bereichen, Liberalisierung der Märkte und Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen und Öffnung der nationalen Ökonomien für ausländische Güter.

Alexander von Humboldt: „mit Stolz oft die Worte aussprechen: ‚Ich bin kein Spanier, sondern ein Amerikaner...‘“ (Emmes/Mols 1993: 50). Dieses Zusammengehörigkeitsbewusstsein bildet das Fundament jeglicher Integrationsbestrebungen auf dem Subkontinent. Die einzelnen Integrationsversuche mögen theoretisch erklärbar sein, jedoch liegt das Wesen jeder Integration tiefer und ist historisch bedingt. Wie bereits eingangs erwähnt, spielt Simón Bolívar hierbei eine wesentliche Rolle. Seine Integrationsbemühungen und der daraus folgende Bolivarismus als „Ideologie“ sind längst schon ein lateinamerikanischer Mythos geworden (Vgl. Emmes/Mols 1993: 52). „Man visiert etwas an, zu dem man sich historisch angeregt, vielleicht sogar verpflichtet weiß.“ (Emmes/Mols 1993: 52)

Weitere wichtige Personen hinsichtlich der Bildung der lateinamerikanischen Identität sind der Kubaner José Martí mit seinem Aufsatz „Nuestra América (1891)“ und der Uruguayer José Enrique Rodó mit seinem Essay „Ariel (1900)“. Mit diesem Essay begründet Rodó ein ideologisch behaftetes Schlagwort, den *Arielismo*. Rodó stellt in diesem Aufsatz das Wesen Lateinamerikas, dargestellt in der Figur des Luftgeistes *Ariel*, dem Materialismus der angelsächsischen Gesellschaft, dem Erdgeist *Caliban*, gegenüber. Der *Arielismus* gewann vorwiegend als literarische Strömung an Bedeutung, jedoch wurde er auch in politischer Hinsicht als abgrenzendes Element zur angelsächsischen Identität herangezogen und kann somit als wichtiges Element des *Lateinamerikanismus* gewertet werden.

Dieser hohe Grad an „Nationalbewusstsein“ führte zu einer Vielzahl an Integrationsversuchen, die jedoch aufgrund unterschiedlicher Nationalinteressen, inneren Konflikten und Abhängigkeitsverhältnissen nicht über eine formale Existenz (funktionaler Überbau und konkrete Zielsetzungen fehlten) hinausreichten.

Seit dem Ende des 19.Jhdt. befanden sich die lateinamerikanischen Staaten aufgrund des liberalen, exportorientierten Entwicklungsmodells in einem Abhängigkeitsverhältnis mit den USA. Die Wirtschaftskrise 1929 stürzte dieses Modell jedoch in eine schwere Krise und es kam zu einer Umorientierung, hin zu

einer Binnenindustrialisierung, Importsubstitution und staatlichem Protektionismus. Mit dem Modell der ISI¹⁰ sollte die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA unterbunden werden. Dies führte zu Spannungen mit den USA, die Lateinamerika immer noch als „ihren“ Absatzmarkt ansahen. Die Errichtung der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) 1948 verschärfte die Situation zwischen beiden Seiten. Mit Gründung der CEPAL und unter Führung von Raúl Prebisch wurde das exportorientierte Entwicklungsmodell („desarrollo hacia afuera“) nun endgültig verworfen und durch eine Strategie der *regionalen Binnenorientierung* („desarrollo hacia adentro“) ersetzt. Dieses Konzept, auch *cepalismo* genannt, folgte dem *Zentrum-Peripherie-Modell*¹¹ von Raúl Prebisch, mit dem Ziel des Ausbaus der ISI (Vgl. Görgl 2006: 97). Die Industrialisierung wurde nicht nur als Strategie für wirtschaftliche Entwicklung angesehen, sondern auch als Ziel. Ein weiteres Ziel der CEPAL war „*transformación productiva con equidad*“ (Sanahuja 2007a: 78) D.h. Entwicklung durch eine soziale und regulierte Marktwirtschaft mit Fokus auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Der Grundgedanke des *cepalismo* sah wirtschaftliche Integration „*als einziges Mittel, um die durch die Verschlechterung der Terms of Trade verursachte Unsicherheit und die Abhängigkeit von privaten ausländischen Investitionen zu überwinden.*“ (Bermedo/Wolff 1993: 165) Jedoch gestaltete sich die Schaffung einer regionalen Wirtschaftskooperation, der ein gemeinsamer subkontinentaler Binnenmarkt folgen sollte, als sehr schwierig. Auch die Umsetzung sozialer und verteilungspolitischer Maßnahmen kam nur schleppend bis gar nicht voran. Um die Entwicklungsdynamik, welche durch den *cepalismo* initiiert wurde, nicht ins Stocken geraten zu lassen, empfahl die CEPAL die Gründung von regionalen Integrationsvereinigungen. Diese Zusammenschlüsse sollten nach dem Prinzip

¹⁰ Die Importsubstituierende Industrialisierung (ISI) war seit den 1950er Jahren das vorherrschende Wirtschaftsmodell in Lateinamerika. Ziel war es mit Herstellung und Protektion (z.B. durch Schutzzölle) eigener industrieller Güter die Abhängigkeit von Importen zu überwinden.

¹¹ Unter dem Zentrum-Peripherie-Modell versteht man, „das ungleichgewichtige Verhältnis in den Beziehungen zwischen Entwicklungs- (Peripherie) und Industrieländern (Zentrum).“ (Görgl 2008: 25) Abgeleitet wird dieses Modell dem zentralen Begriff der Dependenztheorie, Abhängigkeit oder auch Dependenz. Unter Dependenz versteht man wiederum die Situation, „in der die Wirtschaft bestimmter (abhängiger) Länder durch die Entwicklung und Expansion einer anderen (dominanten) Wirtschaft (...) unterworfen wird.“ (Bernecker 2007 (nach Dos Santos 1972): 47) Aus dependenztheoretischer Sicht unterhielt Lateinamerika (also die Peripherie) enge Wirtschaftsbeziehungen mit dem Zentrum, wobei Lateinamerika vor allem als Rohstoff- und Lebensmittellieferant diente. Durch diese Exportorientierung war der Subkontinent nicht in der Lage sich zu entwickeln, zu wachsen. Zur Überwindung der Abhängigkeit und der daraus resultierenden Unterentwicklung wird ein autozentriertes (sich selbst unabhängiges) Entwicklungsmodell propagiert, anstatt der vorherrschenden Exportwirtschaft.

der „Arbeitsteilung“ die wirtschaftliche Kooperation planen und vorantreiben. Ausgehend von dieser Empfehlung entstanden in den 1950er und 1960er Jahren einige *„hochgradig formalisierte und strukturierte Institutionen“* (Bermedo/Wolff 1993: 164) wie z.B. die ALALC (Asociación Latinoamericana de Libre Comercio – seit 1980 ALADI), der MCCA (Mercado Común Centroamericano), der Andenpakt (1996 umgewandelt in CAN – Comunidad Andina de Naciones) und die CARIFTA (die später durch die CARICOM abgelöst wurde), um nur ein paar zu nennen.

Das Entwicklungskonzept des *cepalismo* kam noch bis Ende der 1980er Jahre zum Tragen, war aber auch dann schon zum Scheitern verurteilt. Die mangelnde Umsetzung der entwicklungspolitischen Maßnahmen, die vor allem der einzelnen Regierungen zuzuschreiben war, die Strategie der ISI, welche nicht den gewünschten Erfolg brachte, politische Instabilität sowie die Schuldenkrise der 1980er Jahre besiegelten die Ära des *cepalismo* und ebnete den Weg für das neoliberale Wirtschaftsmodell des „Washington Konsens“, das bereits einige Absätze vorher ausführlich erklärt wurde.

Zusammenfassend nach Günter Kahle:

„Seit Ende des 19. Jahrhunderts standen sich in Amerika aber nicht nur zwei unterschiedliche Gesellschafts- und Wirtschaftsformen gegenüber, sondern auch zwei entgegengesetzte und einander ausschließende Konzeptionen, die beide das gleiche Ziel verfolgten: den Zusammenschluß Lateinamerikas. Aber so unterschiedlich die Entwicklung dieser Bewegungen war, die man, grob ausgedrückt, als Panhispanismus und Panamerikanismus bezeichnet, so verschieden waren ihre Motive [...] Der Bolivarismus ist das hispanoamerikanische Ideal einer Föderation aller Völker spanischer Kultur. Der Monroeismus ist das angelsächsische Ideal der Einverleibung der zwanzig hispanischen Nationen in das nördliche Imperium mittels der Politik des Panamerikanismus.“ (Emmes/Mols 1993: 55)

7. MERCOSUR – geglückte Integration auf dem lateinamerikanischen Subkontinent

7.1. Hintergründe

Der MERCOSUR ist in seinen Grundzügen ein Wirtschaftsbund, der eine Freihandelszone als rudimentäres Ziel formuliert. Jedoch ist der Begriff Freihandel nicht neu in der lateinamerikanischen Wirtschaftsdiskussion. Nachdem die lateinamerikanischen Staaten ihre nationale Unabhängigkeit errungen hatten, wollte man das Gefühl von Nationalstolz auch auf wirtschaftlicher Ebene übertragen. So sprachen sich in den 1820er Jahren die lateinamerikanischen Wirtschaftstheoretiker vermehrt gegen ein protektionistisches Handelssystem aus. Handelsfreiheit und Freihandel wurden als wichtiger Bestandteil der neuen politischen Freiheit interpretiert. Allerdings wurde den Regierungen bald klar, dass zum Schutz ihrer Produktionsstätten und zur Füllung der leeren Staatskassen eine Einführung von Zöllen unumgänglich war. Außenhandelszölle wurden zu einer wichtigen Einnahmequelle und führten daher zur Abkehr vom Modell des Freihandels. Erst Mitte des 19. Jhdts. kam es wieder zu einer Phase der Exportorientierung, der sog. „Entwicklung nach außen“ – „desarrollo hacia afuera“. Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 folgte man einem Entwicklungsmodell, das auf einer agrarisch orientierten Exportwirtschaft mit Einbindung in den Weltmarkt beruhte. Mitte des 19. Jhdts. sagte der kolumbianische Wirtschaftsminister Florentino Gonzales:

„Europa, mit einer gebildeten Bevölkerung, im Besitz der Dampfkraft und seiner Anwendung, erfahren bezüglich der Manufakturen, erfüllt seinen Auftrag in der industriellen Welt, indem es die Rohstoffe verarbeitet. Wir müssen unseren Auftrag auch erfüllen; und angesichts der Fülle an reichen nationalen Produkten, mit denen die Vorsehung unser Land ausgestattet hat, kann es keinen Zweifel geben, worin er besteht. Wir müssen Europa unsere Rohstoffe anbieten und unsere Häfen seinen industriellen Erzeugnissen öffnen, um den Handelsaustausch zu erleichtern und dessen mögliche Vorteile zu verwirklichen, sowie um den Verbraucher zu niedrigen Preisen mit Industrieprodukten zu versorgen.“ (Bernecker 2007: 49f)

7.2. Entstehung des MERCOSUR

Wie schon des Öfteren anfangs erwähnt, ist der MERCOSUR nicht das erste und auch nicht das einzige Integrationsprojekt auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Jedoch kann man behaupten, dass der MERCOSUR seit seiner Gründung 1991, das mit Abstand bedeutendste Integrationsbündnis im gesamten hispanoamerikanischen Raum ist. In der gesamten westlichen Hemisphäre bildet der MERCOSUR, gemeinsam mit der NAFTA, die ambitionierteste Integrationsinitiative der letzten 20 Jahre. *„Diese Projekte (sub)regionaler Integration und Kooperation verstehen sich nicht als Neuauflage protektionistischer Abschottungsstrategien vergangener Jahrzehnte, sondern als pragmatische Zwischenschritte auf dem Weg zu dem weitergehenden Ziel der Weltmarktintegration.“* (Bernecker 2007: 62)

Dem MERCOSUR gingen eine Vielzahl an Integrationsprojekten voraus, nicht nur sub-regionale wie die CARICOM, die ALADI oder der MCCA, sondern auch viele bilaterale Abkommen. Die meisten Versuche von regionaler Integration scheiterten jedoch aufgrund wirtschaftlicher Disparitäten, zu kleiner Märkte, zwischenstaatlicher Konflikte oder auch an mangelndem politischen Willen. Wirtschaftspolitisches Umdenken und die Re-Demokratisierung in der Region verhalfen den Integrationsbemühungen zu neuer Renaissance.

„Blickt man auf die Entstehungsgeschichte des Mercosur zurück, war er das Ergebnis eines Paradigmenwechsels in der Region zugunsten von Demokratie und liberaler Marktwirtschaft nach einer langen Phase des Autoritarismus und der Importsubstitution. Motiviert wurde das Integrationsvorhaben auf regionaler Ebene einerseits durch die Überzeugung der Mitgliedsstaaten, dass Integration demokratiestabilisierend und wohlförderungswirksam wirke, und andererseits durch die Überwindung der traditionellen Rivalitäten zwischen Argentinien und Brasilien. Im internationalen Kontext entstand das Projekt als südliche Alternative zur Freihandelsinitiative seitens der USA angesichts der Gefahr einer „Vereinnahmung“ durch Nordamerika.“ (Gratius 2001: 42f)

Die wichtigsten sub-regionalen Vorläufer des MERCOSUR waren die ALALC (Asociación Latinoamericana de Libre Comercio) und die ALADI (Asociación

Latinoamericana de Integración). Diese zwei Integrationsprojekte wurden unter der Prämisse, der Liberalisierung nach innen, des vorherrschenden Wirtschaftssystems der ISI, des sog. *cepalismo*, gegründet.

Die ALALC wurde 1960 durch den Vertrag von Montevideo ins Leben gerufen. Mitglieder waren Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela. Ziel war die Schaffung einer südamerikanischen Freihandelszone inklusive Mexikos, um neue Märkte und somit größere Zuwächse für das Modell der Importsubstitution zu generieren. Jedoch waren Freihandel und Protektionismus nicht miteinander vereinbar, was zum Scheitern der ALALC und zur Neugründung der ALADI führte (Vgl. Geier 2000: 10f). „(...) ALALC no tuvo éxito en su objetivo de establecer un área de libre comercio en Sudamérica y México debido a los incumplimientos de los compromisos y calendarios de desgravación arancelaria, y fue sustituida en 1980 por un marco más flexible y menos exigente, la Asociación Latinoamericana de Integración (ALADI)“¹² (Sanahuja 2010: 456).

Mit dem zweiten Vertrag von Montevideo wurde die ALALC 1980 in die ALADI umgewandelt und auch aufgewertet. Denn das ehrgeizige aber ferne Ziel des Freihandels wurde bereits im ersten Artikel festgeschrieben, im Gegensatz dazu konnte man die Zielformulierung der Schaffung eines Gemeinsamen Lateinamerikanischen Marktes im ersten Vertrag erst im Artikel 54 bemerken (Vgl. Dietrich 1998: 118). Insgesamt hat die ALADI 12 Mitglieder, jene der ALALC und seit 1998 auch Kuba. Somit repräsentiert die ALADI mit 20 Mio. km² Fläche und mehr als 500 Mio. Einwohner das größte lateinamerikanische Integrationsbündnis (www.aladi.org). Primäres Ziel der ALADI ist die Schaffung einer Präferenzzone jedoch ohne generell vereinheitliche Binnenzölle und auch keine gemeinsamen Außenzölle.

Aufgrund dieser lockeren Auslegung einer Präferenzzone ist es den Mitgliedern möglich, bilaterale Abkommen mit anderen Mitgliedern zu unterzeichnen. Wie auch der MERCOSUR, ist die ALADI in ihrer Grundstruktur eine intergouvernementale Organisation, wo die Wahrung der Souveränität der

¹² Die ALALC scheiterte in ihren Bemühungen der Schaffung einer Freihandelszone in Südamerika und Mexiko aufgrund von fehlenden Kompromissen und Uneinigkeit auf dem Gebiet der Zollerleichterung. Deshalb wurde sie 1980 von einer flexibleren und weniger fordernden ALADI ersetzt.

Mitgliedsstaaten Priorität hat. Die Institutionalisierung des Projekts durch die Schaffung dreier politischer Organe (Rat der Außenminister, Komitee der ständigen Repräsentanten der Mitgliedsstaaten, Konferenz zur Evaluierung und Abstimmung) und eines technischen Organs (Sekretariat) hat jedoch auf die rein intergouvernementale Ausrichtung der ALADI keinen Einfluss, da die Institutionen weisungsgebunden sind und somit vor allem auf die nationalen Interessen der Mitglieder reagiert (Vgl. Geier 2000: 11f). Im Rahmen der ALADI sollte auch das brasilianische Projekt einer südamerikanischen Freihandelszone (ALCSA – Área de Libre Comercio Sudamericano) in die Tat umgesetzt werden. 1994 wurde das Projekt im MERCOSUR und in der ALADI vorgebracht und diskutiert. *„Die ALCSA war der bewusste Versuch, nicht nur die regionale ALADI zu dynamisieren, sondern auch die subregionalen Integrationszonen des MERCOSUR und der „Anden-Gemeinschaft“ in einen gesamt-südamerikanischen Konvergenzprozess einzubeziehen.“* (Hummer 2006: 75)

Die ALCSA gilt als Vormodell der CSN und somit der UNASUR.

Durch die Krise der 1980er Jahre kam auch die ALADI ins Schleudern und mit ihr das bis dahin vorherrschende Wirtschaftsmodell der ISI und das Integrationsmodell einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone. *„Finalmente, ese modelo de integración se entrentó a la crisis de los ochenta y las políticas del Consenso de Washington, y a finales de esa década se podía considerar abandonado.“*¹³ (Sanahuja 2010: 456)

¹³ Letztendlich scheiterte auch die ALADI als Integrationsmodell aufgrund der Krise der 1980er Jahre und der Politik des Konsens´ von Washington.

7.3. Mitglieder des MERCOSUR

Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay sind die Gründungsmitglieder des MERCOSUR. 1996 wurden Assoziierungsabkommen mit Chile und Bolivien unterzeichnet, die einen schnellen Beitritt möglich machen würden. Venezuela hat 2006 seine Mitgliedschaft unterzeichnet, jedoch wurde der Beitritt noch nicht offiziell von allen Parlamenten der Mitgliedsstaaten ratifiziert.

Brasilien ist innerhalb der Gemeinschaft das flächenmäßig größte und bevölkerungsreichste Land und Uruguay das kleinste (siehe Tabelle 1). Auch auf wirtschaftlicher und politischer Ebene gibt Brasilien den Ton an, hat also die Führungsposition inne.

Abbildung 2: Karte von Südamerika



Quelle: www.welt-atlas.de

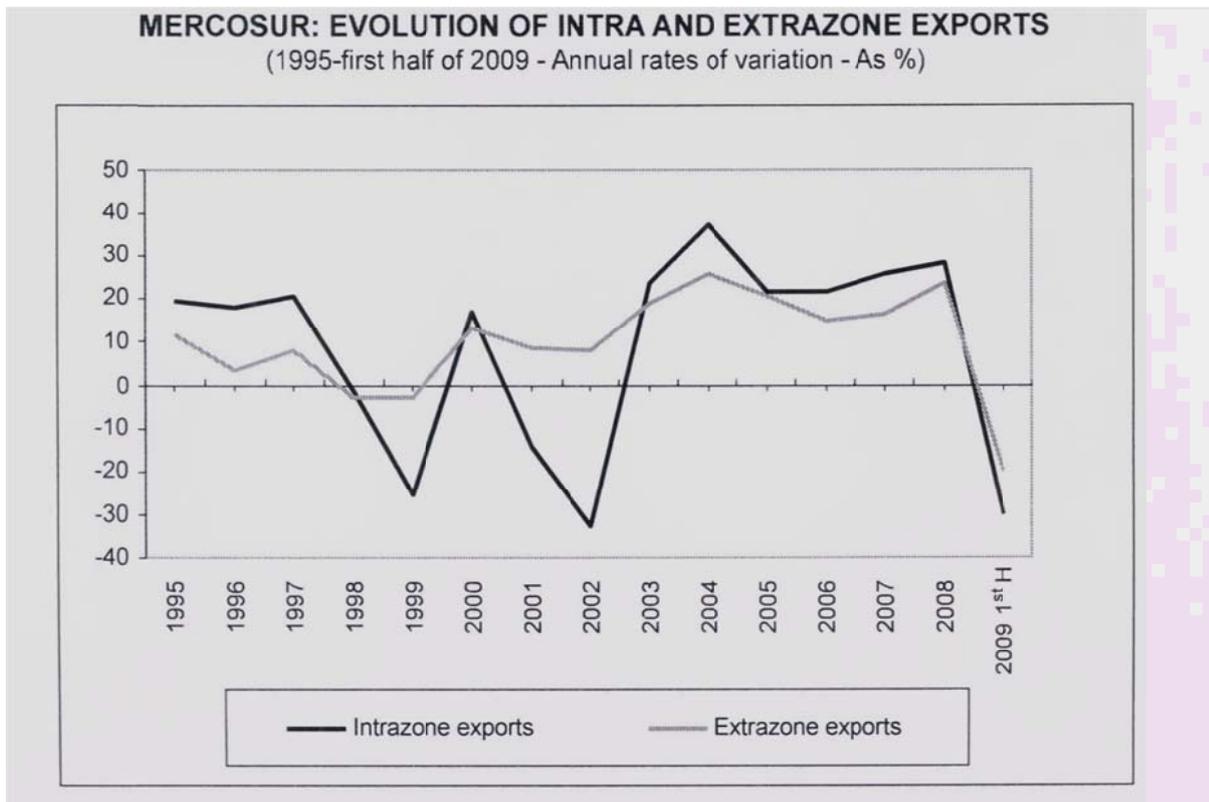
Tabelle 1: Basisdaten der Mitgliedsstaaten des MERCOSUR + Venezuela

Mitgliedsland	Fläche in km ²	Bevölkerung	Bevölkerungswachstum
Argentinien	2.780.400	41.769.726	1,017 %
Brasilien	8.514.877	203.429.773	1,134 %
Paraguay	406.752	6.459.058	1,284 %
Uruguay	176.215	3.308.535	0,231 %
Venezuela	912.050	27.635.743	1,493 %

Quelle: CIA World Factbook, 2011

7.3.1. Wirtschaftliche Eckdaten

Abbildung 3: Entwicklung der intraregionalen und externen Ausfuhren



Quelle: MERCOSUR Report 2008/2009, Seite 30

Abbildung 4: Intrahandel des MERCOSUR

INTRAZONE TRADE FLOWS IN MERCOSUR BY COUNTRY (In millions of US\$)										
	1998	2002	2006	2007	2008	Variation 2008/2007	1 st H 2008	2 nd H 2008	1 st H 2009	Variation 1 st H 2009/2008
						Percentage		Percentage		
Exports Intra bloc[#]	20,355	10,189	25,785	32,401	41,587	28.4	19,934	21,653	13,981	-29.9
Argentina	9,415	5,718	9,940	12,426	16,145	29.9	7,547	8,598	6,205	-17.8
Brazil	8,877	3,311	13,986	17,354	21,737	25.3	10,459	11,278	6,196	-40.8
Paraguay	531	553	917	1,374	2,104	53.1	1,159	945	871	-24.8
Uruguay	1,532	607	942	1,247	1,601	28.4	769	831	709	-7.9
Imports Intra bloc[#]	20,393	10,300	25,394	32,708	42,771	30.8	20,846	21,925	14,186	-31.9
Argentina	7,930	2,895	12,555	16,037	20,300	26.6	10,143	10,157	5,821	-42.6
Brazil	9,428	5,615	8,968	11,630	14,934	28.4	7,037	7,897	5,758	-18.2
Paraguay	1,383	845	1,689	2,461	3,618	47.0	1,611	2,007	1,098	-31.8
Uruguay	1,652	944	2,182	2,580	3,919	51.9	2,055	1,864	1,508	-26.6
Trade Balance						Absolute		Absolute		
Argentina	1,485	2,823	-2,615	-3,611	-4,155	-544	-2,596	-1,559	384	2,979
Brazil	-551	-2,304	5,018	5,723	6,804	1,080	3,422	3,382	438	-2984
Paraguay	-853	-293	-772	-1,087	-1,514	-427	-452	-1,062	-227	225
Uruguay	-119	-337	-1,240	-1,333	-2,319	-986	-1,286	-1,033	-800	486

Quelle: MERCOSUR Report 2008/2009, Seite 30

In den ersten Jahren erfuhr der MERCOSUR einen massiven wirtschaftlichen Aufschwung. Vor allem im Intra-block-Handel konnte ein großer Zuwachs verzeichnet werden, der 1998 den Höhepunkt von 25% erreichte. In den darauffolgenden Jahren schlitterte der MERCOSUR jedoch in die Krise. Ausgehend von der Währungskrise in Brasilien und durch die Rezession 2001 in Argentinien brach der Intrahandel komplett ein, während der Export in andere Länder der Welt weiterhin erheblich stieg. Brasilien verzeichnete einen Rückgang von 14,6% und Argentinien von 9,9% des intraregionalen Handels. Obwohl sich der intraregionale Export zwischen 2003 und 2008 wieder erheblich erholte (Anstieg von 31,7% in Brasilien und 9,5% in Argentinien), konnte dieser Aufschwung den beträchtlichen Zuwachs der Exporte in Nichtmitgliedsstaaten während der Krisenjahre nicht aufheben. (Vgl. MERCOSUR Report 2008/09: 31)

7.3.2. Brasilien – größte Volkswirtschaft im MERCOSUR

Brasilien war gemeinsam mit der zweitgrößten Volkswirtschaft innerhalb des MERCOSUR Argentinien der Motor des Integrationsprojektes im Cono Sur. Doch der Weg hin zu einer Kooperation in der Region war schwer.

Von 1964 bis 1985 herrschte in Brasilien eine Militärdiktatur, die ab den 1970er Jahren ihr Ansehen und ihre Macht zusehends verlor. Eine Epoche der Delegitimierung der Militärdiktatur setzte ein, die durch vermehrte Streikbewegungen und die herrschende wirtschaftliche Rezession eingeleitet wurde. Aus diesen Bewegungen ging 1983 der größte und mächtigste Gewerkschaftsdachverband ganz Lateinamerikas hervor, der CUT (Central única dos Trabalhadores). 1984 gründeten auch die Landlosen und Kleinbauern eine Organisation, die MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Jedoch blieb ihr Einfluss auf politischer Ebene bis zum Ende der Militärdiktaturen und auch noch später sehr gering.

Während der Militärdiktatur waren nur zwei Parteien erlaubt, die Regierungspartei ARENA (Aliança Renovadora Nacional) und die akzeptierte Oppositionspartei MDB (Movimento Democrático Brasileiro). Die Linke musste sich entweder der geduldeten Opposition anschließen oder illegal operieren. 1980 wurde die PT (Partido dos Trabalhadores – Arbeiterpartei) gegründet, die später die politische Linke in einer Organisation vereinen sollte. Die PT stand im Kampf für eine Redemokratisierung des Landes und wurde sowohl von Gewerkschaftsaktiven, Teilen der modern denkenden Kirche, kritischen Intellektuellen und von diversen marxistischen Gruppen getragen.

Obwohl die politische Linke in den 1980er Jahren einige Erfolge aufgrund des hohen Politisierungsgrades verzeichnen konnte (Landreform, Kampf für eine politische Öffnung des Landes), wurde der Kandidat eines Medienimperiums, Fernando Collor de Mello, zum ersten frei gewählten Präsidenten nach der Militärdiktatur gewählt. Er stach somit den linken Kandidaten der Arbeiterbewegung, Luis Inacio „Lula“ da Silva, aus und führte in Brasilien eine neoliberale Wende ein. In seiner Amtszeit von 1990 bis 1992 ersetzte er das nationalstaatszentrierte Entwicklungsmodell durch ein Modell, geleitet von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung (einseitige Öffnung des

Binnenmarktes ohne Forderung von Kompensation, Marktüberschwemmung mit Importen, Privatisierung lukrativster Staatsunternehmen unter dem Marktwert). Diese „*Collostroika*“ (Andrioli/Schmalz 2005: 195) führte zu Massenprotesten in allen Bevölkerungsschichten und kulminierte 1992 im Amtsenthebungsverfahren des Präsidenten. Itamar Franco führte die Amtszeit bis 1994 zu Ende.

In der Wahl von 1994 ging der ehemalige Finanzminister der Regierung Franco, Fernando Henrique Cardoso, als Sieger hervor. Unter seiner Führung kam es zur Konsolidierung des neoliberalen Entwicklungsmodells, das in seiner ersten Amtszeit von 1995 bis 1998, nicht zuletzt aufgrund seiner konsensbildenden Politik in sozialer Hinsicht, auf fulminanten Zuspruch in der Bevölkerung stieß. Auch auf ökonomischer Ebene konnte Cardoso bereits als Finanzminister unter Franco erhebliche Erfolge verzeichnen. Die „*künstlich fabrizierte*“ (Andrioli/Schmalz 2005: 196) Aufwertung der brasilianischen Währung, der sog. „Plano Real“, erhöhte zunächst die Kaufkraft und hatte auch positive Auswirkungen auf die hohe Inflation. Weiters war Cardosos erste Amtszeit von Privatisierung, stabilen Wirtschaftswachstum und von Zustrom ausländischen Kapitals geprägt. Die Linke hatte zur damaligen Zeit kein Gegenkonzept zum Neoliberalismus zu bieten.

Die zweite Amtsperiode Cardosos war gegenteilig zur ersten. Die Folgen der strikten neoliberalen Strategie waren ein beträchtliches Leistungsbilanzdefizit sowie das Wachstum der Auslandsschulden. Im Zuge der Finanz- und Währungskrise von 1998/99 stiegen die Auslandsschulden in nur zwei Monaten von 42% auf 53% des BIP. Im Jahr 2002 beliefen sich die Schulden auf insgesamt 227,8 Mrd. US\$ (Vgl. Andrioli/Schmalz 2005: 196) Auch in sozialpolitischer Hinsicht konnte die Regierung Cardoso wenige Erfolge erzielen. Es gab keine nennenswerten Erneuerungen in der Bildungspolitik, keinen Fortschritt im Kampf gegen die Kindersterblichkeit und keine Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität. Im Gegenteil, die Arbeitslosen- sowie die Kriminalitätsrate stiegen massiv an.

Obwohl die PT zur Zeit der ersten Amtsperiode Cardosos noch keine Alternative zur neoliberalen Politik darstellte, wurde sie 2002 aufgrund der Enttäuschung der

Bevölkerung gegenüber der Regierung Cardoso als eine glaubhafte Alternative angesehen. Nicht nur die innere Transformation der PT hin zu einer sozialdemokratisch orientierten Strategie, sondern auch das Bündnis mit der PL, der liberalen Partei, verhalfen der PT zum Wahlsieg. Auch die Zielsetzungen ihres Programms „Ein Brasilien für alle“ sowie wirtschaftliches Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verringerung der Ungleichheit konnte die Bevölkerung überzeugen.

Das Bündnis mit der PL als auch die Versprechungen hinsichtlich sozialer Gleichgerechtigkeit brachten die PT in Bedrängnis. *„Die neue Regierung steht vor dem Widerspruch, ihre Sozialpolitik ausbauen und gleichzeitig die restriktive Wirtschafts- und Finanzpolitik fortführen zu wollen bzw. zu müssen. Sie steht außerdem unter dem Zwang, andauernd politische Verhandlungen mit dem Kongress führen zu müssen, um Mehrheiten für ihre Gesetzesvorhaben zu erreichen.“* (Andrioli/Schmalz 2005: 204) Obwohl ihre Wirtschaftspolitik im Widerspruch zur sozialen Komponente ihrer Politik stand, gaben die wirtschaftlichen Erfolge der PT Recht: Schuldenabbau gegenüber dem IWF und der Weltbank, Anstieg der Exporte, Wertsteigerung des Real gegenüber dem Dollar, sowie Kontrolle der Inflation, welche zu ausländischen Kapitalzufluss führte.

Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Sichtweise der Medaille, kamen die Probleme der Regierung in der Sozialpolitik zum Vorschein. Durch den engen finanziellen Spielraum blieben viele sozialpolitische Initiativen unter ihren Erwartungen, wie z.B. das Null-Hunger-Programm „Fome Zero“, dass eine Soforthilfe für die 46 Mio. Unterernährten in Brasilien sein sollte. Auch die Reform der schrittweisen Erhöhung des Mindestlohns verlief praktisch ins Leere, da die Anhebung von 240 Real auf 300 Real im Mai 2005 aufgrund der Inflationsrate von 9,3% im Jahr 2003 nur eine geringe Steigerung der Reallöhne zugelassen hat. Auch eine flächendeckende und effiziente Gesundheitsreform war aufgrund finanzieller Engpässe nicht möglich. Als umstrittenste Reform galt jedoch jene der Pensionspolitik. Die Pensionen der Staatsbediensteten wurden gekürzt und das durchschnittliche Pensionsantrittsalter bei Frauen von 48 auf 55 und bei Männern von 53 auf 60 Jahren erhöht. Begründet wurden diese Maßnahmen damit, dass

die Pensionen ein Überbleibsel der Militärdiktaturen und die Beamten gegenüber anderen Beschäftigten privilegiert sind. Weiters könnten die Mittel des kostenaufwendigen Systems besser für Sozialausgaben verwendet werden. (Vgl. Andrioli/Schmalz 2005: 205) Die Pensionsreform wurde trotz des Widerstands der Basis der PT, der Staatsbediensteten, durchgeführt.

Die Außenpolitik kann man wiederum als Aushängeschild der Regierung bezeichnen. So ist sie maßgeblich an der Bildung der G20, der Gruppe von Entwicklungs- und Schwellenländer, und der UNASUR beteiligt, als auch am Scheitern des ALCA-Prozesses. In Bezug auf den MERCOSUR konnte die Regierung Lula anfangs einige Fortschritte in Bezug auf die Konsolidierung des Integrationsprozesses verzeichnen. Jedoch ist heute nicht klar, welche Position Brasilien genau hinsichtlich des MERCOSUR verfolgt.

7.3.3. Argentinien – Krisengeschütteltes Mitglied am Rio Plata

Auch in Argentinien herrschte in den 1960er und 1970er Jahren das Militär. Besonders die Militärjunta von 1976 bis 1983 hinterließ ihre grausamen Spuren. Die Errichtung der Militärdiktatur von 1976 war geprägt von der brutalen Niederschlagung der Gewerkschaften. Die Gegner wurden verfolgt und jegliche gewerkschaftlichen Aktivitäten wurden verboten. Die gesamten fortschrittlich denkenden Bevölkerungsschichten wurden unter Druck gesetzt und letztendlich zur Flucht ins Ausland gezwungen oder ermordet. Das Resultat dieser Politik waren ca. 30.000 Ermordete und Verschwundene sowie die Zerschlagung der linken Organisationsstruktur des Landes.

Auf ökonomischer Ebene versuchte die Militärjunta das staatszentrierte und binnenmarktorientierte System der ISI zu eliminieren und durch neoliberale Politik zu ersetzen. Es erfolgte zwar keine Privatisierung im großen Stil, jedoch versuchte man mit der Liberalisierung des Finanzmarktes und der Senkung der Zölle die Wirtschaft in Aufschwung zu versetzen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik wurde allerdings nicht konsequent verfolgt und hatte somit desaströse Folgen: Anstieg der Auslandsverschuldung in der Zeit der Diktatur von 7 Mrd. auf über 45 Mrd. US-

Dollar, deutlicher Rückgang von Investitionen im öffentlichen und privaten Sektor, Abfall der Reallöhne von ca. 30 – 40% (Vgl. Boris/Tittor 2006: 19).

Die Politik der Militärdiktatur und das Scheitern im Falklandkrieg 1983 führten zu Massenprotesten. Die Militärs mussten daraufhin die politische Bühne räumen und für die zivile Regierung unter Raúl Alfonsín Platz machen. Die schwache neoliberale Politik der Militärs wurde von Alfonsín wieder rückgängig gemacht, um die ökonomische und kulturelle Last der Diktatur aufzuarbeiten und zu überwinden. *„Die Versuche der Regierung, mittels Sozialpakten, gemäßigter Fortsetzung der Importsubstitutionsstrategie, heterodoxer Anpassungspolitiken und einer moderaten Keynesianismus der strukturellen Probleme der argentinischen Ökonomie Herr zu werden, scheiterten.“* (Boris/Tittor 2006: 19) Aufgrund des Scheiterns seiner Politik (Hyperinflation, Plünderungen waren die Folge) trat Alfonsín vorzeitig aus seinem Amt zurück.

Mit der Übernahme des Präsidentenamtes 1989 durch Carlos Menem wurde eine tiefgreifende neoliberale Wende in Argentinien eingeleitet. *„Die erfolgreiche Bekämpfung der Hyperinflation durch die feste Bindung des Peso an den Dollar (...), der bemerkenswerte Wachstumsschub der argentinischen Ökonomie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (nicht zuletzt infolge des großen Zuflusses von Auslandskapital in privatisierte Bereiche) sowie die gezielte Sozialpolitik der Regierung brachten dem neoliberalen Modell zunächst eine hohe Zustimmung in großen Teilen der argentinischen Bevölkerung (...) ein.“* (Boris 2007: 137)

Die langfristigen Auswirkungen des neoliberalen Kurses der Regierung Menem kamen erst in seiner zweiten Amtsperiode zum Vorschein. Prozesse der sozialen Polarisierung und der Verarmung der Bevölkerung schritten weiter voran. Auch die Arbeitslosenzahlen stiegen weiterhin erheblich an (Mitte 1995 auf 14%). Selbst auf wirtschaftlicher Ebene musste die Regierung Menem ihrem neoliberalen Kurs Tribut zollen. Die Auslandsschulden stiegen dramatisch an – beliefen sie sich von 1990 bis 1994 noch zwischen 63 und 76 Mrd. US-Dollar, so waren es 1995 bereits 99 Mrd. 1997 131 Mrd. und 1999 155 Mrd. US-Dollar. (Vgl. Boris 2006: 29) Der Anstieg der Auslandsschulden, die vehement verfolgte Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie die feste Bindung des Peso an den US-Dollar führten im Jahr

1998 zur Rezession und zu vermehrten Protesten innerhalb der Gesellschaft. Auch die Null-Defizit-Strategie des nächsten Präsidenten de la Rúa konnte die Krise nicht abwenden, sie verschlimmerte sie eher.

Die Krise nahm ihren Lauf und fand Ende 2001 ihren Höhepunkt, als der IWF zugesagte Kreditauszahlungen verweigerte und die Kapitalflucht sich beschleunigte. Da auch andere Geldzuflüsse ausblieben, veranlasste die Regierung die Sperrung aller Bankkonten, um das Bankensystem noch aufrecht erhalten zu können. Proteste der Mittelschicht und der Gewerkschaften führten zu einem Generalstreik, aufgrund dessen die Regierung Fernando de la Rúa abdankte. Es folgte ein Präsidentenkarussell, bis das Parlament und der Senat den Peronisten Eduardo Duhalde zum neuen Präsidenten erklärten. Wichtigstes Ziel der Übergangsregierung war den Zerfall der Gesellschaft und der Ökonomie zu bremsen. Jedoch konnte auch die Regierung Duhalde den weiteren Zusammenbruch der Unternehmen und Banken, den Rückgang der Kaufkraft sowie den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 25% und der Armutsquote auf über 50% nicht verhindern.

Im April 2003 wurde der als eher „farblos“ geltende Néstor Kirchner zum Präsidenten gewählt. Schon in seiner Rede zur Amtseinführung belehrte er seine Kritiker eines Besseren. Er kündigte einen totalen Bruch mit dem Neoliberalismus als auch mit anderen argentinischen Traditionen an. Seinen Versprechungen folgten Taten: führende Offiziere des Militärs wurden aufgrund kompromittierender Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur aus dem Dienst entlassen, es erfolgte eine personelle Umstrukturierung in öffentlichen Institutionen, wie z.B. bei der Bundespolizei, der Justiz und den Sozialversicherungen; die Vertreterinnen der Mütter der Plaza de Mayo wurden empfangen; es fand ein Treffen mit den führenden Piqueteros statt, etc.

Auch auf außenpolitischer Ebene kam es zu einem Kurswechsel. So kam es auch wie in Brasilien unter Lula zu einer vorrangigen Stellung des MERCOSUR in der Außenpolitik. Es ging darum, das regionale Bündnis enorm aufzuwerten, den Integrationsprozess zu konsolidieren, neue Mitglieder zu gewinnen sowie das Institutionsgefüge zu erweitern und zu stärken. Generell wurde eine Intensivierung

der Süd-Süd-Kooperation und eine Distanzierung zu den USA vorgesehen. Weiters wurde eine härtere Gangart gegenüber den Forderungen des IWF und ausländischer Gläubiger forciert, „die nach Auffassung des neuen Präsidenten teilweise selbst das Verschuldungsdilemma heraufbeschworen hatten (...).“ (Boris 2007: 143)

Seit 2007 ist die ehemalige First Lady Cristina Fernandez Kirchner Präsidentin von Argentinien, die zwar die Krisen der Politik ihres Mannes hinter sich lassen wollte, jedoch weiterhin seinen Kurs verfolgt.

7.3.4. Paraguay – Land der „defekten Demokratie“

Seit Ende der 36 Jahre andauernden Diktatur unter Alfredo Strössner 1989 war Paraguay turbulenten Zeiten ausgesetzt. Durch den Putsch setzte sich General Andrés Rodríguez, der Schwager von Strössner, an die Macht (1989 – 1993). Unter seiner Herrschaft wurde Paraguay in das Integrationsbündnis des MERCOSUR aufgenommen und auch er verfolgte die Strategie der Liberalisierung des paraguayischen Marktes. Jedoch konnte man diese Maßnahmen als kontrollierte Öffnung des Landes ansehen, da, sobald unangenehme Wirtschaftsreformen auf dem Plan standen, diese abgelehnt wurden. (Vgl. Ortega 2003: 10)

1993 kam der erste zivil gewählte Präsident an die Macht, Juan Carlos Wasmosy. Seine Politik konnte allerdings eine mäßige wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen und war wie auch die vorangegangenen Regierungen von Korruption, Schmuggel und Drogenhandel innerhalb der eigenen Reihen geprägt. Die kurze Amtszeit des Präsidenten Raúl Cubas Grau (1998 – 1999) war vom permanenten Streit mit der Opposition geprägt. Maßgeblichen Anteil an der Konfrontation hatte der Ex-General Lino César Oviedo, ein Freund des Präsidenten, der schon unter Wasmosy versucht hatte (Putschversuch 1996), an die Macht zu kommen. Die Amtszeit Cubas eröffnete ihm die Gelegenheit, das Land mit zu regieren. Jedoch wehrte sich der Vizepräsident Luis María Argaña gegen die Mitsprache Oviedos in Regierungsangelegenheiten. Seine Ermordung war die Folge. Daraufhin folgte eine Welle des Protestes und Cubas trat zurück.

Da der Präsident zurück trat und der Vizepräsident ermordet wurde, übernahm der Senatspräsident Luis González Macchi interimistisch das Präsidentenamt. Aufgrund der Bildung einer Regierung der beiden größten politischen Parteien des Landes wurde Macchis temporäre Präsidentschaft zur definitiven Tatsache. Die Regierung Macchi war bis zu ihrem Ende 2003 geprägt von Kritik, Unzufriedenheit und Korruptionsvorwürfen. Vor allem die Korruption im Ministeriumsapparat als auch Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsprozess waren ausschlaggebend für die Unfähigkeit, soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Diese ernsthaften Schwächen der Regierung führten zu Massendemonstrationen, die jedoch beim Präsidenten keine Wirkung zeigten. Die Forderungen der Bevölkerung nach dem Rücktritt Macchis wurden ignoriert und das Amt weiterhin bis zum turnusmäßigen Ende bekleidet. (Vgl. Ortega 2003: 10-11)

Auch die Wirtschaft hat in den Jahren nach der Diktatur sehr gelitten. Obwohl Versuche einer Liberalisierung der Ökonomie von statten gingen, schlitterte das Land in die Rezession. Die größten Probleme lagen in der Arbeitslosigkeit, vor allem unter den Jugendlichen. Das niedrige Investitionsniveau führte zu geringem Arbeitsangebot, das wiederum zu hohen Arbeitslosenraten führte. Negative Konjunktur sowie interne Finanzkrisen hatten den Anstieg der Auslandsschulden und somit den wachsenden Druck seitens des IWF zur Folge. Auch Paraguays Industrie befindet sich seit fast 10 Jahren in der Stagnation, was die Industriellen auf den Beitritt zum MERCOSUR zurückführen. Die Industriellen sehen den Verlust tausender Arbeitsplätze sowie die Schließung vieler Fabriken in Zusammenhang mit der Eingliederung in das Institutionsgefüge, denn die Regierung sei unfähig, die Zollbeschränkungen der MERCOSUR-Nachbarstaaten zu beseitigen. (Vgl. Ortega 2003: 12)

Seit 1947 ist die Colorado Partei hegemoniale Macht in Paraguay und war auch bis zum Jahr 2007 in ihrer Stellung nicht gefährdet. Die bis dahin gespaltene liberale Opposition war nie in der Lage, das ideologische Beziehungssystem zwischen Partei, Kandidaten und Wählerschaft, basierend auf die Verteilung von Pfründen oder Klientelismus, herzustellen. Dieses Beziehungssystem ist wichtigster Bestandteil in der paraguayischen Parteienlandschaft und historisch gesehen aus den solidarischen Gemeinschaftsstrukturen von Familie,

Freundeskreis und Nachbarschaft entstanden. Im Laufe der Zeit hat sich diese Beziehungsverhältnis dann auf die Politik übertragen. Folgende Logik (nach Morinigo, José Nicolás 2003) veranschaulicht dieses solidarische System: *„Ich habe dir geholfen, weil du Teil meiner Gemeinschaft bist, also bist du moralisch dazu verpflichtet, mir deine Stimme zu geben, um mir die politische Macht zu geben, das Wohl unserer Gemeinschaft auch weiterhin schützen zu können.“* (Lachi/Otter 2008: 3)

Erst mit dem ehemaligen Bischof Fernando Lugo konnte sich die gespaltene Opposition unter einer gemeinsamen Partei – der Demokratischen Allianz – auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen. Mit einem Vorsprung von 10 % gegenüber der Kandidatin der Colorado Partei gewann Lugo die Wahlen. Der Sieg war historisch und keineswegs zu erwarten. Grund für seinen klaren Wahlsieg sahen viele in seiner doppelten Parteizugehörigkeit. Obwohl er traditionell gesehen der Colorado Partei angehört, trat er jedoch für die Liberalen zur Wahl an. Genau deshalb sprach Lugo Mitglieder beider Parteien an, die zum Bruch der traditionellen Parteibindung und weiters zum Wahlsieg führte. Die wichtigste Herausforderung der Regierung Lugo besteht darin die Gewinne des in den vorangegangenen Jahren erzielten Wirtschaftswachstums auch bei der breiten Masse und vor allem bei der armen Bevölkerung zu investieren. Weiteres wichtiges Ziel ist die Reformierung der Beschäftigungspolitik, um Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung entgegenwirken zu können (Vgl. Lachi/Otter 2008).

Hinsichtlich des MERCOSUR bestätigte Lugo erst im Juni 2011 auf dem 41. Cumbre des Bündnisses in Asunción/Paraguay die Wichtigkeit des Integrationsprojekts bezüglich ökonomischer und sozialer Entwicklung. Gleichzeitig bekräftigte er jedoch die Notwendigkeit der Überwindung der Asymmetrien und Konflikte innerhalb des Bündnisses (Vgl. www.telesur.tv.net: Lugo abre la XLI cumbre del Mercosur en Paraguay, 29.06.2011).

7.3.5. Uruguay – die „Schweiz“ des MERCOSUR

Am 31. Oktober 2004 konnte die Linke in Uruguay erstmals nach 174 Jahren die Herrschaft der beiden traditionellen Parteien, *Partido Colorado PC* und *Partido Nacional PN* oder auch Blanco genannt, brechen und die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments erringen. Neben der absoluten Mehrheit im Parlament konnte das Linksbündnis *Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría FA* mit seinem Spitzenkandidaten Tabaré Vázquez auch das Präsidentenamt für sich gewinnen (Vgl. Schonebohm 2004: 225-235).

Der Weg zum Wahlsieg war jedoch sehr schwer und verlangte den linken Kräften im Land viel Geduld ab. Im Gegensatz zu den beiden großen Parteien *PC* und *PN* kann die Linkskoalition *Frente Amplio* nur auf eine 33-jährige Geschichte zurückblicken. Seit dem Unabhängigkeitsprozess beherrschte der Kampf zwischen den beiden traditionellen Parteien, sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene, das Land. Nach einigen blutigen Bürgerkriegen kam es 1904 endgültig zum Frieden und zur Festsetzung des Zwei-Parteien-Systems. Innerhalb dieses Systems vertrat die *PC* die Interessen des städtischen Bürgertums und der Industrie und war auch die meiste Zeit die führende Macht im Land. Die oppositionelle *PN* vertrat hingegen die Interessen der Viehzüchter und kontrollierte weitgehend das Landesinnere. „Unter der Führung sukzessiver, mit Ausnahme der Jahre 1933-38, weitgehend dem weltanschaulichen Liberalismus verpflichteter Colorado-Regierungen entwickelte Uruguay eine stabile Demokratie, deren Basis durch einen zunehmenden wirtschaftlichen Protektionismus, eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und eine starke Systemloyalität der Bevölkerung abgesichert wurde.“ (Schonebohm 2004: 228)

Durch die Etablierung der traditionellen Machtstrukturen war für eine starke linke Partei kein Platz auf politischer Ebene. Bis 1971 konnten die verschiedenen linksgerichteten Parteien nie mehr als 10 % der Wahlstimmen für sich gewinnen. Deshalb konzentrierte sich die Linke auf den Aufbau einer starken Gewerkschaft. Dieses Vorhaben fand 1964 in der Gründung des Dachverbandes *Convención Nacional de Trabajadores CNT* ihren Höhepunkt.

Erst in den 1970er Jahren konnten die Linken an Einfluss gewinnen. Auch in Uruguay hatte das Wirtschaftsmodell der Importsubstitution immense Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bevölkerung. Die Wirtschaft stagnierte seit den 1930er Jahren und die *PC*-Regierung war nicht in der Lage wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen einzuleiten um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und somit auch Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen. Konsequenz dieser Wirtschaftskrise war die Verarmung der Landbevölkerung und die daraus resultierende Bildung der Guerillabewegung *Tupamaros*, die bis zu ihrer Zerschlagung durch das Militär 1972 die Korruption auf politischer Ebene aufdeckte, aber auch durch Entführungen und Ermordungen Bekanntheit erlangte. Das Linksbündnis *Frente Amplio FA* entstand 1971 aus dem Zusammenschluss von Sozialistischer und Kommunistischer und anderer Parteien und Gruppierungen, wie der *MLN-T Movimiento de Liberación Nacional-Tupamaros*. Ziel der Linken war es, eine Alternative zu den traditionellen Parteien zu bieten und somit die Repressionen des Staates zu beenden und das Land hin zu einer funktionierenden Demokratie zu führen. Bei den Parlamentswahlen von 1971 bekam der *FA* auf Anhieb 18% der Stimmen (Vgl. Schonebohm 2004: 229).

Die Euphorie wurde aber durch die Machtübernahme der Militärs im Juni 1973 gebrochen. Sämtliche Führungspersönlichkeiten und Mitglieder des *FA* wurden verfolgt, inhaftiert und verschleppt. Erst die Re-Demokratisierung 1984 brachte die Linken wieder auf die politische Bühne. Obwohl nach der Wiederherstellung der demokratischen Ordnung das Zwei-Parteien-System wieder an Stellung gewann und die *FA* bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen von 1984 und 1989 mit jeweils 21% der Stimmen hinter ihren eigenen Erwartungen geblieben war, konnte sie jedoch wichtige Erfolge erzielen. Die Hauptstadt Montevideo, Hochburg der *PC*, konnte das *FA* 1989 für sich gewinnen und den Vorsprung in den folgenden Kommunalwahlen 1994 und 2000 weiter ausbauen. Oberbürgermeister wurde der spätere erste linke Präsident Tabaré Vázquez.

Bis zum Wahlerfolg 2004 mussten sich die Linken jedoch noch ein wenig gedulden. Bei den Wahlen von 1999 war das Linksbündnis noch auf sich alleine gestellt und konnte auf keinen Koalitionspartner hoffen, da die beiden Parteien *PC* und *PN* traditionell eine Zusammenarbeit forcierten, um die Macht zu erlangen.

Doch die schrittweise Ausweitung der organisatorischen Basis des *FA* und seine ideologische Öffnung zur sozialdemokratisch orientierten Mitte ebneten den Weg zum Wahlerfolg. Heute gibt es drei große Blöcke innerhalb des *FA*: der revolutionär ausgerichtete Flügel (~ 33% der Stimmen), der traditionell linke Flügel von Sozialisten und Kommunisten (~ 21% der Stimmen) und der sozialdemokratische Flügel (~ 44% der Stimmen). Nicht nur die Neustrukturierung und die Zugkraft prominenter Mitglieder, sondern auch das Scheitern der Regierung Batlle (2000-2005) war ausschlaggebend für den Wahlsieg des Linksbündnisses (Vgl. Schonebohm 2004: 228).

Unter der Regierung Batlle war Uruguay der schlimmsten Rezession seiner Geschichte ausgesetzt, welche schlimme Folgen hatte: Armut und Emigration. Die verfehlte Wirtschafts- und Währungspolitik, sowie die Krisen der beiden Nachbarstaaten Brasilien und Argentinien, mit denen Uruguay 40% seines gesamten Außenhandels abwickelt, hatten schwerwiegende Konsequenzen: Verlust der Währungsreserven, Einbruch der Steuereinnahmen, beachtliche Erhöhung der Auslandsverschuldung, eklatante Zunahme der Armut (~ 50% der Kinder und ~ 30% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze) und hohe Arbeitslosigkeit. Nachdem im Juni 2002 der Wechselkurs komplett freigegeben wurde, verfiel der Bankensektor in ein Chaos. Ohne die finanzielle Unterstützung der USA und des IWF hätte nach Argentinien auch Uruguay die Zahlungsunfähigkeit verkünden müssen. 2003 musste mit Hilfe einer umfangreichen Umschuldungsaktion eine erneute Zahlungsunfähigkeit abgewendet werden (Vgl. Schonebohm 2004: 233).

Auf die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Finanzkrise reagierte die neue Regierung mit einem sehr mutigen Programm, dessen Durchführung im Widerspruch zur finanziellen Situation des Landes stand. Wichtigste Vorhaben der neuen Regierung war die Förderung der Produktion, Sozialpolitik, Innovation und Forschung, Demokratie, regionalen Integration und Kultur. Eckpfeiler dieses Programms war die Abkehr von der bisherigen Investitionsstrategie, um eine nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen gewährleisten zu können. In Bezug auf den MERCOSUR wurde eine Stärkung des Integrationsbündnisses angestrebt.

Seit März 2009 ist José Mujica neuer Präsident Uruguays. Der ehemalige Tupamaro-Rebell und Landwirtschaftsminister will die Politik des vorigen Präsidenten Vázquez größtenteils fortführen. Seinen Fokus richtet er darin auf die Bekämpfung der Armut. Die Haltung hinsichtlich des MERCOSUR änderte sich auch mit Amtsantritt Mujicas nicht. Auch er möchte die Konsolidierung des Projekts weiter voran treiben, obwohl er eingesteht, dass das Bündnis noch eine Vielzahl an Problemen zu überwinden hat. *„El Mercosur "está lleno de defectos" pero su intención es "mejorarlo" para que se convierta "en una herramienta de desarrollo".* (www.elobservador.com.uy: Mujica: „Mercosur está lleno de defectos y queremos mejorarlo“, 28.02.2010)

7.3.6. Venezuela – auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft

Obwohl Venezuela 2006 die Mitgliedschaft im MERCOSUR unterschrieben hat, wurde der Vertrag zur Volleinbindung Venezuelas bis heute nicht von allen Mitgliedern des Bündnisses ratifiziert. Nachdem Argentinien und Uruguay Venezuela bereits als Vollmitglied akzeptieren, wurde der Vertrag vom brasilianischen Senat erst im Dezember 2009 ratifiziert. Jetzt fehlt nur noch die Zustimmung des paraguayischen Parlaments, um Venezuela als stimmberechtigten Partner im MERCOSUR zu akzeptieren.

Die Wahl von Hugo Chávez 1998 zum neuen Präsidenten Venezuelas leitete den Linksruck der Regierungen am lateinamerikanischen Kontinent ein. Die von Chávez initiierte „bolivarische Revolution“ beendete das seit 1958 herrschende Zwei-Parteien-System in Venezuela und das damit einher gehende polit-ökonomische Herrschaftsmodell. Das Regierungsprojekt von Präsident Chávez steht für eine Politisierung der sozialen Ungleichheiten sowie für sozialen Wandel.

Venezuela hatte bereits 1958 die Diktatur von Pérez Jiménez überwunden und die Demokratie in der Verfassung konsolidiert. Mit dem sog. Punto-Fijo-Pakt wollte man einen Militärputsch verhindern und die linken Kräfte von der politischen Bühne ausschließen. Der Punto-Fijo-Pakt wurde von einem Bündnis zwischen den beiden Traditionsparteien *Acción Democrática AD* und *Comité de Organización Política Electoral Independiente COPEI* mit dem Unternehmerverband, dem

Gewerkschaftsverband, den Streitkräften sowie der Kirche unterzeichnet. Diese Allianz hatte eine minimalistische parteizentrierte Demokratie zufolge, in der andere Parteien ausgeschlossen wurden und nur eine Zusammenarbeit der beiden traditionellen Parteien gewünscht wurde. Bis zu den 1980er Jahren galt dieses polit-ökonomische Herrschaftsmodell als Musterdemokratie, das im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Gesellschaften auf viele soziale Errungenschaften und Absicherungen zurückgreifen konnte.

Aufgrund des Erdölpreisverfalls, der Verschuldungskrise, der fehlgeschlagenen ISI und der herrschenden Korruption schlitterte dieses Modell jedoch Anfang der 1980er Jahre in die Krise. Folgen waren die Verdoppelung der Arbeitslosigkeit, das Anwachsen des informellen Sektors und die steigende Armut. Um aus der Krise wieder heraus zu kommen verfolgte der damalige Präsident Carlos Andrés Pérez ein Schockprogramm. Er setzte das Strukturanpassungsprogramm des IWF ohne Konsens mit seiner eigenen Partei um und brach somit den Punto-Fijo-Pakt. Die konsequent durchgeführten neoliberalen Reformen führten zur sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe – das Pro-Kopf Einkommen fiel von 1970 bis 1990 um 20%, die Armutsrate stieg im Jahr 1989 von 46 auf 62%, die Beschäftigung im informellen Sektor wuchs von 34,5% 1980 auf 53% 1999 (Vgl. Müller 2007: 167).

Die venezolanische Gesellschaft reagierte auf die neue neoliberale Politik mit einem Aufstand, dem *Caracazo*. Dieser Aufstand führte zu mehreren Demonstrationen und Plünderungen inner- und außerhalb von Caracas. Der Präsident verhängte den Ausnahmezustand und setzte das Militär ein, was ein Massaker nach sich zog. Nach offiziellen Angaben sprach man von 287 Toten, inoffiziell von über 1.000. Die folgenden Jahre waren geprägt von vereitelten Putschversuchen, der Amtsenthebung des Präsidenten und die Neuwahl von Rafael Calderas (1994-1999) zum neuen Staatsoberhaupt. Auch er verfolgte weiterhin den neoliberalen Kurs und konnte der Krise nicht Herr werden. Die prekäre wirtschaftliche Lage und die wachsende soziale Polarisierung ebneten den Weg für Hugo Chávez zum Wahlsieg 1998.

Am 6. Dezember 1998 gewann Hugo Chávez mit 56% der Stimmen die Wahl zum Präsidenten. Er ist somit der erste nicht Weiße, der dieses Amt bekleidet. Diese

Tatsache und seine Herkunft (untere Mittelklasse) verschafften ihm Glaubwürdigkeit bei der armen Bevölkerung. Mit seiner Partei *Movimiento Quinta República MVR* verfolgte er einen anti-neoliberalistischen Kurs und den Bruch mit dem alten System. Das Ziel einer neuen Verfassung wurde 1999 bei einem Referendum mit 80% der Stimmen angenommen. In der neuen Verfassung wird Venezuela „als demokratischer, sozialer Staat definiert, der sich dem Leben, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Solidarität, der Demokratie, der sozialen Verantwortung, den Menschenrechten, der Ethik und dem politischen Pluralismus verpflichtet.“ (Müller 2007: 170)

Weitere wichtige Neuerungen gab es auch auf dem wirtschaftlichen Sektor. Der Staat wurde als regulierender Faktor gesehen und die Privatwirtschaft dazu angehalten, verpflichtend zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Außerdem wurden die sozialen Rechte der indigenen Bevölkerung sowie die Menschenrechte in der Verfassung verankert. Grundgedanke der Verfassung ist die Errichtung einer partizipativen Demokratie allerdings ohne konkrete Umsetzungsplanung.

Eckpfeiler der Regierung Chávez stellt die Sozialpolitik dar. In den Armenvierteln wurden sog. *Misiones* eingerichtet, die die grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerung abdecken sollen. Die Sozialprogramme sorgten vor allem für ärztliche Betreuung, Bildung und staatlich subventionierte Lebensmittelläden. 1997 betrugen die Sozialausgaben nur 8,5% vom BIP, welche die Regierung unter Chávez um 20% erhöhte. Obwohl das soziale Projekt von Chávez sehr viel erreicht hat, muss man auch erwähnen, dass diese Sozialprogramme manchmal auch von klientelistischen Mechanismen durchzogen sind, denn die Teilnahme an diesen Programmen ist oft an ein positives Verhältnis zur bolivarianischen Revolution gekoppelt.

7.4. Wegbereiter des MERCOSUR

Die Bildung des Wirtschaftsraums MERCOSUR geht auf die interstaatliche Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Brasilien zurück. „*El Mercosur – en su esencia – es el fruto de la alianza sudamericana Brasil Argentina.*“¹⁴ (Methol Ferré 2000: 222) 1985 kam es zur Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Entwicklung eines gemeinsamen Integrationsabkommens, der *Declaración de Iguazu*. Aufgrund dieser Deklaration wurde eine Kommission für Zusammenarbeit und Integration eingesetzt, deren Aufgabe es war, konkrete Vorschläge zum weiteren Ablauf des Integrationsprojekts zu formulieren und Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zu schaffen.

Als Folge dieses Abkommens unterzeichneten die ersten demokratisch gewählten Präsidenten Raúl Alfonsín und José Sarney 1986 die *Acta para la Integración Argentino-Brasileña* in Buenos Aires. Dieser Vertrag sah die Formulierung und Umsetzung gemeinsamer Wachstumsstrategien vor, indem der Austausch von technischem Know-how und die Bedingungen für eine Zusammenarbeit festgelegt wurden (Vgl. Geier 2000: 15f). Dieser Akt hatte wiederum die Gründung des *PICAB – Programa de Integración y Cooperación Argentino-Brasileño* zur Folge. Diese Kooperation hatte damals vor allem sicherheitspolitische Gründe, denn „*neither the globalization pressures nor the bare democratization process would have been sufficient to overcome the secular distrust between Argentina and Brazil, including as it did military cooperation and the mutual inspection of their nuclear installations.*“ (Malamud 2000: 4)

1986 wurde weiters eine Freundschaftsakte unterzeichnet, die *Acta de Amistad Argentino-Brasileña*, die lediglich die demokratischen Absichten der Zusammenarbeit untermauern sollte. Zwei Jahre später folgte die Unterzeichnung des *Tratado de Integración, Cooperación y Desarrollo*. Ehrgeizige Zielsetzung des Vertrags war damals schon die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes und die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik beider Staaten, als Alternativprojekt zur 1990 von Präsident George Bush Senior angekündigten „Initiative für die Amerikas“ (*Enterprise for the Americas*), einer

¹⁴ Der MERCOSUR in seiner Essenz, ist das Ergebnis der argentinisch-brasilianischen Allianz.

gesamtamerikanischen Freihandelszone. Die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes wurde in diesem Vertrag erstmals vereinbart. 1990 wurde dieser Vertrag durch den Abschluss der *Acta de Buenos Aires* reformiert.

Als ersten Schritt in Richtung Gemeinsamer Markt wurden Anfang 1991 die Zölle um 40 % reduziert und ein zeitlicher Rahmen bis 1994 zur Errichtung festgelegt. Durch diese Maßnahmen waren auch andere Länder wie Paraguay und Uruguay an einer Kooperation interessiert und ebneten somit den Weg für den MERCOSUR.

7.5. Der Gründungsvertrag von Asunción

Aufgrund der Überwindung der Militärdiktaturen in der Region (in Argentinien nach Falkland/Malvinas Krieg 1983, in Brasilien und Uruguay 1985 und in Paraguay 1989) kam es zu einer Reformphase, bei der das primäre Ziel die Festschreibung des Parlamentarismus und die Abkehr von einer staatlich gelenkten Wirtschaft war. Suprastaatliche Integration wurde als Motor für die gleichzeitige Umsetzung der Ziele angesehen.

Am 26. März 1991 kam es in Asunción, der Hauptstadt von Paraguay, zur Unterzeichnung des Gründungsvertrags des *Mercado Común del Sur* zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Um die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes im Cono-Sur verwirklichen zu können, wurden die bilateralen Abkommen zwischen Argentinien und Brasilien durch eine Kooperation mit Paraguay und Uruguay erweitert und somit das neue Integrationsprojekt ins Leben gerufen. In diesem Vertrag wurden die wirtschaftlichen Schritte zur Errichtung einer regionalen Freihandelszone und einer eventuellen Wirtschaftsunion festgeschrieben. Jedoch gab es auch eine *hidden agenda*, die eine effektive Absicherung der nationalen parlamentarischen Systeme gegenüber nationalistisch-dirigistische Regimes, wie sie in Militärdiktaturen oft herrschten, festschrieb.

Das Gebot der Stunde hieß „*do it and formulate afterwards!*“ (Dietrich 2007: 165) Obwohl der MERCOSUR rein theoretisch gesehen der emanzipatorischen Tradition folgt, operiert er dennoch auf funktionalistische anstatt auf föderalistische Weise. Aufgrund der schnell voranschreitenden Globalisierung des Weltmarktes und die instabile Lage der einzelnen Mitgliedstaaten stellte der Föderalismus keine Option für Brasilien und Argentinien dar. Es galt, die „*Chance der neo-liberalen Konjunktur zur Erweiterung ihrer Märkte und Gewinne*“ (Dietrich 2007: 165) zu nutzen. Eine rasche wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde forciert, hingegen die politische Integration hinten angestellt. Demzufolge lässt sich der MERCOSUR durch eine mangelnde strategische Zielsetzung, Flexibilität in den Entscheidungsprozessen und durch geringe bürokratische Verfestigung kennzeichnen (Vgl. Fischer 1999: 14). Diese Charakteristika sind Eigenheiten des MERCOSUR und komplett unterschiedlich zu allen vorangegangenen oder heutigen (z.B. EU) Integrationserfahrungen. Deshalb wird der MERCOSUR oft als „*sui-generis* Integration“ (Integration auf eigene Art) bezeichnet. Der MERCOSUR ist „*un caso de regionalismo abierto en el marco de la Organización Mundial de Comercio, ...un proceso de integración original que no sigue necesariamente una metodología similar a la empleada en Europa*“¹⁵ (Malamud 2003: 57).

7.5.1. Der Vertrag

Artikel 1 des Vertrags sieht die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes bis zum 31. Dezember 1994 vor. Dieser Gemeinsame Markt soll folgendes beinhalten (Vgl. Vertrag von Asunción: Artikel 1)

- Bildung einer Freihandelszone: innerhalb der Gemeinschaft herrscht freie Zirkulation von Waren, Dienstleistungen und Produktions-faktoren. Weiters sollen alle Zollschränken und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden.
- Bildung einer Zollunion und Festlegung von Außenzöllen sowie die Etablierung einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittländern.

¹⁵ Der MERCOSUR ist ein Beispiel von offenem Regionalismus unter dem Deckmantel der WTO und ein neuer Integrationsprozeß, der nicht unbedingt der gleichen Methodologie Europas folgt.

- Koordination auf makroökonomischer und sektoraler Ebene: hiermit wird die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Landwirtschaft, der Industrie, der Fiskal- und Währungspolitik, des öffentlichen Transportes und des Kommunikationssektors geregelt.
- Verpflichtung über die Harmonisierung der Gesetzgebung auf den entsprechenden Gebieten zur Gewährleistung von Konkurrenzbedingungen in der Gemeinschaft.

Der Vertrag von Asunción beinhaltet weiters vier Anhänge, in denen z.B. das Programm zur Zollsenkung im intraregionalen Handel spezifiziert wird. So ist für alle Länder eine Ausnahmeregelung vorgesehen, die bestimmte Güter und Sektoren vom Freihandel ausnimmt.

Die Ziele wurden zwar sehr ehrgeizig formuliert, jedoch zeigte sich rasch, dass es an einem genauen Umsetzungsplan fehlte. Das Vorhaben den *Gemeinsamen Markt* bis 31. März 1994 zu etablieren, stellte sich als utopisch dar. Nach dieser vierjährigen Frist konnten die Binnenzölle erst um 85% gesenkt werden und auch der Wegfall der Außenzölle stellte ein großes Problem dar. In diesem Bereich weigerte sich vor allem die brasilianische Unternehmerschaft, sich den niedrigen argentinischen Tarifen anzunähern, was oftmals zur Behinderung des Integrationsprozesses führte (Vgl. Derntl 2008: 83).

7.6. Das Protokoll von Ouro Preto

Um den Integrationsprozess weiter voran zu treiben und zu vertiefen, trafen sich die Präsidenten der Mitgliedsstaaten Ende 1994 in der brasilianischen Stadt Ouro Preto, um die wichtigen Weichen für den weiteren Integrationsprozess zu stellen. Das am 17. Dezember 1994 unterzeichnete Zusatzprotokoll komplettierte und spezifizierte die institutionelle Struktur des MERCOSUR, indem neue Organe (siehe Seite 61) geschaffen und deren Zuständigkeiten und Entwicklung festgelegt wurden. Darüber hinaus wurde festgehalten, „*dass der MERCOSUR eine eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Völkerrechts unabhängig derer seiner Mitgliedsstaaten darstellt.*“ (Pohl 2003: 53)

Mit der Deklaration als Völkerrechtssubjekt im Vertrag von Ouro Preto (Art. 34) vollzog der MERCOSUR die Abgrenzung einer wirtschaftlichen Integrationsorganisation gegenüber der einfachen zwischenstaatlichen Kooperation (Vgl. Wehner 1999: 120f). Internationale Organisationen mit einer Völkerrechtspersönlichkeit werden an zwei Merkmalen gemessen, am Innenverhältnis und an der Anerkennung von außen. Im Inneren der Organisation bedarf es einer völkerrechtlichen Willenseinigung zwischen den Mitgliedsstaaten für die Bildung eines völkerrechtlichen Gebildes. Darüber hinaus muss das Gebilde über eine institutionelle Grundstruktur verfügen, die in der Lage ist, einen eigenen Willen hervorzubringen. Weiters muss die Völkerrechtspersönlichkeit auch von Nicht-Mitgliedern anerkannt werden.

Im Falle des MERCOSUR war der Bestand der Völkerrechtspersönlichkeit vor der Ratifizierung des Protokolls von Ouro Preto nicht gegeben. Die fehlende Dauerhaftigkeit der institutionellen Struktur, die fehlende Möglichkeit der Organe zur eigenständigen Willensbildung sowie die fehlende völkerrechtliche Anerkennung vor allem durch die EU und die USA waren ausschlaggebende Gründe dafür. Erst das Inkrafttreten des Protokolls von Ouro Preto hatte den MERCOSUR als Völkerrechtssubjekt konstituiert und ihm rechtliche Handlungsfähigkeit eingeräumt. Die ausdrückliche Bestimmung zur Völkerrechtssubjektivität wird im Protokoll explizit formuliert. *„Das Protokoll führt aus, dass der Mercosur Rechtspersönlichkeit nach Völkerrecht besitzt, alle zur Erreichung seiner gesetzten Ziele notwendigen Maßnahmen treffen und entsprechende Abkommen schließen kann.“* (Wehner 1999: 122) Auch nach außen hin (durch die EU) erfuhr der MERCOSUR die Anerkennung als völkerrechtliche Organisation.

Der Rat (el *Consejo del Mercado Común - CMC*) und die Gruppe (el *Grupo Mercado Común - GMC*) des Gemeinsamen Marktes sind Organe, welche bereits mit der Unterzeichnung des Gründungsvertrags von Asunción eingeführt wurden. Außerdem wurde auch bereits die Schaffung des Verwaltungssekretariats (la *Secretaría Administrativa del MERCOSUR – SAM*) sowie der Gemeinsamen Parlamentarischen Kommission (la *Comisión Parlamentaria Conjunta – CPC*)

erstmalig formuliert. Im Zusatzprotokoll von Ouro Preto wurden zwei weitere Organe eingesetzt: die Handelskommission (la *Comisión de Comercio – CCM*) und das Wirtschafts- und Sozialforum (el *Foro Consultivo Económico-Social – FCES*).

„En Ouro Preto se puso fin al período de transición y se adoptaron los instrumentos fundamentales de política comercial común que caracterizan a la Unión Aduanera.“¹⁶ (www.mercosur.int)

Durch die Schaffung des Institutionsgefüges und die Festlegung der Mechanismen im Vertrag von Ouro Preto wurde ein wichtiger Schritt hin zur Vollendung des *Gemeinsamen Marktes* getan. Jedoch können auch nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls immer noch wirtschaftspolitische als auch institutionelle Defizite bemerkt werden (Vgl. Haber 2005: 57f).

In ökonomischer Hinsicht kann man vor allem Defizite in der Liberalisierung des Arbeitsmarktes konstatieren, welche auf unterschiedliche Lohnniveaus in den Mitgliedsländern zurückzuführen sind. Vor allem Argentinien und Uruguay fürchten eine starke Arbeitsmigration aus Brasilien und Paraguay, was eine Gefährdung des argentinischen und uruguayischen Arbeitsmarktes und Lohnniveaus zur Folge haben könnte.

Weiters gewährt das Protokoll weiterhin Ausnahmeregelungen für sensible Güter, welche im Hinblick auf die Zollunion und den Gemeinsamen Markt eher kontraproduktiv sind. Vor allem, weil gerade im MERCOSUR Kernbereiche der Wirtschaft, wie z.B. die Automobilindustrie in Brasilien, von den Ausnahmeregelungen betroffen sind. Die Zollunion trat zwar am 1. Jänner 1995 in Kraft, jedoch lässt ihre Umsetzung bis zum heutigen Tage noch zu wünschen übrig. Argentinien und Brasilien haben noch bis Ende dieses Jahres Zeit, ihre Produkte von der Ausnahmeliste zu streichen, Paraguay und Uruguay müssen dies bis 2015 tun.

In institutioneller Hinsicht lassen sich die Defizite in den intergouvernementalen Strukturen festmachen. Der MERCOSUR verfügt über kein gemeinschaftliches Organ, „(...) das Mercosur-Interessen verpflichtet ist und eine kommunautaire

¹⁶ Mit dem Vertrag von Ouro Preto wurde die Übergangsphase beendet und mit der Schaffung gemeinsamer politischer Institutionen der Weg für die Währungsunion geebnet.

Position gegenüber nationalen Egoisten beziehen könnte.“ (Schirm 1996: 89)
Dieses institutionelle Defizit wiederum schürt Kritik in Bezug auf das Vertrauen in das Projekt hinsichtlich ihrer Dauerhaftigkeit und Effizienz. Dieser „institutionelle Minimalismus“ (Derntl 2008: 88) hat allerdings auch seine Vorteile.

„Der Vorteil dieser intergouvernementalen Praxis besteht darin, dass gefasste Beschlüsse von den Mitgliedsstaaten leichter umgesetzt werden können, als dies bei einer stärker demokratischen Rückkoppelung der Fall wäre. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten sind die Hauptakteure; es sind noch keine Kompetenzen an supranationale Institutionen abgegeben worden.“ (Fischer 1999: 17)

7.7. Folgeprogramme und –verträge

Im Aktionsprogramm des CMC von 1995, dem *Programa de Acción del Mercosur hasta el año 2000*, wurde das Projekt Integration weiter voran getrieben. Ziel war eine Vertiefung des MERCOSUR bis zum Jahr 2000. Mit folgenden Maßnahmen sollte die Konsolidierung erreicht werden: (Vgl. Derntl 2008: 94)

- Festigung und Weiterführung der Zollunion
- Konsolidierung des Freihandels und des Wettbewerbs
- Entwicklung einer gemeinsamen Handelspolitik
- Weiterführung der rechtlich-institutionellen Entwicklung
- Herstellung und Vertiefung der Außenbeziehungen

Weder die Schaffung eines supranationalen gesetzgebenden Organs, noch die Einrichtung eines Obersten Gerichtshofs waren weder geplant, noch vorgesehen.

Der MERCOSUR ist generell gesehen ein Wirtschaftsbund, jedoch wurde auch der politischen Ausrichtung Rechnung getragen. Das *Protocolo de Ushuaia sobre Compromiso Democrático* (Protokoll über die Demokratie) von 1998 schreibt fest, das nur demokratische Staaten Mitglieder im MERCOSUR werden können. Hiermit soll der Wiedereinrichtung von Militärdiktaturen entgegengewirkt werden.

„(...) los seis países reconocen que la vigencia de las instituciones democráticas es condición indispensable para la existencia y desarrollo de los procesos de

*integración, y que toda alteración del orden democrático constituye un obstaculo inaceptable para la conitnuidad del proceso de integración regional.*¹⁷

(www.mercosur.int/msweb/portal_intermediario/es/mercosul/mercosur.html)

(Ein Auszug der Erklärung auf der Homepage des MERCOSUR unter dem Titel „Qienes Somos“ – „Wer sind wir?“)

Die wirtschaftlichen Krisen in Brasilien und Argentinien ab Ende der 1990er Jahre hatten eine erhebliche Schwächung des Intra-Handels und des Integrationsprozesses zur Folge. Bis dato fehlte es allerdings an Politiken und Maßnahmen, um bei auftretenden Problemen die Kooperation und den Handel wieder voran zu treiben. Die MERCOSUR-Länder reagierten mit der Einführung von Handelsbeschränkungen, was zum Anstieg des Konfliktpotenzials führte. Aufgrund dieser Entwicklung war die Schaffung von Streitbeilegungsmechanismen notwendig geworden. Im *Protocolo de Olivos* von 2002 wurden erstmals Verfahrensweisen zur Konfliktlösung ausformuliert. Mit der Einführung eines ständigen Revisionsgerichts (*Tribunal Arbitral de Revisión*) mit Sitz in Asunción wurde versucht, das MERCOSUR-Recht zu systematisieren und zu vereinheitlichen. Das Revisionsgericht wurde als ständiges drittes Organ neben dem *CMC* und der *GMC* eingesetzt. Obwohl die Errichtung im Protokoll vereinbart wurde, konnte das Gericht erst 2004, nachdem alle Mitglieder den Vertrag ratifiziert hatten, die Arbeit aufnehmen. Die Mitgliedsstaaten haben jetzt die Möglichkeit, die erste Instanz im Streitschlichtungsverfahren, die Ad-hoc Schiedsgerichte, zu überspringen und sofort das permanente Organ einzuschalten.

¹⁷ Demokratie wird von den Mitgliedern des MERCOSUR als zwingende Bedingung für die Existenz und Entwicklung des Integrationsprozesses angesehen und eine Veränderung der demokratischen Ordnung kommt einem Ende der Zusammenarbeit gleich.

7.8. Organe des MERCOSUR

Die Struktur des MERCOSUR wurde mit dem Gründungsvertrag von Asunción festgelegt und mit den beiden Zusatzprotokollen von Ouro Preto und Olivos weiterentwickelt. Demnach besteht der MERCOSUR aus drei ständigen Organen, dem *CMC*, der *GCM* und dem *Tribunal Arbitral de Revisión*. Weiters wurden noch einige andere Institutionen geschaffen, um den Integrationsprozess zu fundieren und voran zu treiben, sowie die Effizienz der Integration gewährleisten zu können. Im folgenden Abschnitt sollen die wichtigsten Organe kurz beschrieben werden ohne bei den jeweiligen Funktionen ins Detail zu gehen (Vgl. Pena/Rozenberg 2005: 7-13, Derntl 2008: 85-88 und Wehner 1999: 84-94).

7.8.1. El Consejo del Mercado Común CMC

Der Rat ist die höchste Instanz und eines von drei ständigen Organen im Institutionsgefüge des MERCOSUR. Er ist das politische Organ des MERCOSUR und ist mit MinisterInnen der Außen- und Wirtschaftsministerien der Mitgliedsländer zusammengesetzt. Sein oberstes Mitglied ist der Ratspräsident, der in einem sechsmonatigen Rhythmus zwischen den Mitgliedsstaaten in alphabetischer Reihenfolge rotiert. Neben der politischen Leitung obliegt dem Rat auch die Entscheidungsgewalt. Der Rat versammelt sich zweimal pro Jahr, im Juli und im Dezember. Alle auf den halbjährlich stattfindenden Treffen, den sog. *cumbres*, einstimmig beschlossenen Entscheidungen sind für alle Mitglieder bindend und auf nationaler Ebene verpflichtend umzusetzen.

Weitere Aufgaben des *CMC* bestehen in der Überwachung der Einhaltung des Vertrags von Asunción und dessen Nachfolgeprotokolle. Außerdem hat er das Recht, neue Organe zu errichten, zu reformieren oder sie gar abzuschaffen. Der Rat wählt auch den Präsidenten der von ihm geschaffenen *Comisión de Representantes Permanentes del Mercosur CRPM*, welche als Unterstützungsorgan des *CMC* und der *Presidencia pro Tempore del MERCOSUR* (der temporalen Präsidentschaft) fungiert. Weiters hat er Mitspracherecht in Finanz- und Haushaltsfragen und genehmigt die Geschäftsordnung des Gemeinsamen Marktes.

Durch seine Entscheidungsgewalt ist der CMC der wichtigste Impulsgeber für den Fortschritt des Integrationsprojekts. „*In dem Rat wird daher zu Recht das dynamischste und einflussreichste Organ des Mercosur gesehen.*“ (Derntl 2008: 85)

7.8.2. El Grupo del Mercado Común GMC

Die GMC ist das Exekutivorgan des MERCOSUR und setzt sich aus jeweils acht Abgeordneten der Mitgliedsländer, welche aus dem Außen- und Wirtschaftsministerium und von der Zentralbank kommen müssen, zusammen. Die wichtigsten Aufgaben der Gruppe sind die Gewährleistung und Überwachung der Einhaltung des Vertrags von Asunción, die Umsetzung der im CMC beschlossenen Entscheidungen, die Ergreifung notwendiger Maßnahmen, um die Wirtschaftsliberalisierung und die Kooperation mit Drittstaaten voran zu treiben, sowie die Formulierung eines Arbeitsprogramms um das Ziel des Gemeinsamen Marktes erreichen zu können. Unter dem Mandat des CMC ist die Gruppe auch für die Verhandlungen mit Drittländern und anderen regionalen Zusammenschlüssen verantwortlich.

Die GMC ist befugt, Arbeitsgruppen, wie z.B. die *Subgrupos de Trabajo (SGT)*, einzusetzen. Gegenwärtig gibt es 14 Arbeitsgruppen (Kommunikation, Umwelt, Finanz, Transport, institutionelle Belange, Technik, Industrie, Landwirtschaft, Energie, Arbeit, Gesundheit, Investitionen, elektronischer Handel und die Verfolgung der wirtschaftlichen Konjunktur), die den Rat in den verschiedenen Verhandlungen und Diskussionen zu unterschiedlichen Themen unterstützen und die Arbeit erleichtern sollen.

Nach demselben Modus wie die Arbeitsgruppen funktionieren auch die speziellen Versammlungen zu Themen wie Tourismus, Wissenschaft und Technologie etc., ad Hoc Gruppen für die Verhandlungen in Bereichen des Zuckersektors, der Außenbeziehungen etc. sowie Komitees für technische Zusammenarbeit und dem Automobilsektor.

Außerdem organisiert die Gruppe die Versammlungen des *CMC*, wählt den Vorsitzenden des *Secretaría Administrativa (SAM)* und überwacht dessen Aktivitäten. Weiters hat die Gruppe Entscheidungsgewalt in Finanz- und Haushaltsbelangen sowie über die Geschäftsordnung der Handelskommission (*CCM*) und des Wirtschafts- und Sozialforums (*FCES*).

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, verabschiedet die *GMC* Resolutionen, die bindend für alle Mitglieder sind.

7.8.3. El Tribunal Permanente de Revisión TPR

Das Revisionsgericht des MERCOSUR besteht zwar erst seit 2004 (Ratifizierung des Protokolls von Olivos), jedoch gab es schon seit dem Protokoll von Brasilia vom 17. Dezember 1991 Mechanismen zur Streitbeilegung, die durch das Protokoll von Olivos 2002 weiterentwickelt und systematisiert wurden.

Ursprünglich wurde bereits im Gründungsvertrag die Errichtung eines ständigen Streitbeilegungsorgans bis zum 31. Dezember 1994 geplant und im Protokoll von Brasilia wieder untermauert. Eine schiedsgerichtliche Streitentscheidung konnte nur durch einen ad hoc eingerichteten Spruchkörper erreicht werden.

Trotz dieses Vorhabens fand man auch im Protokoll von Ouro Preto 1994 nicht die Verpflichtung zur Einrichtung eines solchen permanenten Streitbeilegungsorgans. Es wurden lediglich die alten Vorkehrungen beibehalten und eine weitere Absichtserklärung für einen ständigen Streitbeilegungsmechanismus formuliert sowie eine neue Beschwerdemöglichkeit bei der Handelskommission eingeräumt. Das *TPR* besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitgliedsstaaten wählen jeweils einen Richter für zwei Jahre und der fünfte wird einstimmig von allen für drei Jahre gewählt. Sitz des Schiedsgerichts ist in der Hauptstadt Paraguays, in Asunción.

7.8.4. La Comisión de Comercio del Mercosur CCM

Neben dem *CMC* und der *GMC* ist die *CCM* das dritte Entscheidungsorgan innerhalb der institutionellen Struktur des MERCOSUR. Die Handelskommission wurde vom *CMC* eingerichtet. Wichtigste Aufgabe ist die Unterstützung der *GMC* in Belangen der Kontrolle der handelspolitischen Instrumente zur Erreichung der

Zollunion sowie der Überwachung des intraregionalen Handels und des Handels mit Drittstaaten. Wie auch die *GMC* besteht die *CCM* aus jeweils 8 Abgeordneten der Mitgliedsstaaten, die sich mindestens einmal pro Monat zu einer Versammlung treffen. Die Koordination des *CCM* obliegt den AußenministerInnen.

Weiters hat die *CCM* volle Entscheidungsgewalt in allen Belangen der Zollunion. Sie ist für die Einhaltung und die Überwachung der Maßnahmen zur Schaffung der Zollunion verantwortlich. Außerdem hat die Kommission das Recht Vorschläge, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, an die *GMC* einzubringen und kann technische Komitees (*Comités Técnicos CT*) einrichten, welche ihr zur Unterstützung dienen. Diese *CTs* arbeiten auf intergouvermentaler Ebene für den Fortschritt in Fragen der Zollunion, der wirtschaftlichen Normen, Konkurrenzfähigkeit und des Konsumentenschutzes. Im Gegensatz zum Rat ist die Kommission ein administratives Organ und kein Exekutivorgan.

7.8.5. La Comisión Parlamentaria Conjunta CPC

Die Gemeinsame Parlamentarische Kommission ist das Repräsentativorgan der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten und wurde 2007 vom *Parlamento Mercosur PM* ersetzt. Die Aufgabe der *CPC* bestand ursprünglich in der Beratung der anderen Organe sowie die Repräsentation der Legislative der Mitgliedsstaaten. Weiters sollte sie den Prozess der Harmonisierung der Gesetzgebung der Mitgliedsländer unterstützen sowie die Einführung und Einhaltung der supranationalen Normen auf nationaler Ebene überwachen. Die *CPC* galt als Konsultativorgan ohne Entscheidungsbefugnis, das vor allem für die Förderung der Kooperation und Kommunikation zwischen den nationalen Parlamenten und dem MERCOSUR zuständig war.

7.8.6. El Parlamento Mercosur PM

Die Schaffung eines gemeinsamen Parlaments war schon seit dem Gründungsvertrag vorgesehen. Die mit diesem Vertrag einberufene *CPC* sollte den Weg für das *PM* ebnen. Erst 1999 wurde die Idee der Institutionalisierung der *CPC* wieder aufgegriffen und mit dem Amtsantritt von Luis Inacio Lula da Silva in

Brasilien und Néstor Kirchner in Argentinien weiter forciert. Im Juli 2004 legte die Kommission einen Entwurf zur Bildung des gemeinsamen Parlaments vor, der im Dezember 2005 zur Unterzeichnung des Gründungsprotokolls führte. Ein Jahr später wurde das neue Organ feierlich eingeweiht, um im Mai 2007 ihre erste Sitzung in Montevideo abzuhalten.

Das neue Parlament setzt sich aus 90 Abgeordneten der nationalen Parlamente der vier Gründungsmitglieder und Venezuela (jeweils 18) zusammen. Jedoch haben die Vertreter Venezuelas bis dato kein Stimmrecht, da der Beitritt Venezuelas von Brasilien und Paraguay bis zur Gründung des Parlaments noch nicht ratifiziert wurde. Im Dezember 2009 hat auch Brasilien dem Beitritt Venezuelas zugestimmt. Jediglich Paraguay wehrt sich noch gegen die Ratifizierung. Der Vorsitzende des paraguayischen Senats, Miguel Carrizosa, bekräftigte im Dezember, dass *„Venezuela should be kept out of Mercosur as long as President Hugo Chávez continues intervening in foreign affairs.“* (www.americasquarterly.org)

Damit die Abgeordneten des neuen Parlaments direkt von den Bürgern gewählt werden können, müssen die Mitgliedsstaaten ihr Wahlrecht ändern und dieses per Gesetz ermöglichen. Die Mitgliedsländer hatten dafür bis Ende 2010 Zeit. Erst jetzt erfolgt schrittweise die Angleichung des nationalen Rechts (siehe Kapitel 8).

Die wichtigsten Aufgaben des Parlaments sind *„die Institutionen des Integrationsbündnisses zu stärken, das demokratische Defizit auszugleichen und zugleich der Stimme der Bürger des Mercosur Gehör zu verschaffen. Darüber hinaus solle für eine Überwindung der viel zitierten Asymmetrien zwischen den Mitgliedsstaaten gesorgt werden.“* (Elsner 2007: 2) Obwohl innerhalb der Gemeinschaft der politische Charakter des neuen Organs bekräftigt und hervorgehoben wird, hat das Parlament bis dato keinerlei Entscheidungskompetenzen, sondern kann nur Empfehlungen abgeben.

7.8.7. La Secretaría Administrativa SAM

Das Sekretariat wurde ursprünglich nur als Archivierungsstelle von Dokumenten geschaffen, aber mit dem Protokoll von Ouro Preto enorm aufgewertet. Obwohl es

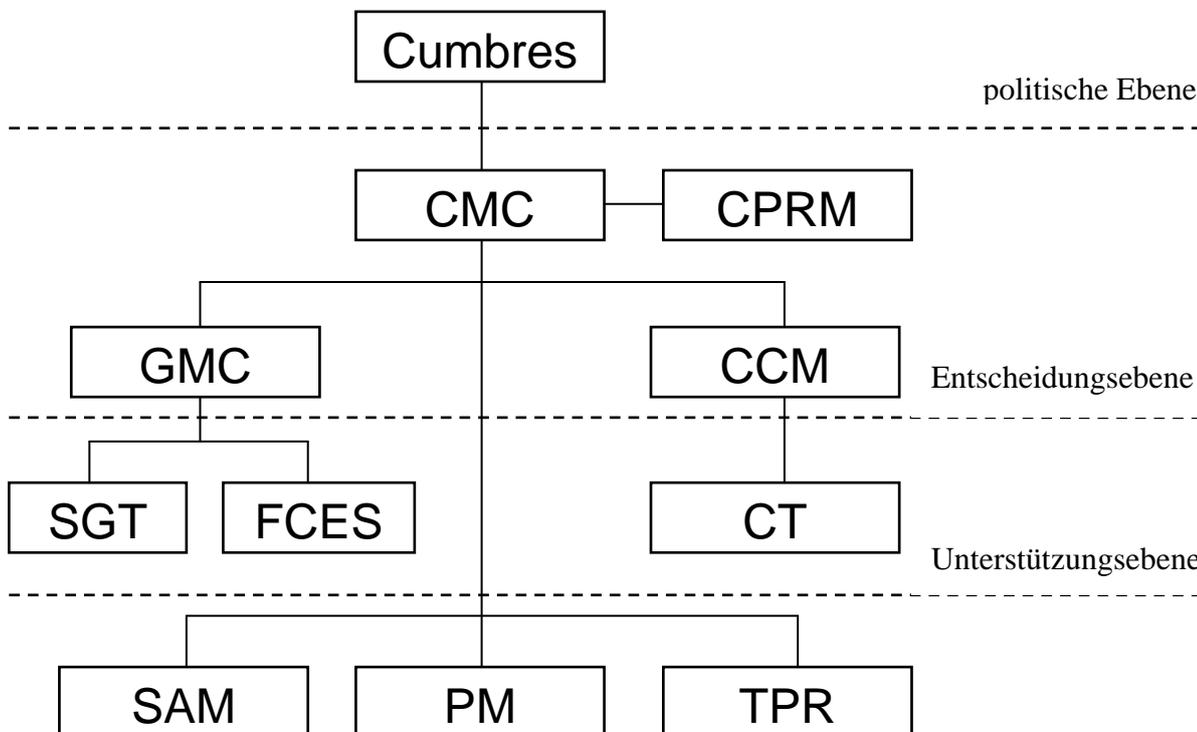
über keine Entscheidungskompetenzen verfügt, ist das *SAM* dennoch sehr wichtig im Institutionsgefüge des MERCOSUR. Als operatives Organ stellt das Sekretariat eine Vielzahl an Dienstleistungen dem gesamten institutionellen Apparat zur Verfügung und stellt so das Verbindungsglied zu allen anderen Organen dar.

Geleitet wird das Sekretariat von einem/einer DirektorIn, der/die vom Rat für zwei Jahre bestellt wird. Wichtigste Aufgabe ist die Übersetzung und Archivierung der Normen und Rechtsakte des MERCOSUR sowie die Hilfestellung bei Versammlungen des *CMC*, der *GMC* und der *CCM*.

7.8.9. El Foro Consultativo Económico-Social FCES

Das Wirtschafts- und Sozialforum wird von Vertretern wirtschaftlicher und sozialer Bereiche repräsentiert, welche die Partizipation der Bevölkerung widerspiegeln soll. Das *FCES* ist eine Plattform von Austausch von Informationen und Meinungen aus Wirtschaft und Gesellschaft und ist ausschließlich als beratende Funktion zur *GMC* tätig, die Empfehlungen an diese weitergeben kann.

Abbildung 5: Organigramm des MERCOSUR



Quelle: Selbstdarstellung

7.9. Politische Herausforderungen des MERCOSUR

Der MERCOSUR wurde offiziell mit dem Vertrag von Asunción 1994 als intergouvernementale Integrationsgemeinschaft gegründet. In diesem Vertrag wird bereits der „*Grundsatz der Flexibilität des Integrationsprozesses*“ (Wehner 1999: 76) festgeschrieben, der aufgrund der verbindlichen Festlegung des Integrationsziels sowie einer provisorischen institutionellen Struktur zum fulminanten Fortschritt während der ersten fünf Jahre führte. Nach der anfänglichen Euphorie sowohl innerhalb des Bündnisses als auch auf internationaler Ebene kamen alsbald die Grenzen dieser Flexibilität zum Vorschein. Für kurzfristige Vorhaben erwies sich die spezifische und neue Arbeitsweise als sehr erfolgreich, jedoch erwies sich die organische Struktur als auch der Mechanismus zur Umsetzung der Normen als Störfaktor für die Erreichung langfristiger Ziele.

In diesem Abschnitt möchte ich sowohl die institutionellen als auch die operativen Probleme des MERCOSUR analysieren, um so Rückschlüsse auf meine zentrale Fragestellung ziehen zu können.

Institutionelle Schwäche

Wenn man von der institutionellen Struktur des MERCOSUR spricht, wird im gleichen Atemzug auch seine *debilidad institucional* – die institutionelle Schwäche – genannt. (Wehner 1999: 137) Diese institutionelle Schwäche lässt sich auf seine strikte zwischenstaatliche Prägung und die damit verbundene Absage an die Supranationalität zurück führen. Bereits im Gründungsvertrag von Asunción wird eine einfache und schlichte Struktur festgelegt, die für Flexibilität im Integrationsprozess sorgen soll. „*Die institutionelle Struktur soll jeweils der zunehmenden Integrationsdichte angepasst werden*“ und deshalb verzichtet der MERCOSUR gegenwärtig „*auf einen funktionsfähigen permanenten Mechanismus zur Streitbeilegung und besitzt keinen ständigen Verwaltungsunterbau.*“ (Wehner 1999: 136)

Aber auch in den bestehenden Organen ist die institutionelle Schwäche deutlich sichtbar. Durch die strikte intergouvernementale Ausrichtung des Projekts ist eine

institutionelle Unabhängigkeit undenkbar. Die einzelnen Organe sind generell aus Regierungsvertretern zusammengesetzt, d.h. die MERCOSUR-Beamten sind gleichzeitig für gemeinschaftliche als auch für nationale Belange verantwortlich. Eine von nationalen Interessen unabhängige Entscheidungsfindung ist somit so gut wie unmöglich. Weiters werden sämtliche Beschlüsse ausschließlich auf konsensueller Basis getroffen, sodass *„eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten gegen ihren Willen und damit ein erkennbarer Souveränitätsverzicht“* (Wehner 1999: 127) nicht möglich und nicht vorgesehen ist. Die fehlende Autonomie der Organe gegenüber nationaler Belange ist vor allem auf die präsidentiale Prägung der Mitgliedsstaaten zurück zu führen. In allen Mitgliedsländern des MERCOSUR liegt die Entscheidungsgewalt in allen Ebenen fast ausschließlich beim Präsidenten, so auch in der Gestaltung des Integrationsprozesses.

Eine weitere Schwäche zeigt sich am Mangel der Partizipation der Zivilgesellschaft und der nationalen Parlamenten am Integrationsprozess. Der private Sektor und die Repräsentanten der Legislative werden so gut wie ausgeschlossen, ihre Partizipation ist sehr gering und eventuelle Empfehlungen seitens dieser finden praktisch kein Gehör.

Jedoch hatte und hat die institutionell minimalistische und flexible Struktur auch einige Vorteile. So konnte der MERCOSUR in den ersten fünf Jahren seines Bestehens einen gewaltigen Fortschritt im Integrationsprozess verzeichnen. Weiters konnte durch die Abkehr von komplexen Strukturen die Konzentration auf unmittelbare Ziele gewährleistet werden, wodurch weit entfernte Ziele nicht die Gestaltung der Gegenwart überlagerten und somit den Integrationsprozess ins Stocken bringen konnten wie Ulrich Wehner (1999: 144) treffend schrieb: *„Flexibilität und Pragmatismus ermöglichen einmal, unangemessene Institutionalisierung zu verhindern und die Gestaltung des Integrationsprozesses an den tatsächlichen Bedürfnissen auszurichten.“*

Operative Schwäche

Auch auf operativer Ebene gibt es einige Schwächen, die den Integrationsprozess lähmen. Die Probleme der Koordination der Vielzahl an technischen Gruppen im Rat und in der Gruppe hemmen die Arbeit dieser. Der CMC und die GMC sind

nicht mehr in der Lage, aufkommende Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und eventuelle Konflikte zu verhindern. „*La estructura del MERCOSUR ha mostrado una mayor aptitud para brindar respuesta a los problemas que se iban planteando, que para prevenirlos.*“¹⁸ (Pena/Rozenberg 2005: 15)

Grundlegende Schwächen im operativen Bereich finden sich in den Rechtsakten der Organe, in deren Beschlussverfahren sowie in deren Umsetzung in nationales Recht.

Die Probleme bei der Umsetzung der Normen ergeben sich aus konstitutionellen Asymmetrien zwischen den Mitgliedsstaaten als auch aus der Komplexität der Rechtsakte und den Mechanismen der Implementierung. Elementarer Kritikpunkt ist das Fehlen eines Gemeinschaftsrechts. Gründe dafür liegen in den konstitutionellen Ausrichtungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. So stellen Argentinien und Paraguay internationales Recht über nationales, wohingegen in Brasilien und Uruguay die Verfassung keine supranationale Rechtsordnung zulässt (Vgl. Pena/Rozenberg 2005: 17-19).

Weitere Schwierigkeiten finden sich in den Mechanismen zur Bildung und Umsetzung der verschiedenen Normen. Aufgrund der verschiedenen juristischen Gesetzhelchkeiten innerhalb der Gemeinschaft gibt es keine einheitlichen Mechanismen, die eine umfassende Implementierung der Normen gewährleisten können. Innerhalb der MERCOSUR Rechtsakte wird weder eine inhaltliche Unterscheidung nach dem Adressatenkreis gemacht, noch eine verbindliche Umsetzung in nationales Recht gefordert. Inhalt der verschiedenen Normen wird lediglich anhand des verabschiedenden Organs bestimmt. Der *CMC* erlässt die wichtigsten Normen, die Leitentscheidungen, die sog. *decisiones*. Die *resoluciones* der *GMC* und die *directivas* der *CCM* sind nur Durchführungsbestimmungen, welche die Leitentscheidungen des *CMC* konkretisieren sollen. (Vgl. Wehner 1999: 95)

Um die operativen Schwächen zu minimieren, sollten einige Schritte unternommen werden. So z.B. muss die Entwicklung innerhalb des MERCOSUR weg vom

¹⁸ Die Struktur des MERCOSUR ist eher dazu geeignet auf Probleme zu reagieren, denn präventiv zu agieren.

Verfahren der *aplicación simultánea*, gleichzeitige Geltung des MERCOSUR-Rechts und des nationalen Rechts, hin zur *aplicación inmediata* – unmittelbare Geltung des Gemeinschaftsrechts – erfolgen (Vgl. Wehner 1999: 114). Dazu müssen auch die nationalen Gesetzgebungen neu adaptiert werden, um eine effiziente Arbeit gewährleisten zu können.

Streitbeilegung

Obwohl ein gemeinschaftliches, vereinheitlichtes System der Streitbeilegung innerhalb eines wirtschaftlichen Integrationsprozesses allgemein für notwendig erachtet wird, schwimmt auch in diesem Fall der MERCOSUR gegen den Strom.

Das System der Streitbeilegung basiert auf dem Protokoll von Brasilia von 1991, das die Übergangslösung vom Vertrag von Asunción gänzlich ablöste. Doch obwohl bereits im Vertrag von Asunción die Errichtung eines permanenten Streitbeilegungsorgans bis 1994 festgeschrieben wurde, behielten sowohl das Protokoll von Brasilia als auch jenes von Ouro Preto den Übergangscharakter, was bedeutet, dass keine permanente Rechtssprechungsinstanz eingerichtet wurde (Vgl. Wehner 1999: 98-108 und Pena/Rozenberg 2005: 25-34).

Nach dem Protokoll von Brasilia werden grundsätzlich zwei Verfahrensarten unterschieden: Verfahren zwischen den Staaten und Verfahren, die von natürlichen und juristischen Personen eingeleitet werden können.

Beim Verfahren zwischen den Staaten handelt es sich um Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten, sodass Maßnahmen zur Schlichtung nur von den Staaten selbst erbracht werden können. Mit dieser Beschränkung des Verfahrensgegenstandes werden sowohl die Organe gehindert, Beschwerde gegen Mitgliedsstaaten einzureichen, als auch umgekehrt. Weiters sehen die Mechanismen keine Möglichkeit vor, Konflikte zwischen den Organen selbst mit Hilfe der Rechtssprechungsinstanz zu klären, wie es z.B. beim EUGH oder auch beim Zentralamerikanischen Gerichtshof möglich ist.

Grundsätzlich gibt es drei Stufen zur Verfahrenseinleitung. In erster Instanz versuchen die Staaten, auf direktem Weg die Streitigkeiten zu beseitigen. Wenn dieser Versuch jedoch zu keinem Ergebnis führt, wird auf zweiter Stufe die GMC

zur Unterstützung herangezogen. Nach ausführlicher Schilderung beider Standpunkte wird seitens der *GMC* nach maximal 30 Tagen eine Empfehlung zur Streitbeilegung abgegeben. Diese ist jedoch für beide Konfliktparteien nicht verbindlich. Demzufolge hat die *GMC* lediglich eine beratende Funktion.

Im Falle der Nichtbefolgung der Empfehlung des *GMC* kann das Schiedsgericht herangezogen werden. Das *Tribunal Arbitral ad-hoc* kommt durch eine Beschwerde beim *SAM* zum Einsatz. Das *SAM* ist für die Sammlung von Informationen im Streitfall verantwortlich und leitet diese an das Schiedsgericht weiter. Wichtigste Erneuerung des Schiedsgerichtes sind seine nicht auf Konsens basierenden und bindenden Entscheidungen. Nachdem nach einer Verhandlungsdauer von maximal 60 Tagen (in Ausnahmefällen ist eine Verlängerung um 30 Tage möglich) die Richter per Mehrheitsbeschluss zu einem Urteil gekommen sind, müssen die Konfliktparteien (Mitgliedsstaaten) die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung binnen 15 Tagen setzen. Bei Nichteinhaltung des Schiedsspruches können seitens der geschädigten Partei Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Aussetzung von Vergünstigungen) ergriffen werden.

Für natürliche und juristische Personen ist es schon ein wenig komplizierter, ein Streitbeilegungsverfahren einzuleiten. Um Maßnahmen zur Konfliktregelung ergreifen zu können, müssen sie ihr Anliegen an die jeweilige für sie zuständige nationale Abteilung der *GMC* herantragen. Diese ist befugt das Verfahren einzuleiten und gilt somit als Antragssteller. Der nationalen Abteilung obliegt die Begutachtung und Bewertung der Beschwerde nach der Wahrscheinlichkeit einer Rechtsverletzung. Im Verfahren gibt es wiederum drei Stufen zur Konfliktbewältigung. Im ersten Schritt tritt die zuständige nationale Abteilung der *GMC* mit jener des vermeintlichen Urheberstaates in direkten Kontakt. Kann auf diesem Weg keine Einigung erzielt werden, wird die Beschwerde direkt an die *MERCOSUR-GMC* weitergeleitet. Die *GMC* hat nun die Möglichkeit, das Verfahren zu beenden (auf konsensueller Basis) oder das Anliegen an eine Expertengruppe zu übergeben. Die Expertengruppe bildet die dritte Instanz im Streitbeilegungsverfahren. Anstelle von einem Schiedsspruch steht am Ende ein Diktamen der Experten. Dieses besitzt im Gegensatz zum Urteil des Schiedsgerichts keine Rechtsverbindlichkeit. Dennoch gibt es auch hier die

Möglichkeit, im Falle einer Nichtbefolgung der Entscheidung Korrekturmaßnahmen seitens der Gewinnerpartei zu fordern.

Auch das Protokoll von Ouro Preto änderte nichts in den wesentlichen Bestimmungen zur Streitbeilegung. *„Anstelle der Installierung eines permanenten Mechanismus, wie sie der Vertrag von Asunción anordnet, trat neben das bestehende System einer ad-hoc-Lösung lediglich ein weiterer Mechanismus hinzu,“* (Wehner 1999: 107) die Beschwerdemöglichkeit vor der Handelskommission. Auch hier ist die Verfahrenseinleitung nur über die nationalen Abteilungen der Handelskommission möglich. Außerdem sollten die Anliegen in den Kompetenzbereich der Kommission fallen, somit gilt, *„dass sowohl Streitigkeiten über die Interpretation, Anwendung oder Nichteinhaltung der für den Mercosur geltenden Normen als auch wettbewerbsbeschränkende staatliche Maßnahmen Verfahrensgegenstand sein können.“* (Wehner 1999: 107) Der Verfahrensablauf ähnelt dem vorigen. Zuerst wird zwischen den nationalen Abteilungen der Handelskommission verhandelt. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, wird das Anliegen an die MERCOSUR-Handelskommission weitergeleitet, die wiederum ihren technischen Ausschuss beauftragt, einen Entscheidungsvorschlag zu erstellen. Danach wird auch hier ein Diktamen abgegeben. Konnte auch hier kein Konsens über den Konflikt erzielt werden, wird die Beschwerde an die GMC übergeben. Kann auch hier der Streit nicht beigelegt werden, kann ein Schiedsgericht einberufen werden.

Mit der Verabschiedung des Protokolls von Olivos PO 2002 konnte ein erheblicher Fortschritt in der Frage der Streitbeilegung gemacht werden. Durch das PO hat der MERCOSUR die wichtigsten Erneuerungen der letzten Jahre auf institutioneller Ebene erfahren. Im Bereich des Verfahrensprozesses wurden einige grundlegende Änderungen festgelegt. So wurden die direkten Verhandlungen zwischen den Staaten als obligatorisch angesehen, wo hingegen die Einschaltung der GMC nicht mehr zwingend notwendig war, um das Schiedsgericht einberufen zu können. Neben den prozessuellen Neuerungen wurden im PO drei elementare Innovationen zur Verbesserung des Streitbeilegungsverfahrens festgeschrieben.

1. Wahl eines Forums zur Hilfestellung bei der Entscheidungsfindung:

Dieses Forum ist dem Streitbeilegungsorgan der WTO ähnlich und soll als Plattform für Diskussionen im Vorfeld einer Verfahrenseinleitung dienen. Nun kann ein Mitgliedsstaat entweder das Organ der WTO oder das Forum des MERCOSUR in Anspruch nehmen. Davor war eine Wahl nicht möglich, da dieses Forum noch nicht existierte.

2. Kontrolle nach dem Schiedsspruch:

Die Mechanismen zur Kontrolle der Einhaltung des Schiedsspruchs und die Sanktionierung durch Kompensationen bei Nichterfüllung wurden bereits im Protokoll von Brasilia geregelt, jedoch durch das PO modifiziert. Nun wurde die Kontrolle der angewandten MEDIDAS (Maßregeln) beschlossen und eine Vorerarbeitung der möglichen Kompensationen bei eventueller Nichterfüllung eingeführt. Diese Handhabung soll die Anzahl der Verfahren vor dem ad-hoc Tribunal so gering wie möglich halten.

3. *Tribunal Permanente de Revisión (TPR)*

Durch die Gründung des *TPR* soll eine gemeinschaftliche Rechtssprechung gewährleistet werden, denn bis dato waren die ad-hoc Tribunale kein Garant für Einheitlichkeit der Rechtslage und konnten dem Prinzip der Gleichheit der Staaten nicht gerecht werden. Die wichtigsten Neuerungen zur Homogenisierung des Prozesses sind:

- Durch eine Stabilisierung der Richterschaft soll die Einbindung der einzelnen Richter in mehreren Verfahren erfolgen. Durch den vermehrten Einsatz der gleichen Richter in den verschiedenen Prozessen soll die Kontinuität in der Handhabung der Verfahren gewährleistet werden. Weiters können die Richter durch häufigeren Einsatz an Erfahrung gewinnen, die wiederum dem Prozess zugute kommt.
- Das neue *TPR* mit ständigem Sitz in Asunción ist zuständig für das Herausarbeiten der wichtigsten Fragen in den einzelnen Verfahren sowie für die juristische Interpretation der Schiedssprüche. Die

Gründung des *TPR* soll zur Modifizierung der juristischen Praxis und Handhabung führen.

Das *TPR* besteht aus insgesamt fünf Richtern, von denen jeweils vier für sechs Jahre und der fünfte für drei Jahre gewählt werden. Der Schiedsspruch des *TPR* ist bindend.

Schlussfolgerungen

Die institutionellen Probleme gehören zu den wichtigsten politischen Herausforderungen, denen sich der MERCOSUR in den kommenden Jahren stellen muss. Obwohl einige wenige Fortschritte in den letzten Jahren erzielt werden konnten, ist der Weg zu einem Gemeinschaftsrecht sowie zu einem vom Volk direkt gewählten Parlament noch sehr weit. Dennoch ist eine tiefere Institutionalisierung nicht der einzige Schlüssel zu einer funktionierenden und tiefgehenden Integration.

„La mayor institucionalidad del bloque no constituye una condición suficiente para garantizar una integración profunda entre los países de la región, pero si es una condición necesaria que deberá acompañar las manifestaciones políticas y la definición de intereses económico-comerciales comunes.“ (Pena/Rozenberg 2005: 38)

8. MERCOSUR zwischen gesamtlateinamerikanischer und regionaler Integration

Nachdem sich Anfang des 21. Jhdt. das neoliberale Modell des *regionalismo abierto* in der Krise befand (faktisches Scheitern der CAN und Stillstand/Krise des MERCOSUR), wurde durch den Linksruck in den Regierungen der MERCOSUR-Länder und Venezuela eine neue Ära auf dem Sub-Kontinent eingeleitet, in der Literatur auch als „*regionalismo post-liberal*“ (Sanahuja 2008: 11) bezeichnet. In dieser neuen Etappe tritt vor allem die Politik in der Integrationsdebatte in den Vordergrund und löst den bis dato rein wirtschaftlichen Diskurs ab. Weiters wird die entwicklungspolitische Agenda neu überdacht, indem der Fokus auf den Süd-Süd-Handel, den Frieden und die Sicherheit auf dem Sub-Kontinent gesetzt wird. Außerdem rückt der Nationalstaat als Motor für Integration und Entwicklung wieder in den Mittelpunkt. Diese neuen Anstrengungen spiegeln sich vor allem in den neuen integrativen Initiativen in der Region (UNASUR, ALBA) als auch in den Beitrittsbestrebungen Venezuelas in den MERCOSUR wieder.

Die neuen Integrationsversuche des *regionalismo post-liberal* haben aber auch negative Folgen, vor allem für das von den USA geförderte Projekt der ALCA und auch für den MERCOSUR. Herrschte durch den Richtungswechsel in den Regierungen anfangs wieder Euphorie im MERCOSUR, musste man jedoch später erkennen, dass aufgrund eben dieser neuen Ära sich die Prioritäten (vor allem die von Brasilien) verschoben haben und sich die Bereitschaft zur Vertiefung des MERCOSUR in Grenzen hält.

Im folgenden Teil werden die Situation zwischen Venezuela und dem MERCOSUR aufgezeigt und die verschiedenen Initiativen vorgestellt, um im Anschluss eine Analyse über den Status Quo und die Zukunft des MERCOSUR zu machen.

8.1. Die Aufnahme Venezuelas

Der Beitritt Venezuelas zum MERCOSUR gilt als strategisches Ziel der Außenpolitik von Hugo Chávez. Die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls 2006 erfolgte im Zuge des Ausstiegs von Venezuela aus der CAN. Aufgrund der bilateralen TLC von Kolumbien und Chile mit den USA sah sich Präsident Chávez „gezwungen“ die Gemeinschaft zu verlassen.

Seitens des MERCOSUR wurde seit seiner Gründung eine Erweiterung angestrebt. Primärer Verhandlungspartner war Chile. Die Verhandlungen zum möglichen Beitritt fanden jedoch durch die Wiederaufnahme der bilateralen Beziehungen zwischen Chile und den USA ein jähes Ende. Chile unterzeichnete einen TLC mit den USA. Dieser war mit einer Mitgliedschaft im MECOSUR nicht vereinbar. Chile ist heute assoziierter Partner des Bündnisses genauso wie Bolivien, Peru, Kolumbien und Ecuador (Vgl. Caetano 2011: S. 110f).

Venezuela verfolgt seit Beginn des 21. Jhdt. das Ziel der Vollmitgliedschaft im MERCOSUR. Obwohl 2006 seitens Venezuela das Beitrittsprotokoll bereits unterzeichnet wurde, ist es bis heute nicht in Kraft getreten und Venezuela somit kein Vollmitglied. Zur Ratifizierung des Protokolls müssen alle nationalen Parlamente der Bündnisstaaten dem Beitritt zustimmen. Doch vor allem in Paraguay gibt es noch einige Bedenken. *„El gobierno de Venezuela, su incierto enfoque sobre el desarrollo y la integración, y su estilo político, levantan cierta resistencia en sectores del parlamento paraguayo, (...)“*¹⁹ (Caetano 2011: 111).

Eine Mitgliedschaft Venezuelas hätte für den MERCOSUR sowohl Vorteile als auch Nachteile. Aus wirtschaftlicher Sicht wäre ein Beitritt wünschenswert, denn Venezuela war von 2006 bis 2009 außerhalb des MERCOSUR wichtigstes Exportland für Brasilien und zweitwichtigstes für Argentinien. Auch für Uruguay war Venezuela in den Jahren 2008 und 2009 Hauptabsatzmarkt für eigene Produkte außerhalb des Bündnisses. Generell betragen die Exporte nach Venezuela im Jahr 2002 969 Mio. US-Dollar, 2007 6.079 Mio. US-Dollar, 2008 7.057 US-Dollar und 2009 4.911 Mio. US-Dollar (Vgl. Caetano 2011: 111).

¹⁹ Die Regierung Venezuelas, ihr politischer Stil und die ungewisse Position zu Fragen der Entwicklung und Integration sind Gründe für die Resistenz gegenüber einem Beitritt im paraguayischen Parlament.

Auch auf dem Energiesektor könnte eine Vollmitgliedschaft Venezuelas positive Auswirkungen mitsich bringen. Die enormen Öl- und Gasvorkommen auf venezolanischem Territorium könnten der Region ein höheres Maß an Autonomie im Bereich der Energie zugestehen. Außerdem würde der Beitritt die geopolitische Einflussosphäre des MERCOSUR erweitern und verstärken (Mittelamerika und Karibik) und somit mehr regionale Stabilität generieren (Vgl. Urrutia 2007: 17-18), wie ein Zitat des ehemaligen brasilianischen Botschafters in Washington, Rubens Barbosa, illustriert: *„Desde un punto de vista comercial y económico, Venezuela es un agregado positivo, un mercado grande al que se puede expotar más. Pero el problema que se crea es político porque Chávez es un presidente controvertido, que va a traer una serie de asuntos que no son de interés discutir, como las relaciones de su país con Estados Unidos.“*²⁰ (Urrutia 2007: 18)

Die Probleme die eine Mitgliedschaft Venezuelas bergen sind vielfältiger als die nationalen Streitigkeiten mit den USA. Dieser Disput basiert vor allem auf der ideologischen Ausrichtung der Politik von Hugo Chávez. Eine Vollmitgliedschaft hätte eine massive Politisierung des Blocks zur Folge, indem Chávez seinen ideologischen anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Diskurs auf MERCOSUR-Ebene weiterführen und somit zur Schwächung des Bündnisses beitragen könnte. In diesem Zusammenhang steht auch das venezolanische Integrationsprojekt der ALBA. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in zwei so gegensätzlichen Bündnissen birgt ein extremes Konfliktpotenzial und ist daher im Grunde nicht zu vereinbaren.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem ist die Nicht-Einbindung der demokratischen Klausel in den Beitrittsvertrag. Obwohl diese Klausel eines der wichtigsten Säulen in der juristischen Ordnung des MERCOSUR ist, und für alle Gründungsmitglieder obligatorisch zu unterzeichnen war, wurde sie im Acuerdo Marco für den Beitritt Venezuelas nicht festgeschrieben. Im Generellen bestehen Fragen zum demokratischen Gehalt des venezolanischen Staates, die es zu hinterfragen gilt. Außerdem gibt es auch im Bezug auf Chávez' Idee der

²⁰ Aus wirtschaftlicher Sicht wäre eine Mitgliedschaft Venezuelas sehr positiv, da der Absatzmarkt für den MERCOSUR steigen würde. Doch die Probleme ergeben sich auf dem politischen Sektor, da Chavez ein umstrittener Präsident ist, der seine Probleme mit den USA auf Ebene des MERCOSUR diskutieren würde.

Errichtung einer Partizipativdemokratie (siehe Seite 96) einige Kontroversen innerhalb des MERCOSUR.

Die allgemeine Frage lautet also, ob Venezuela zur Kohäsion des Bündnisses beitragen kann, oder ob durch einen Beitritt die Situation noch verschärft und so das Gegenteil bewirkt wird.

Die nachfolgende Darstellung der wichtigsten lateinamerikanischen Integrationsbemühungen der letzten zehn Jahre dient zum besseren Verständnis der aktuellen Situation des MERCOSUR.

8.2. ALCA – das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ist gescheitert

Mit dem Projekt der ALCA (Área del libre comercio de las Américas) – auch FTAA (Free Trade Area of the Americas) – sollte erstmals eine Freihandelszone geschaffen werden, welche die gesamte westliche Hemisphäre (außer Kuba) umfasst. Bereits 1990 kündigte der damalige US-Präsident George Bush sen. ein neues einzigartiges Integrationsprojekt an, die *Enterprise for the Americas Initiative*. Diese ehrgeizige Initiative sah eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland vor, die Anreize für Investitionsabkommen und Schuldenerleichterung beinhalten sollte. Jedoch kam diese Initiative nicht über einige Rahmenabkommen über Handel und Investitionen hinaus.

Neuen Impuls zur Bildung der ALCA gab 1994 der US-Präsident Bill Clinton, indem er alle Staats- und Regierungschefs der gesamten westlichen Hemisphäre (ausgenommen Kuba) zum 1. panamerikanischen Gipfeltreffen nach Miami einlud. Die sog. *Summits of the Americas* stellten folglich die Foren für den panamerikanischen Dialog dar. Grundsätzlicher Plan war die Süderweiterung der NAFTA, also die Bildung einer *Greater NAFTA*, um eine neue Basis für die wirtschaftlichen Beziehungen mit Lateinamerika nach dem Zerfall der bipolaren Welt zu schaffen.

Dieses ehrgeizige Projekt würde mit mehr als 820 Millionen Menschen und einem BIP von 11 bis 14 Billionen US-Dollar den größten Markt der Welt darstellen.

Anfangs wurde die ALCA nicht nur als Freihandelszone im klassischen Sinn geplant. Neben dem Zollabbau für den grenzüberschreitenden Warenhandel wurden auch weitere Themen verhandelt. So sollten auch nichttarifäre Handelshemmnisse, wie z.B. Subventionen für heimische ProduzentInnen und Einfuhrquoten, und Beschränkungen für grenzüberschreitende Dienstleistungen abgebaut werden. Weiters wurde über die Liberalisierung von Investitionen innerhalb der gesamten Zone, über Konfliktlösungsmechanismen, über die Wettbewerbspolitik sowie viele andere Bereiche verhandelt. In den Verhandlungsprozess flossen auch alle Bereiche der WTO und des GATS mit ein. Eine monetäre Integration wurde allerdings nicht angestrebt.

8.2.1. Struktureller Verhandlungsaufbau

(Vgl. Veßel 2006: 14f, www.ftaa-alca.org 30.04.10)

Dem Verhandlungsprozess standen immer zwei der 34 teilnehmenden Staaten als Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender vor. Grundsätzlich war das Rotationsprinzip so vorgesehen, dass alle 18 Monate die Präsidentschaft wechselt, oder nach Beendigung einer ministeriellen Verhandlungsrunde. Seit 2002 teilten sich gleichberechtigter Weise die USA und Brasilien dieses Amt bis hin zum vorläufigen Ende des Verhandlungsprozesses 2005.

Wichtigste Verhandlungsinstrumente neben den Gipfeln waren die Treffen der WirtschaftsministerInnen aller teilnehmenden Staaten. Ihnen oblagen die Aufsicht und die Koordination der ALCA-Verhandlungen. Die Treffen der WirtschaftsministerInnen fanden alle 18 Monate im Land, das den Vorsitz inne hat, statt.

Die stellvertretenden WirtschaftsministerInnen bildeten das *CNC (Comité de Negociaciones Comerciales)*, dessen zentrale Aufgabe es war, den Ablauf der Verhandlungen zu koordinieren. Das Komitee zeigte sich verantwortlich, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen im

Verhandlungsprozess reibungslos funktionierte. Weiters hatte das *CNC* die Entscheidungsbefugnis über den strukturellen Aufbau der Abkommen sowie über generelle institutionelle Fragen. Außerdem zeichnete sich das Komitee verantwortlich für die Teilnahme aller am ALCA-Prozess mitwirkenden Staaten an den Verhandlungen, für die Transparenz der Verhandlungen sowie für die Überwachung des Sekretariats. Das *CNC* traf sich immer dann, wenn es nötig ist, aber mindestens zweimal pro Jahr. Die Treffen fanden auch hier nach dem Rotationsprinzip statt.

Zusätzlich gab es neun Verhandlungsgruppen, die sich mit verschiedenen verhandlungsrelevanten Themen beschäftigten, wie z.B. Marktzugang, Investitionen, Dienstleistungen, Konfliktlösungsmechanismen, Landwirtschaft, etc. Diese Arbeitsgruppen arbeiteten unter dem Mandat von den Ministern und der *CNC* und trafen sich regelmäßig, um eine Bestandaufnahme der Themen zu machen und ihre Einbettung in die ALCA-Verhandlungen zu untersuchen.

Analytische, technische und finanzielle Unterstützung erhielt der ALCA-Prozess aus einem Drei-Parteien-Komitee bestehend aus Interamerikanischer Entwicklungsbank, OAS sowie der CEPAL. Auf dem Gebiet der Administration hat das Sekretariat Hilfestellung im Verhandlungsprozess geboten.

8.2.2. Gipfel der Americas

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Ereignisse der Verhandlungsrunden kurz umrissen (Vgl. Veßel 2006: 7-14).

Erstes ALCA-Gipfeltreffen in Miami 1994

Die wichtigste Initiative des Gipfeltreffens der 34 Staats- und Regierungschefs aller Staaten der westlichen Hemisphäre (außer Kuba) war die Zustimmung zur Schaffung der panamerikanischen Freihandelszone. Auf der Konferenz konnte man sich auf die Verabschiedung einer Deklaration der Prinzipien (*Miami Summit's Declaration of Principles*) und eines Aktionsplans einigen, die jedoch weder Detailfragen behandelten noch einen genaueren Zeitplan zur Umsetzung des Integrationsprojekts vorsahen.

Zweites ALCA-Gipfeltreffen in Santiago de Chile 1998

Auf der zweiten Konferenz der Staats- und Regierungschefs wurden erstmals in der Abschlusserklärung konkrete Schritte zur Schaffung der ALCA vereinbart. Der ALCA Vertrag sollte in Übereinkunft mit den WTO-Regeln stehen und Entscheidungen sollten im Konsens beschlossen werden. Weiters wurde mit der Summit *Implementation Review Group* eine institutionelle Grundlage für den Verhandlungsprozess geschaffen.

Drittes ALCA-Gipfeltreffen in Quebec 2001

Auf diesem Gipfel wurde der Abschluss der ALCA Verhandlungen mit Ende 2004 und das Inkrafttreten der Freihandelszone mit Ende 2005 beschlossen.

Die Abschlusserklärung von Quebec klang vor allem für die lateinamerikanischen Länder sehr vielversprechend. Einerseits verspricht sie auf ökonomischer Basis ein Wirtschaftswachstum, dass wie bereits anfangs erwähnt, das Lebensniveau und die Arbeitsbedingungen aller panamerikanischen Länder verbessert und die Umwelt schützt. Auf der anderen Seite bildet die Demokratie-Klausel auf politischer Ebene den Grundstein der ALCA-Verhandlungen. Dieser Klausel zufolge *„bedeutet jeder Wechsel oder inkonstitutionelle Bruch der demokratischen Ordnung in einem Staat der Hemisphäre ein unüberwindliches Hindernis für die Teilnahme der Regierung dieses Staates an dem Prozess der Gipfel der Americas.“* (Sangmeister 2003: 18) Eine genaue Ausformulierung dieser Klausel wurde aber in dieser Verhandlungsrunde nicht beschlossen.

Beim 8. HandelsministerInnentreffen im November 2003 sollte ein Entwurf des zukünftigen ALCA-Vertrags gestaltet und der Rahmen für die weiteren Verhandlungen festgelegt werden. Da sich die beiden Hauptkontrahenten im ALCA-Prozess, die USA und Brasilien, hinsichtlich zentraler Themen der Freihandelszone nicht einigen konnten, wurde das Schlussdokument der Konferenz auf dem Kompromiss des kleinsten gemeinsamen Nenners formuliert. Viele Fragen hinsichtlich Fortgangs und Inhalt des Verhandlungsprozesses blieben in der Abschlusserklärung offen. *„Der in Miami vereinbarte Rahmen für die weiteren ALCA-Verhandlungen klammert strittige Themen wie Agrarsubventionen,*

öffentliches Auftragswesen und grenzüberschreitende Dienstleistungen vorerst weitgehend aus.“ (Sangmeister/Melchor del Rio 2003: 247)

Diese Entwicklung hin zu einer „ALCA light“ machte den Verhandlungspartner bereits 2003 klar, dass es einen vollständigen Freihandel in der ALCA-Zone zukünftig nicht geben wird. (Vgl. Sangmeister/Melchor del Rio 2003: 247-248)

Fünftes ALCA-Gipfeltreffen in Mar de Plata 2005

Der vierte Gipfel fand 2004 in Monterrey/Mexiko statt, jedoch ohne wesentliche Ergebnisse. Auf der bislang letzten Konferenz der *Americas* 2005 in Argentinien mussten sich die Teilnehmer das Scheitern der Verhandlungen und somit auch das vorläufige Aus der ALCA eingestehen.

Da sich vor allem die USA und Brasilien nicht über den Subventionsabbau auf us-amerikanische Stahl- und Agrarprodukte einigen konnten, weigerte sich Brasilien vehement den Vertrag zur Schaffung der panamerikanischen Freihandelszone zu unterzeichnen.

8.2.3. Asymmetrien als Grund für das Scheitern des Projekts

Der ALCA-Verhandlungsprozess kam 2005 am letzten Gipfel in Mar del Plata zum Erliegen. Gründe dafür waren in erster Linie den herrschenden Asymmetrien zwischen den Verhandlungspartner zuzuschreiben. Vor allem die USA und die MERCOSUR-Staaten, allen voran Brasilien, konnten sich während den Verhandlungen über fundamentale Themen nicht einig werden. Obwohl eine panamerikanische Freihandelszone wirtschaftliche Vorteile für ganz Lateinamerika geboten hätte (unbeschränkter Zugang zum nordamerikanischen Markt, Beseitigung der Zollschränken innerhalb Lateinamerikas – Auftrieb des intraregionalen Handels, Mehrung des Wohlstandes, etc.), hegten insbesondere Brasilien, Argentinien und Venezuela starkes Misstrauen gegenüber dem us-amerikanischen Projekt. Denn eine solche *win-win*-Situation hätte nur dann gegeben sein können, „*wenn alle Partner zu gleichen Bedingungen am freien Handel teilnehmen können.*“ (Sangmeister 2003: 21)

Aber nicht nur in Lateinamerika gab es Zweifel. Auch in den USA und Kanada befürchtete man Nachteile in einer neuen panamerikanischen Freihandelszone.

Denn regionalen Freihandel gab es nicht umsonst – z.B. Abbau der Zollschränken und somit höhere Konkurrenz am Markt. Und so versuchten auch die potentiellen Verlierer des Freihandels sowohl in den USA und Kanada als auch in Lateinamerika Marktzugangsbeschränkungen zu ihren Gunsten durchzusetzen.

Es gab viele kontroverse Vorstellungen unter den 34 Verhandlungspartnern. Folgende drei strittige Themen bargen erhebliches Konfliktpotenzial, die den Verhandlungsprozess belasteten und letztendlich zum Scheitern verurteilten: (Vgl. Sangmeister 2003: 21)

- Die Verankerung im Freihandelsabkommen zur Verpflichtung aller Teilnehmerstaaten der Einhaltung von Umweltschutznormen und Arbeitnehmerrechten
- Die Liste der „sensiblen Produkte“, die von der Handelsliberalisierung während einer Übergangsfrist ausgenommen werden sollten
- Die Frage der Exportsubvention, vor allem im Agrarsektor seitens der USA

Das Thema des Agrarprotektionismus seitens der USA war von höchster Brisanz innerhalb der Verhandlungen. Die USA und Kanada hielten vehement an ihren Einfuhrzöllen und nichttarifäre Hemmnisse sowie an Subventionen fest, um ihre Landwirtschaft vor Konkurrenz zu schützen.

Die Forderungen seitens der MERCOSUR-Staaten nach Abbau der Agrarsubventionen und nach Mobilität der Arbeitskräfte waren für die USA nicht akzeptabel und stellten somit die wichtigsten Gründe für das Scheitern des ALCA-Projekts dar. Gerade das Problem der Agrarsubventionen hatte für die MERCOSUR-Staaten eine starke soziale Bedeutung, denn innerhalb der Region ist rund ein Viertel in der Landwirtschaft tätig, in den USA dagegen nur ein Prozent. Brasilien hatte vor allem Interesse am freien Marktzugang für Orangensaft, Sojabohnen und Rindfleisch, die mit hohen Zöllen belegt waren.

Auf der HandelsministerInnenkonferenz im Dezember 2003 schlug Brasiliens Präsident Lula eine Reformierung des Verhandlungsprozesses vor. Das drei-Ebenen-Modell sah folgende Schritte vor: (Vgl. Veßel 2006: 20)

1. Spezielle Verhandlungsthemen wie freier Marktzugang von Waren, Dienstleistungen und Investitionen sollten nunmehr in separaten 4+1 Verhandlungen zwischen dem MERCOSUR und den USA diskutiert werden und aus dem allgemeinen ALCA-Verhandlungsprozess ausgeklammert werden
2. Die ALCA sollte sich nur mehr auf Konfliktlösungen und Themen der Handelserleichterung konzentrieren
3. Sensible Themen, wie geistiges Eigentum, Dienstleistungen, Investitionen, etc. sollten nur mehr innerhalb des WTO-Verhandlungsregelwerks diskutiert werden

Nicht nur die inneren Asymmetrien, sondern auch die globalen Ambitionen Brasiliens und die „Konkurrenz“ im Süden mit ALBA und UNASUR waren Mitschuld am Scheitern der Verhandlungen.

8.2.4. „No al ALCA“ – Widerstand gegen das ALCA-Projekt

Nicht nur einige Regierungen waren gegen die panamerikanische Freihandelszone, auch die Zivilgesellschaft hatte sich in einer Bewegung formiert, die gegen das Projekt auf die Straßen ging. Die Bewegung „No al ALCA“ schloss sich bereits 1997 erstmals in Brasilien zusammen, um eine Strategie gegen die Freihandelszone zu entwickeln. Die Bewegung bestand aus gewerkschaftlichen, bäuerlichen, indigenen NGO's und Umweltgruppen, die an jedem Gipfel seit 1998 einen Gegengipfel, den sog. Gipfel der Völker, veranstalteten. 1998 jedoch hatte die Gegenveranstaltung keinen Einfluss auf den offiziellen Gipfel in Santiago de Chile. Auch die Erfolge auf dem nächsten Gipfel 2001 in Quebec waren eher gering, obwohl man erreichte, dass zum ersten Mal auch mit der Zivilgesellschaft Gespräche im offiziellen Rahmen stattfanden.

Auf dem 8. HandelsministerInnen-treffen im November 2003 in Miami konnte die Bewegung erstmals richtig Aufmerksamkeit auf sich lenken. Mit zum Teil sehr gewalttätigen Demonstrationen setzte sich die „No al ALCA“-Gruppierung in Szene, um gegen Freihandel und Globalisierung zu wettern. Auch auf dem letzten offiziellen Gipfel in Mar del Plata in 2005 wurden ca. 40.000 Menschen mobilisiert,

um gegen das ALCA-Projekt zu demonstrieren. Erstmals traten auf dem Alternativgipfel ranghohe Politiker wie Hugo Chávez und Evo Morales auf.

Sehr aktiv bei der Mobilisierungsarbeit war die *Alianza Social Continental*, ein panamerikanisches Netzwerk von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Die Idee zur Gründung wurde 1997 beim „Forum der Zivilgesellschaft“ im brasilianischen Belo Horizonte geboren und 1998 auf dem ersten „*Treffen der Völker Amerikas*“ in die Realität umgesetzt. „*Es geht der ASC nicht um die Verhandlung und Modifizierung des ALCA-Vertragswerks, sondern um ein Gegenmodell, das Regeln für ein anderes sozialeres und lebenswerteres Amerika schafft, wie es der Slogan Sí a la vida. No al ALCA. Otra América es posible*²¹ illustriert.“ (Henkel 2003: 152)

Diese Allianz brachte im Zuge des zweiten offiziellen Gipfels in Santiago de Chile die erste Ausgabe der „Alternativen für Amerika“ heraus. Dieses Konzept wurde aufgrund neuer Ereignisse im Verhandlungsprozess immer wieder überarbeitet, ergänzt und erweitert. Um die breite Öffentlichkeit in der gesamten westlichen Hemisphäre gegen die ALCA mobilisieren zu können, griff die Allianz auf einfache und verständliche Mittel zurück, indem sie Comics und kleine Filme in Bezug auf die ALCA herausgegeben haben. (Vgl. Henkel 2003: 148)

Generell konnten folgende Positionen der No al ALCA Bewegung ausgemacht werden: (Vgl. Sangmeister/Melchor del Rio: 248)

- Der ALCA-Vertrag hat den Verlust der Souveränität der lateinamerikanischen Staaten zur Folge
- Die Zivilgesellschaft wird in die ALCA-Verhandlungen nicht miteinbezogen
- Freihandel gefährdet Arbeitsrechte und -plätze
- Die Umwelt wird durch Freihandel sehr in Mitleidenschaft gezogen
- Der Freihandel wirkt sich schlecht auf die Landwirtschaft aus
- ALCA bedeutet Privatisierung grundlegender Dienstleistungen
- Die Verbreitung genmanipulierter Produkte geht mit der ALCA einher
- ALCA erhöht die Armut und Ungleichheit
- Es gibt sehr wohl Alternativen zur panamerikanischen Freihandelszone

²¹ Ja zum Leben. Nein zur ALCA. Ein anderes Amerika ist möglich.

8.2.5. Schlussfolgerungen

Die ALCA ist definitiv gescheitert und ob es eine Wiederaufhebung der Verhandlungen geben wird, ist unklar. Vor allem die unterschiedlichen Positionen der Gegner USA und Brasilien in den Fragen der freien Mobilität von Arbeitskräften und dem Abbau von Agrarsubventionen führte zum Abbruch der Verhandlungen.

Um ihre wirtschaftlichen Ambitionen in Lateinamerika jedoch trotzdem zu verwirklichen haben die USA bereits einige bilaterale Abkommen abgeschlossen und weitere in Planung. Die MERCOSUR-Staaten und Venezuela setzen hingegen auf lateinamerikanische Integrationsbündnisse wie z.B. die UNASUR und die ALBA.

8.3. ALBA – Alternativa Bolivariana para América Latina

Die von Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez initiierte ALBA wurde als Gegenprojekt zur Errichtung der panamerikanischen Freihandelszone, der ALCA, ins Leben gerufen. Ihre Legitimierung findet sie in ihrer Ausrichtung als alternatives, emanzipatorisches Integrations- und Entwicklungsmodells. Obwohl die ALBA von Außenstehenden oftmals nur auf ihren anti-imperialistischen Gehalt reduziert wird, erfolgt diese Integration neuen Typs auf ökonomischer Ebene vor allem aus Gründen der solidarischen Kooperation auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung, Kompensation und nachhaltiger Entwicklung anstelle von Gewinn maximierender Marktausweitung und Wettbewerbssteigerung. Anstatt des Marktes übernimmt der Staat als wichtigstes Instrument die Leitfunktion, um regionale und staatliche Asymmetrien zu kompensieren.

Auf politischer Ebene setzt die ALBA auf die anti-imperialistische und anti-kapitalistische Rhetorik der „bolivarianischen“ Ideologie, um somit eine Umgestaltung, sowohl in gesellschaftlicher als auch ökonomischer Hinsicht des gesamten lateinamerikanischen Kontinents zu erreichen. Deshalb wird die ALBA

oft auch als eine *politisch-strategische Allianz* angesehen, die alle ALBA-Staaten unter dem Deckmantel der „bolivarianischen“ Ideologie von Einheit, sozialer Gerechtigkeit und Antiimperialismus als alternativen Integrationsversuch vereint.

„In dieser Hinsicht begreift sich die ALBA gewissermaßen als „revolutionär“, da sie mittels staatlicher Lenkung und der Implementierung kollektiver Produktionsformen (...) auf die intraregionale Errichtung einer „gerechten“ Solidarwirtschaft („zona de comercio justo“) hinsteuert, wo nicht der „komparative Kostenvorteil“ dem exportstärksten „Konkurrenzpartner“ die größten Gewinne zuträgt, sondern ein, die Profitlogik überwindender, binnen- und bedürfnisorientierter Präferenz- und Kompensationshandel nach dem Prinzip des alle gleichermaßen begünstigenden „kooperativen Nutzenvorteils“ vorherrscht (...).“ (Görgl 2008: 144)

Grundprinzipien und Zielsetzungen

Historisch bedient sich die ALBA der klassischen Helden im Unabhängigkeits- und Vereinigungskampf und dessen Ideologie, vor allem an Simón Bolívar und seinem „Bolivarianismus“, um die angestrebte Einheit Lateinamerikas und somit die „endgültige“ Unabhängigkeit von den imperialistischen USA zu erreichen. Neben der angestrebten Einheit stellt auch die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit ein fundamentales Ziel innerhalb der ALBA dar.

Um diese hochgesteckten Ziele zu erlangen, hat die ALBA folgende Grundprinzipien festgelegt: (Vgl. Görgl 2008: 146-149 und Sanahuja 2010: 484-485)

Solidarität: Dieses Prinzip kann als oberstes Leitprinzip des gesamten ALBA-Konstrukts angesehen werden. Aus dem Bewusstsein heraus eine Einheit zu bilden, wird solidarische Zusammenarbeit zwischen den Ländern Lateinamerikas und der Karibik als höchste Priorität angesehen. Mit Hilfe von solidarischen Präferenzabkommen und Entwicklungsplänen wird versucht, die Asymmetrien innerhalb der Gemeinschaft abzubauen und somit für die ärmeren Kooperations- und Mitgliedsländern faire Bedingungen am Markt zu schaffen. Mittels dieser

Solidaritätsabkommen soll „gerechter“ Handel zwischen gleichberechtigten Partnern gewährleistet werden.

Komplementarität: Direkter Wettbewerb zwischen den ALBA-Staaten ist nicht vorhanden und soll auch nicht entstehen. Innerhalb der Gemeinschaft ist vorrangig, sich wirtschaftlich zu ergänzen, indem die einzelnen Mitglieder jeweils das erbringen und leisten, was sie am besten können und im Austausch dafür wiederum benötigte Güter und Dienstleistungen erhalten. Der Kompensationshandel und die gemeinsamen Konvergenz- und Strukturfonds helfen dabei, Entwicklung zu erlangen.

Kooperation: Dieses Prinzip sieht eine Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern vor, was zur Folge haben soll, dass technisches Know-How innerhalb der Gemeinschaft weitergegeben wird und eine gemeinsame Erarbeitung intraregionaler Entwicklungspläne erfolgt, damit der Kampf gegen Armut und sozialer Ungleichheit und Exklusion in Angriff genommen werden kann. Darüber hinaus müssen die einzelnen Positionen der Mitgliedsländer in einer Stimme konzertiert werden, um gegenüber Verhandlungspartnern, wie den USA oder der IWF, als einheitliches Ganzes auftreten zu können.

Souveränität: Innerhalb der ALBA wird die nationalstaatliche Souveränität respektiert und steht auch somit in keinsten Weise zur Debatte. Alle Abkommen basieren auf Freiwilligkeit und unterstreichen das uneingeschränkte Interesse der Mitgliedsländer an der Gemeinschaft, da weder an den einzelnen Politiken noch an den verschiedenen Wirtschaftsformen Anstoß genommen wird. Außerdem besteht die ALBA darauf, dass sie gegenüber Druck von außen, sei es von Staaten oder Finanzinstitutionen, immun ist.

Staatszentrierung: Beinahe alle Kooperationsverträge und –projekte sind an dieses Prinzip gebunden. Die Staatszentrierung steht vor allem für die Zurückweisung der neoliberalen Strategie und für die Wiederaufwertung der Funktionen des Staates innerhalb der Wirtschaftspolitik. Der Staat als regulierende Macht soll die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sichern, um nachhaltige Entwicklung gewährleisten zu können.

Mit Hilfe dieser Grundprinzipien sollen wichtige emanzipatorische Ziele und Pläne verwirklicht werden. Oberstes Ziel der ALBA ist die Schaffung einer *Patria Grande* (Großstaat, Konföderation, etc.), wo Wohlstand, Freiheit und die „wahre“ Unabhängigkeit gewahrt sind. Darüber hinaus strebt die ALBA eine soziale Transformation der lateinamerikanischen Gesellschaft an, um die Kluft zwischen arm und reich zu mindern, die allgemeine Lebensqualität zu erhöhen und die politische Partizipation auszuweiten. Die Konzentration auf den regionalen Binnenmarkt und die gleichzeitige Abkehr vom Weltmarkt soll im Sinne eines „gerechten“ Handels eine flächendeckende Deckung der Bedürfnisse der Gesellschaft auf dem Subkontinent sichern.

Basierend auf den Grundprinzipien wurde auch der Entwicklungsplan 2007-2013 ausgearbeitet, der die Konstruktion eines „neuen“ MERCOSUR, eine Kohäsion der ALBA durch die Achse Venezuela-Kuba-Bolivien sowie finanzielle Autonomie durch die Gründung einer Banco de ALBA vorsieht. Auf Initiative Boliviens wurde der Handelsvertrag der Völker (Tratado Comercial de los Pueblos-TCP) zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien unterzeichnet. Dieses trilaterale Abkommen soll solidarische Handelsbeziehungen zwischen den Partnern etablieren (Vgl Sanahuja 2010: 483).

Folgende konkrete Pläne zur Umsetzung der angestrebten Ziele wurden unter Einbindung sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen erstellt.

Die Ausweitung der direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten ist ein wichtiger Punkt, um die alten Elitedemokratien zu Partizipativdemokratien umzuformen und somit den Gehalt der Demokratien zu stärken. Die Einführung von Abwahlreferenden auf allen politischen Ebenen, die bindenden Plebisziten sowie die Einbindung sozialer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen in den Entscheidungsprozess sollen die Demokratie als „gerechte“ Staatsform gewährleisten.

Weitere wichtige Projekte sollen in den Bereichen der Energie und Infrastruktur erfolgen. Voraussetzung für die Umsetzung ist die Wiedererlangung der staatlichen Verfügungsgewalt über strategisch wichtige Ressourcen wie

Brennstoffe, Wasser, Holz, etc. Der Energiesektor soll mit der Schaffung eines gesamtlateinamerikanischen Energieverbundes, der Petroamerica, institutionalisiert werden. Auf infrastruktureller Ebene wird das Augenmerk vor allem auf den Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationswege gelegt.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft steht eine umfassende Agrarreform auf den Plan. Mit Hilfe dieser Reform soll vor allem die traditionell ungleiche Landverteilung überwunden werden. Auch das Bildungswesen wird einer Reform unterzogen, um eine vollständige Alphabetisierung am gesamten Subkontinent zu erreichen. Der solidarische Wissens-, Forschungs- und Technologietransfer soll weiters dazu beitragen, den Bildungsstandard in der Gemeinschaft auf ein gleiches Niveau zu bringen.

Um der Jahrhunderte langen Ausbeutung und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung im gesamten subkontinentalen Raum Rechnung zu tragen, sollen deren Interessen zukünftig gewahrt und rechtlich gesichert werden. Ein Entschädigungsfond zur Förderung der Indigenen soll eingerichtet werden.

Ein Prestigeprojekt des venezolanischen Präsidenten Chávez ist die Errichtung gemeinsamer Kommunikationsmedien und hier insbesondere das Projekt TELESUR. Dieser TV-Sender soll in direkter Konkurrenz zum Informationsmonopol der USA zur Bewahrung der lateinamerikanischen Identität und Kultur beitragen. *„Im Sinne der „Rückkehr zur lateinamerikanischen Identität“ will Telesur ausdrücklich Konkurrenz zu US-amerikanischen, europäischen und nationalen Privatsendern machen. Er soll mittels unabhängigen audiovisuellen Produktionen einen alternativen Raum öffnen sowie Mediengenossenschaften und Mikrofirmen fördern. Vor allem soll der Sender den Lateinamerikanern ihre eigene Realität zeigen und konsequent alternative Nachrichten anbieten“.* (Görgl: 2008: 152)

Im Hinblick auf die politisch-institutionelle Zusammenarbeit gibt es jedoch wenige konkrete Pläne. Jediglich ein gemeinsamer Gerichtshof zur Konfliktlösung und eine Kommission zur Evaluierung der Integrationsfortschritte wurden angedacht, ohne auch nur annähernde Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten. Gründe für die

schleppenden Fortschritte in diesem Bereich sind die traditionell verankerte Wichtigkeit der nationalstaatlichen Souveränität (wie bereits in den Grundprinzipien deutlich ersichtlich) sowie die allgemein herrschende Skepsis gegenüber Institutionen.

Im Gegensatz zur politisch-institutionellen Zusammenarbeit wurde auf dem Gebiet der militärischen Kooperation schon viel weiter voraus gedacht. Geplant ist ein gemeinsames Heer und gemeinsame Militärschulen als auch eine einheitliche Ausrüstung und Bewaffnung der Soldaten (Vgl. Görgl 2008: 153).

Auch im Bereich der Finanzierung und der Schaffung einer gemeinsamen Währung gibt es konkrete Pläne. Auf dem sechsten ALBA-Gipfel 2008 in Caracas wurde die Banco de ALBA (BA) durch die Unterzeichnung der Acta de Constitución von Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua gegründet mit dem Ziel Hilfestellung bei intra- und extra-regionalen Transaktionen und Entwicklungsprojekten zu leisten. *„Sus objetivos serán prestar apoyo a las transacciones intra y extra-ALBA, (...) y llevar a cabo proyectos de desarrollo (...).“* (Sanahuja 2010: 487) Vor dem Hintergrund der Finanzkrise beschlossen die Mitglieder weiters die Schaffung einer gemeinsamen Währung, des SUCRE, um unabhängiger gegenüber den internationalen Finanzmärkten und deren Krisen zu werden. Im Oktober 2009 wurde der Gründungsvertrag der gemeinsamen Währungszone unterzeichnet. Als Wechselkurs wurden 1,25 US-Dollar festgelegt. Mit dem einheitlichen Verrechnungssystem soll die Unabhängigkeit vom US-Dollar und von den internationalen Finanzmärkten gewährleistet werden sowie die wirtschaftliche Integration der ALBA-Staaten vereinfacht werden. Seit Anfang des Jahres 2010 kann man mit dem SUCRE Finanztransaktionen tätigen (Vgl. Sanahuja 2010: 487-488).

8.3.1. Mitglieder der ALBA

In der ALBA, dem wirtschaftlichen Machtblock *„jenseits des Neoliberalismus“* (Flemes 2009: 2), sind Venezuela, Kuba, Bolivien, Dominica, Nicaragua, Ecuador, Antigua und Barbuda, St.Vincent und die Grenadinen Vollmitglieder und Haiti quasi ein assoziierter Partner. Honduras war seit 2008 Vollmitglied, stieg jedoch

nach der Regierungsübernahme durch die Putschisten durch einen Mehrheitsbeschlusses im Parlament im Jänner 2010 wieder aus dem Bündnis aus.

Im folgenden Abschnitt sollen die wichtigsten Mitglieder wie Kuba, Bolivien, Ecuador, Nicaragua und Dominica kurz vorgestellt werden.

Kuba

In Kuba hat Venezuela den perfekten Allianzpartner für sein Integrationsprojekt gefunden. Grundstein für diese strategisch-politische und ideelle Allianz liegt in der persönlich-freundschaftlichen Beziehung beider Länder als auch in der Unterzeichnung des solidarischen Handelsabkommens im Jahr 2000, wo Venezuela ausreichend Erdöl im Austausch gegen Fachpersonal für Entwicklungshilfe zusagte. Neben den jüngsten Entwicklungen spielen allerdings auch traditionell-ideelle Gründe für eine Zusammenarbeit Venezuelas und Kubas. Denn im kubanischen Nationalhelden José Martí (der in seinem politischen und literarischen Schaffen den Ideen Bolívars folgte) findet Simón Bolívar sein Pendant. Wie in Venezuela wird auch in Kuba der Nationalheld von der politischen Führung für Legitimationszwecke instrumentalisiert, um somit die Idee von Unabhängigkeit und Einheit in die Bevölkerung hinauszutragen und zu verbreiten.

Auch die Übereinstimmung auf politischer Ebene prädestinierte Kuba als Partner zur Gründung der ALBA. Neben Internationalismus, Anti-Imperialismus und Anti-Kapitalismus stehen auch Solidarität und Souveränität im politischen Diskurs ganz oben auf der Liste (Vgl. Görgl 2008: 123-127).

Diese fundierte Basis hatte 2004 die Gründung der ALBA zur Folge, die für beide Seiten einen Nutzen darstellt: *„Während Kuba wirtschaftlich und politisch an Stärke gewinnt, bedient sich das „bolivarianische“ Venezuela dem „ewigen“ Symbol der kubanischen Revolution und schließt an deren Ideale (...) und Errungenschaften an, woraus sich die grundlegenden Integrationsmotoren der ALBA – kubanische Symbolkraft und wohltätige Humanressourcen einerseits sowie venezolanische Wirtschaftskraft und einträgliches Erdöl andererseits – ableiten.“* (Görgl 2008: 127)

Bolivien

Bolivien wurde als erstes Land neu in die ALBA aufgenommen. Auslöser für den Beitritt war der Erdrutschsieg bei den Präsidentschaftswahlen 2005 der „Bewegung zum Sozialismus“, der MAS (Movimiento al Socialismo), unter dem ehemaligen Kokabauern und Gewerkschaftsführer Evo Morales. Mit der Wahl von Morales zum Präsidenten wurde erstmals in der Geschichte Boliviens ein Mitglied der indigenen Bevölkerung an die Spitze des Staates gewählt. Genau wie Venezuela litt auch Bolivien unter den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen und wollte eine soziale und politische Wende. Die aus unterschiedlichen anti-neoliberalen linken Kräften und indigenen Gruppen zusammengesetzte MAS unter Morales machte sich die herrschende Unzufriedenheit zu ihren Gunsten und positionierte sich als Alternative zum neoliberalen Weg (Vgl. Görgl 2008: 127-131).

Da auch Morales eine soziale Transformation des Staates in Angriff nehmen wollte, war der Beitritt zur ALBA am 29. April 2006 nur eine Frage der Zeit. Mit der Unterzeichnung des trilateralen „Handelsvertrages der Völker“ (TCP) konnte sich Bolivien auf dem Prinzip der Solidarität und Komplementarität basierend kubanische Hilfe im Gesundheits- und Bildungswesen sowie venezolanische Unterstützung im Energie- und Infrastrukturbereich sichern.

Auch in diesem Fall konnten alle Partner einen Nutzen aus der Mitgliedschaft Boliviens ziehen. So bekam Bolivien einen Teil seiner Souveränität zurück (Verstaatlichung des Energiesektors) und die Gemeinschaft als Ganzes konnte an regionaler Gewichtigkeit und an Profil als funktionierendes solidarisches Handels- und Integrationsprojekt gewinnen.

Nicaragua

Anfang 2007 kehrte Daniel Ortega, ehemaliger Sandinistenführer, nach 17 Jahren in der Opposition an die Spitze des Staates zurück. Obwohl sein üblicher polarisierender anti-neoliberaler Diskurs ausblieb, vollzog er eine außenpolitische Kehrtwender um sich von der Abhängigkeit der USA und der Finanzinstitutionen abkapseln zu können. Um diesen emanzipatorischen Entwicklungsweg gehen zu

können, schloss sich Ortega bereits einen Tag nach seiner Amtseinführung am 11. Jänner 2007 der ALBA an (Vgl. Görgl 2008: 131-134).

Im Widerspruch zum Beitritt steht das Festhalten am Freihandelsabkommen mit den USA – CAFTA, das die Vorgängerregierung abgeschlossen hatte. Doch obwohl dieses Abkommen eine Unterzeichnung des verbindlichsten ALBA-Vertrags, des TCP, unmöglich macht, konnten Venezuela und Kuba aufgrund mehrerer bilateralen Solidaritätsabkommen mit Nicaragua Hilfe und Investitionen im Sozial-, Infrastruktur-, Energie- Gesundheits- und Bildungsbereich zusichern.

Trotz der Mitgliedschaft in zwei so grundsätzlich verschiedenen Bündnissen, überwiegt der wechselseitige Nutzen von politischen und wirtschaftlichen Bedeutungszuwachs der ALBA auf der einen und die sofortige solidarische Hilfe auf der anderen Seite.

Dominica:

Am 26. Jänner 2008 fand auch das erste anglophone Land der Ostkaribik den Weg in die Gemeinschaft. Neu bei Dominica war (neben der geografischen Lage und der Sprache), dass zum ersten Mal ein Land nicht aufgrund freundschaftlicher Bande oder ideologischer Überzeugung der ALBA beitrug, sondern einzig und allein aus entwicklungsökonomischen Gründen heraus (Vgl. Görgl 2008: 135-138). Der Beitritt zur ALBA steht auch auf Dominica in Zusammenhang mit einem Regierungswechsel. So vollzog der neue Premierminister Roosevelt Skerrett nach seinem Amtsantritt 2004 einen sozialen und außenpolitischen Kurswechsel. Im Beitrittsdokument beschreibt er die Prinzipien der ALBA, *„welche eine selbstbestimmte ökonomische Entwicklung und „wahre“ Unabhängigkeit innerhalb einer Zone des „gerechten“ Handels (...) gewährleisten würden“* (Görgl 2008: 135), als beispielhaft und einzigartig.

Nachdem auch in Dominica die Strukturanpassungsprogramme und die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Weltmarktpreisen tiefe soziale Einschnitte zur Folge hatten, sah der Premierminister in der emanzipatorischen ALBA eine Alternative zum „ausbeutenden“, neoliberalen Weg. Mit dem Beitritt Dominicas wird aus der Sicht der Gemeinschaft ein positives Signal an andere karibische

Staaten gesendet, die größtenteils noch sehr skeptisch gegenüber dem neuen Entwicklungsweg sind. Trotz der geringen Auswirkungen der Neumitgliedschaft Dominicas gewinnt die ALBA mit dem Beitritt eines anglophonen US-freundlichen Landes an Attraktivität.

Ecuador:

Obwohl der 2007 neu ins Amt geführte ecuadorianische Präsident Rafael Correa der ALBA freundlich gesinnt war und auch den emanzipatorischen Entwicklungsweg zur Transformation des Staates vorsah, erfolgte der Beitritt in die ALBA erst am 24. Juni 2009. Ecuador versuchte es erst auf eigenem Weg, sich von den USA und den transnationalen Konzernen zu emanzipieren (Wiedereintritt in die OPEC), da es selber über Erdölreserven als Sicherheitspolster verfügt und im Gegensatz zu anderen Mitgliedern, wie z.B. Bolivien, das venezolanische „Integrationschmiermittel“ (Görgl 2008: 140) Erdöl nicht benötigte.

Dennoch war der Beitritt Ecuadors schon alleine aus ideologischer Sicht aus zu erwarten. Für die ALBA bedeutete der Beitritt eine Zunahme regional-politischen Gewichts (Vgl. Görgl 2008: 139-140).

8.3.2. Widersprüche und Probleme innerhalb der ALBA

Obwohl die Entwicklung der ALBA seit ihrer Gründung hinsichtlich ihrer Ausweitung auf Zentralamerika und die Karibik (vordergründig im US-Einflussbereich) und ihrer sozialen Hilfestellungen innerhalb der Gemeinschaft bemerkenswert ist, gibt es einige Widersprüche und Probleme, die Auswirkungen auf das Integrationsbündnis per se haben.

So ist es beispielsweise sehr schwierig, die venezolanische Außenpolitik von den tatsächlich reinen ALBA-Projekten zu unterscheiden. Weiters ist der zunehmende Einfluss Venezuelas auf die Innenpolitik der Mitgliedsländer mit Vorsicht zu genießen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die ressourcengestützte Scheckbuchdiplomatie (Ankauf von Staatsanleihen), die seitens Venezuelas betrieben wird, zu erwähnen. Dieses Modell der Kreditaufnahme weckt das

Interesse vieler Staaten, die Auslandsschulden beim IWF zu begleichen haben (Vgl. Fletes 2009: 3).

Hier wäre dann auch gleich zu erwähnen, dass das Fortbestehen und die Stabilität der ALBA im direkten Zusammenhang mit den Einkünften aus dem Ölgeschäft stehen, und somit indirekt am Ölpreis des Weltmarkts gekoppelt sind.

Widersprüche ergeben sich vor allem aber im ideologischen Bereich. Einerseits wird die „bolivarianische“ Einheit gepredigt und andererseits ist die Bewahrung der Souveränität oberstes Prinzip. Diese beiden Grundgedanken werden in Zukunft nicht miteinander vereinbar sein, wenn es zu einer Konsolidierung des Bündnisses kommen soll.

Ein weiterer Widerspruch in Bezug auf Anspruch und Wirklichkeit besteht auf dem Gebiet der Partizipation von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. So wird der Partizipationsanspruch sozialer Bewegungen und NGO's am politischen Entscheidungsprozess im Gründungsvertrag schriftlich festgelegt, jedoch erfährt er in der Wirklichkeit kaum Beachtung, denn eine definitive Kompetenzverteilung innerhalb der ALBA wurde nie festgelegt. (Vgl. Görgl 2008: 164-166)

Auch auf dem ökonomischen Sektor lassen sich Gegensätze erkennen, welche die ALBA als Gegenposition zu den USA und dessen Integrationsbestrebungen unglaublich erscheinen lässt. Denn sowohl auf dem Import- (28%) als auch auf dem Exportsektor (53%) sind die USA wichtigster Handelspartner Venezuelas²².

²² www.alianzabolivariana.org/comercio/Perfil/Venezuela.pdf

8.4. Die UNASUR – Unión de Naciones Suramericanas

Die Union Südamerikanischer Staaten ist ein geopolitisches Projekt, seitens Brasiliens, die südamerikanischen Staaten unter einem Bund zu vereinen (zunächst unter Ausschluss der zentralamerikanischen Staaten, v.a. Mexiko) und eine Alternative zur OAS (*Organisation Amerikanischer Staaten*) zu bilden. Primäres Ziel der UNASUR ist die Etablierung Südamerikas als ernstzunehmendes Mitglied der internationalen Gemeinschaft (Vgl. Flemes 2009 und Sanahuja 2010: 488-505).

Das Projekt der UNASUR geht auf eine langfristige Strategie Brasiliens zurück, eine Freihandelszone auf dem südamerikanischen Kontinent zu errichten. Mit der Gründung der ALCSA, der *Àrea de Libre Comercio de Sudamérica*, 1993 wurden die ersten Schritte seitens Brasiliens hinsichtlich dieses Ziels gemacht.

Das Projekt ALCSA konnte jedoch keine wesentliche Entwicklung hin zu einer Freihandelszone verzeichnen. Erst im Jahr 2000 kam es beim ersten Gipfeltreffen der Präsidenten Südamerikas in Brasilia zu einer Wiederbelebung des Projekts. *„Mientras las negociaciones comerciales progresaban con lentitud, el gobierno de Cardoso trató de dar mayor perfil político y una agenda más amplia al proceso, a través de la I Cumbre Sudamericana (...).“*²³ (Sanahuja 2010: 489) Auf Vorschlag des damaligen brasilianischen Präsidenten Henrique Cardoso wurden Guyana und Surinam in den Integrationsprozess miteinbezogen, um die geplante südamerikanische Freihandelszone weiter voran zu bringen. Weiters sollte die politische Zusammenführung von CAN und MERCOSUR zur Konsolidierung des Projekts führen. Beim ersten Gipfeltreffen waren auch die Präsidenten der BID und der Andinen Entwicklungskorporation beteiligt, um zusammen einen „gemeinsamen südamerikanischen Raum“ unter dem Deckmantel *„der Demokratie, des Friedens, der solidarischen Kooperation, der Integration und der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu schaffen.“* (Hummer 2006: 76)

²³ Aufgrund der schleppenden Verhandlungen wurde von Präsident Cardoso der erste Südamerikagipfel ins Leben gerufen, um dem Projekt Freihandelszone ein größeres politisches Profil und eine weitere Agenda zu geben.

Beim zweiten Präsidentengipfel 2002 in Ecuador wurde die Initiative zur infrastrukturellen Integration in Südamerika, die IIRSA (Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional de Sudamérica), beschlossen. Dieses von der BID (Banco Interamericano de Desarrollo) und CAF (Corporación Andino de Fomento) initiierte Projekt soll die Verkehrsverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten verbessern und neue Transportwege zwischen der Ost- und Westküste Südamerikas erschließen. Außerdem wurde die Deklaration über Südamerika als Friedenszone (Declaración sobre Zona de Paz Sudamericana) unterzeichnet.

Der Vorläufer der UNASUR, die CSN (Comunidad Suramericana de Naciones) – Gemeinschaft Südamerikanischer Staaten –, wurde beim dritten Gipfel 2004 in Peru ins Leben gerufen. Dem Vorbild der EU folgend, basiert die CSN auf gemeinsamer Identität sowie gleichen Wertvorstellungen. Im Detail ist die Gemeinschaft auf drei Teile aufgebaut: (Vgl. Sanahuja 2008: 31)

1. Kooperation und Absprache auf dem Gebiet der Außenpolitik, um das Auftreten Südamerikas als Region auf internationaler Ebene zu bestärken
2. Bildung einer Freihandelszone (ALCSA) zwischen CAN, MERCOSUR, Chile, Guyana und Surinam
3. Integration auf dem Gebiet des Transports, der Energie und der Kommunikation

Unternehmerschaft und Zivilgesellschaft sollen am Integrationsprozess wesentlich beteiligt werden. Später erfolgte eine Erweiterung der Agenda auf die Förderung der Integration im Energie- und Finanzsektor (Vorschlag der Gründung einer „Banco del Sur“) und die Auseinandersetzung mit den herrschenden regionalen Asymmetrien.

2007 wurde bei einem Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs die Umbenennung der CSN in UNASUR beschlossen und am 23. Mai 2008 die neue Verfassung vorgelegt. Diese besagt, dass neun von den insgesamt 12 Mitgliedsstaaten die neue Verfassung ratifizieren müssen, um jene in Kraft treten zu lassen. Im März 2011 wurde die Verfassung endgültig von allen Mitgliedern ratifiziert.

Im ersten Artikel des *Tratado Constitutivo* wurde die UNASUR als Völkerrechtspersönlichkeit deklariert (Vgl. Álvarez Valdés 2009: 4). Weiters sind in der Verfassung der UNASUR neben den drei bereits formulierten Aufgaben weitere Zielsetzungen konkretisiert worden:

„La Unión de Naciones Suramericanas tiene como objetivo construir, de manera participativa y consensuada, un espacio de integración y unión en lo cultural, social, económico y político entre sus pueblos, otorgando prioridad al diálogo político, las políticas sociales, la educación, la energía, la infraestructura, el financiamiento y el medio ambiente, entre otros, con miras a eliminar la desigualdad socioeconómica, lograr la inclusión social y la participación ciudadana, fortalecer la democracia y reducir las asimetrías en el marco del fortalecimiento de la soberanía e independencia de los Estados.“²⁴ (tratado constitutivo de UNASUR: www.pptunasur.com/downloads/tratado-constitutivo-UNASUR.pdf, 07.07.10)

Die UNASUR bringt vor allem ihrem Initiator Brasilien einige Vorteile. So bietet sich dieses neue Integrationsbündnis als weitere Plattform für Brasilien an, um die politische und ökonomische Vormachtstellung in der Region zu festigen und weiter auszubauen. Brasilien erhofft sich, durch die UNASUR an Einfluss auf internationaler Ebene zu gewinnen. Aus ökonomischer Sicht hat diese Union auch eine Menge Vorteile für Brasilien. Die UNASUR ermöglicht größere Absatzmärkte für brasilianische Produkte sowie Zugang zu neuen Energieträgern.

Aber nicht nur für Brasilien ergeben sich neue Chancen durch die UNASUR. Für Chile bietet die UNASUR Konfliktlösungen im Streit mit Bolivien und Argentinien an und hilft somit das Konfliktpotenzial erheblich zu mindern. Weiters würde die Union das Problem der Energieknappheit lösen, indem es Chile den Zugang zu Energiequellen (z.B. Gas) aus anderen Teilen der Region ermöglicht. Wie

²⁴ Ziel der UNASUR ist es auf partizipativer und konsensueller Weise einen kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Integrationsraum zwischen seinen Völkern zu schaffen. Dabei soll Priorität auf politischen Dialog, Sozialpolitik, Bildung, Energie, Infrastruktur, Finanzierung und Umwelt gelegt werden, um die sozio-ökonomische Ungleichheit zu minimieren und soziale Inklusion und gesellschaftliche Partizipation zu erreichen. Weiters sollen die Demokratie gestärkt und die Asymmetrien im Bereich der Stärkung der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten reduziert werden.

Brasilien würde auch Chile von einem größeren Absatzmarkt für die eigenen Produkte profitieren.

Für Bolivien eröffnet sich ein stabiler Markt für den Gasabsatz sowie die Erleichterung des Zugangs zum Meer und dieser Umstand würde wiederum das Konfliktpotenzial mit Chile mindern.

Für Kolumbien bietet die Eingliederung in die UNASUR die Möglichkeit, sich von dem Einfluss der USA zu lösen und eine neue Orientierung hin zu Südamerika als wirtschaftlicher und politischer Partner. Auch eine mögliche Erweiterung durch die karibischen und zentralamerikanischen Staaten würde für diese Länder eine Chance zur Umorientierung weg von den USA hin zum lateinamerikanischen Subkontinent bieten.

Doch obwohl die UNASUR neue Chancen zur Konfliktminderung ermöglicht, bleiben die ernstesten politischen und ideologischen Unterschiede zwischen den Staaten ein zentrales Problem des neuen Bündnisses. Nicht nur die weit zurückliegenden historischen Konflikte zwischen einzelnen Ländern wie Chile und Bolivien, Kolumbien und Ecuador oder Argentinien und Paraguay, sondern auch das venezolanische Integrationsprojekt der ALBA bergen Probleme für die UNASUR. „*El hecho de que la CAN y MERCOSUR no figuren como elementos constitutivos o como organizaciones asociadas a UNASUR, es un indicador significativo de la falta de consenso sobre su papel en la formación de un espacio económico sudamericano, (...)*“²⁵(Sanahuja 2010: 494).

Aufgrund der Krisenstimmung innerhalb der UNASUR kam 2008 der Vorschlag von Brasilien einen *Consejo de Defensa Suramericano CDS* (südamerikanischer Sicherheitsrat) zu gründen. Brasilien möchte mit dem CDS einen Gegenpol zur traditionellen Sicherheitsstruktur der westlichen Hemisphäre der OAS und des TIAR (Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca) unter US-Einfluss schaffen. Außerdem versucht Brasilien mit diesem Vorschlag seine Rolle als Konfliktmediator in der Region zu formulieren und auf globaler Ebene seine Position zu stärken (Vgl. Sanahuja 2010: 501).

²⁵ Die Tatsache, dass die CAN und der MERCOSUR keine assoziierten Organisationen der UNASUR sind lässt erkennen, dass der UNASUR der Konsens über die Gestaltung eines gemeinsamen südamerikanischen Wirtschaftsraumes fehlt.

Aber auch auf technischer Ebene gibt es Spannungen. Da in Bezug auf Ausrichtung und Fortschritt des Projekts extreme Unstimmigkeit zwischen den Mitgliedern herrscht, konnte auf dem Gipfel in Cusco nur auf Basis des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ die Intensivierung der Absprache und Koordination der Politiken beschlossen werden. Weder der rechtliche Rahmen noch die institutionelle Struktur wurden mit einem Wort erwähnt. D.h. auch die UNASUR folgt dem „lateinamerikanischen“ Modell des „*regionalismo ligero*“ (Sanahuja 2008: 33), der intergouvernementalen Integration.

8.5. Perspektiven

Nach einschlägiger Darstellung des MERCOSUR und die integrationstechnische Situation auf dem Sub-Kontinent möchte ich nun der analytischen Beantwortung meiner zentralen Thesen nachkommen. Wohin bewegt sich das Integrationsprojekt MERCOSUR, kann es sich regional-politisch festigen und sich weiter ausbauen oder scheitert es am geringen Institutionalierungsgrad und dem schwindenden regionalen und globalen Interesse? Folglich sollen in der Analyse mögliche für den Integrationsprozess hemmende Faktoren aufgezeigt werden.

8.5.1. Das Souveränitätsprinzip

Seit Ende der Kolonialzeit sind Identität und Integration die prägenden Begriffe im sozio-kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Diskurs auf dem Sub-Kontinent. Der Versuch, die „natürliche Einheit“ (Malamud/Castro 2009: 42) Lateinamerikas wieder herzustellen, wurde für einige Unabhängigkeitskämpfer zur Priorität. Jedoch scheiterten die Versuche, die Idee der gemeinsamen kulturellen Identität auch auf die politische Ebene zu übertragen und einen gemeinsamen lateinamerikanischen Staat zu schaffen. Sämtliche Integrationsbestrebungen vom Projekt Großkolumbien von Simón Bolívar bis hin zur Andengemeinschaft mussten dem herrschenden Souveränitätsprinzip Tribut zollen.

Dieses vehemente Verlangen nach einem souveränen Staat ist kulturell bedingt und kann historisch belegt werden. Obwohl Lateinamerika als „*el bloque sociocultural más homogéneo del mundo*“²⁶ (Recondo 2000: 13) gilt, verfolgen die einzelnen Staaten seit der Unabhängigkeit eine Politik der Intoleranz und Konfrontation zueinander. Der souveräne Staat wird als Garant für die nationale Sicherheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen angesehen. Integrationsbestrebungen auf Basis der gemeinsamen Kultur („*unidad en la diversidad*“²⁷ (Recondo 2000: 13)) hatten es seit den ersten Versuchen von Simón Bolívar schwer sich durchzusetzen. Die chauvinistisch-nationalistische Propaganda, die den eigenen Staat von anderen abgrenzen sollte, war bis Ende des 20. Jhdt. vorherrschend. Gemeinschaftliche Werte werden allenfalls im kulturellen Bereich wahrgenommen, jedoch im politischen und wirtschaftlichen Diskurs vollkommen außen vor gelassen.

Gründe für die profunde Abgrenzung gegenüber „den anderen“ liegen in der Kolonialzeit. Die spanischen und portugiesischen Herrscher bauten ein System auf, dass nur von einem Zentrum aus geleitet wurde, aus Europa. Auf dem Kontinent konnte somit kein regionaler Austausch stattfinden. Die Herrschaft der Kolonialherren war geprägt von territorialen Kämpfen und Rivalitäten zwischen den verschiedenen Regionen. Nach der Unabhängigkeit waren die einzelnen Völker nicht in der Lage, auf friedlicher Basis Konföderationen zu bilden, sodass das Gebiet des damaligen Virreinato von Peru in neun souveräne Staaten zerfiel (Vgl. Malamud/Castro 2009: 42).

Nachdem die südamerikanischen Staaten die Unabhängigkeit erlangt hatten, wurde der souveräne Staat als Garant gesehen, diese zu bewahren und eine erneute Einmischung von außen zu verhindern. In den 1990er Jahren, nachdem die Militärdiktaturen auf dem Kontinent die Staaten politisch, wirtschaftlich und sozial ruiniert hatten, konnten jedoch die USA ihr Programm zur Strukturanpassung (*Washington Consens*) den lateinamerikanischen Staaten aufzwingen und somit sich wieder in nationale Belange einmischen. Der Globalisierungsprozess (*regionalismo abierto*) tat sein Übriges, um die Öffnung nach außen voranzutreiben und somit die Souveränität zu überwinden. Seit Ende

²⁶ Lateinamerika gilt als homogenster sozio-kultureller Block der Welt.

²⁷ Einigkeit in der Vielfaltigkeit

der 1990er Jahre wird jedoch die Rückkehr zu einem starken Staat auf dem Kontinent vollzogen. Mit dem Amtsantritt linker Regierungen wurde die Rolle des souveränen Staates wieder in den Vordergrund gehoben. Ziel ist ein wirtschaftlich und sozial effizienter Staat um die Zukunft selbst gestalten zu können.

Obwohl das neue Selbstbewusstsein der Region im Gesamten und der Staaten im Einzelnen durchwegs positive Aspekte für den MERCOSUR mit sich brachte (Aufschwung nach der Krise), wirkt sich dieses jedoch auch negativ auf den Integrationsprozess aus.

„Die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen dem Souveränitätsprinzip und regionalen Integrationsprozessen ist aktueller denn je. Jeglicher Versuch von vertiefter Integration stößt zwangsläufig an einen bestimmten Punkt, an dem staatliche Akteure entscheiden müssen, wie viel Souveränität sie abzugeben bereit sind.“ (Suhr 2008: 1)

Die Souveränitätsfrage wurde im MERCOSUR bereits anfangs kompromisslos geklärt und die Position dazu im Gründungsvertrag von Asunción festgehalten. Das Integrationsbündnis sieht keine Abgabe von Souveränität an supranationale Institutionen vor. Vor allem Brasilien als stärkster Partner des Bündnisses sieht seine Machtposition durch supranationale Institutionen gefährdet. Somit stellt sich eine entscheidende Frage bezüglich der Vertiefung des MERCOSUR, inwieweit Brasilien bereit ist, Opfer hinsichtlich der Souveränität zu bringen, um den Integrationsprozess zu fördern und somit auch die anderen Mitglieder zur weiteren Vertiefung der Integration zu überzeugen, denn ohne Zugeständnisse seitens Brasiliens werden die kleineren Staaten keine weiteren Integrationsbemühungen mehr anstreben (Vgl. Suhr 2008: 3).

8.5.2. Die Regionalmacht Brasilien

Brasilien steht im Spannungsverhältnis *„zwischen nationaler Entwicklung, regionaler Hegemonie und internationaler Neupositionierung“* (Joerissen/Steinhilber 2010: 1) und somit vor der Herausforderung, dieses Konfliktpotenzial bestmöglich und im Sinne aller Beteiligten zu koordinieren. Auf nationaler Ebene gilt es, die ökonomische und sozialpolitische Situation des

Landes zu stärken und zu verbessern. Damit einher geht die Eingliederung außenpolitischer Strategien in die innenpolitische Debatte. „*Die gesellschaftliche Debatte über ein neues Entwicklungsmodell geht Hand in Hand mit der Politisierung der Außenpolitik*“. (Joerissen/Steinhilber 2010: 22) Mit der Einbindung der Außenpolitik in den innenpolitischen Diskurs wurde diese zur „Chefsache“ erklärt und die Verteidigung der Souveränität und der nationalen Interessen wieder in den Vordergrund gestellt.

Auf internationaler Ebene wurde Brasilien schon lange als „*rising power*“ (Joerissen/Steinhilber 2010: 21) angesehen, jedoch erst in jüngster Vergangenheit auch als solche anerkannt. Für die globalen Handels- und Finanzmärkte gilt Brasilien als stabiler Bündnispartner und es konnte sich sogar als neues Gläubigerland am Markt etablieren. Deshalb konzentriert sich die brasilianische Außenpolitik vor allem auf die Neupositionierung in den Handels- und Finanzmärkten, den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Schwellenländern (Süd-Süd-Handel), die Stärkung der Position in multilateralen Foren und auf den globalen Gerechtigkeitsdiskurs. (Vgl. Joerissen/Steinhilber 2010: 26)

Auf regionaler Ebene versucht sich Brasilien als politischer Akteur zu etablieren. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Region an Wichtigkeit verloren, denn der Süd-Süd-Handel wird vor allem mit anderen Schwellenländern der Welt forciert. Somit geriet auch der MERCOSUR ins Stocken. Anstatt ökonomische Zugeständnisse zu machen und somit Bereitschaft zur Vertiefung des Projekts zu zeigen, setzt Brasilien auf Souveränität, Erweiterung und politische Einbindung in Form der UNASUR. (Vgl. Joerissen/Steinhilber 2010: 31)

Mit der Überhäufung der Region mit zahlreichen Initiativen untermauert Brasilien seine Führungsrolle auf dem Sub-Kontinent. Gleichzeitig wird der Verdacht eines „*brasilianischen Imperialismus*“ (Joerissen/Steinhilber 2010: 32) immer lauter. Mit seiner Strategie der „*Autonomie durch Diversifizierung*“ (Joerissen/Steinhilber 2010: 27) konnte sich Brasilien auf internationaler Ebene profilieren und an politischem Gewicht gewinnen. Gleichzeitig stößt es aber mit seinem politischen Multilateralismus in der Region auf Widerstand. Denn die nationalen Interessen,

welche auf den internationalen Foren vertreten werden, stehen oft in Widerspruch zu den regionalen Positionen. Brasilien versucht „*zugleich Teil des Clubs der Reichen, Partner der Schwellenländer, Sprecher Südamerikas und Anwalt des globalen Südens zu sein und tut sich zunehmend schwer, diese unterschiedlichen Rollen miteinander zu verbinden.*“ (Joerissen/Steinhilber 2010: 22)

8.5.3. Institutionelle und operative Probleme

Wie auch bereits in Punkt 7.9. ausführlich erörtert, gibt es auch auf der politisch-operativen Ebene des MERCOSUR einige Faktoren, die den weiteren Integrationsprozess hemmen. Hier möchte ich nochmals die entscheidenden Aspekte anführen:

- Der MERCOSUR ist eine typische *top down integration*, d.h. sie wird von den Präsidenten der Mitgliedsländer gelenkt. Das Funktionieren oder Scheitern des Integrationsprozesses ist somit vom Willen der amtierenden Präsidenten abhängig. Im Falle des MERCOSUR ist dieser Zustand deshalb so prekär, da die Vertiefung der Integration in erster Linie von Brasilien, also vom Willen des brasilianischen Präsidenten, abhängt (siehe Erläuterungen zuvor). Diese stark präsidential geleitete Integration ist somit zyklischen (Amtsperioden) Schwankungen ausgesetzt, die für einen stabilen Prozess wenig fördernd sind und sowohl für die Mitglieder als auch für andere internationale Handelspartner als wenig vertrauenswürdig und sicher scheint.
- Das Fehlen eines Gemeinschaftsrechts ist ein weiterer Faktor, der eine Vertiefung des Projekts verhindert. Im MERCOSUR werden Normen noch immer nach dem Konsensprinzip entschieden und auf Mehrheitsbeschlüsse gänzlich verzichtet. Die Normumsetzung ist weiterhin an die Zustimmung der nationalen Parlamente gebunden, d.h. nationales Recht steht über Gemeinschaftsrecht. Obwohl Paraguay und Argentinien ihre Verfassungen zu Gunsten des internationalen Rechts überarbeitet haben, gab es in Uruguay und Brasilien bis dato keine Verfassungsreform hinsichtlich einer Begünstigung des Gemeinschaftsrechts. „*Nach Angaben des Verwaltungssekretariats des MERCOSUR in Montevideo sind mehr als die Hälfte der Beschlüsse im*

Integrationsverbund nicht in nationales Recht umgesetzt worden.“ (Gratius 2003: 34)

Da im MERCOSUR kein Gemeinschaftsrecht gilt, gibt es auch keine Rechtssicherheit, die wiederum für die internationalen Handelspartner (wie z.B. die EU) essenziell für erfolgreiche Verhandlungen sind.

- Ein ebenso gewichtiges Problem besteht in den herrschenden Asymmetrien zwischen den Partnern. Den kleineren Ökonomien Paraguay und Uruguay droht eine Marginalisierung innerhalb des MERCOSUR. *„Angesichts mangelnder Zugeständnisse der größeren Partner und aufgrund der ausbleibenden Integrationsgewinne liebäugelten Uruguay und Paraguay mit der Aushandlung individueller Freihandelsabkommen mit den USA.“* (Bechle 2011: 5) Auch die immer wieder auftretenden Konflikte zwischen den Mitgliedsstaaten versetzen den MERCOSUR nicht gerade in eine Aufbruchsstimmung. So stritten sich Argentinien und Uruguay seit 2005 um den Bau von Zellulosefabriken, welcher erst 2010 durch ein Urteil des Internationalen Gerichtshof beigelegt werden konnte. Außerdem konnten Argentinien und Brasilien bis heute nicht ihre Handelskonflikte aus dem Weg räumen. Ein weiterer Streitpunkt ist die Einbindung Venezuelas in das Projekt (Vgl. Bechle: 5).

Die herrschenden Asymmetrien waren bis 2007 auch im Parlament deutlich erkennbar. (Vgl. Porcelli 2010: 95f) Die Größe der nationalen Delegationen im Parlament wurde bis dahin vom Paritätsprinzip bestimmt. Seit 2007 richtet sich die Anzahl der Delegierten nach der Bevölkerungsgröße, wobei den kleineren Mitgliedern ein Vorteil eingeräumt wurde.

Tabelle 2: Verteilung der Sitze im MERCOSUR-Parlament

Bevölkerung	Sitze
Bis 15 Mio. Einwohner	18
+ 15 Mio. – 40 Mio. Einwohner	18+1 zusätzlich/1 Mio. Einw.
+ 40 Mio. – 80 Mio. Einwohner	18+25+1 zusätzlich/ 2,5 Mio. Einw.
+ 80 Mio.- 120 Mio. Einwohner	18+25+16+1 zusätzlich/5 Mio. Einw.
+ 120 Mio. Einwohner	18+25+16+8+1 zusätzlich/10 Mio. Einw.

Quelle: Porcelli, Emanuel 2010: El Parlamento del MERCOSUR como representante de demandas locales: El caso del FOCEM Seite 95

Aufgrund dieser Aufteilung ergeben sich für Paraguay und Uruguay 18 Sitze, 43 für Argentinien und 75 für Brasilien. In Zukunft sollen die Parlamentarier direkt gewählt werden. Paraguay ist im Moment das einzige Land, dessen Abgeordneten im Parlament direkt vom Volk gewählt wurden. Brasilien will seine Delegierten spätestens 2012 direkt wählen und Argentinien bereits noch 2011. (www.parlamentodelmercosur.org)

- Um vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedern in den Griff zu bekommen, wurden Fonds zur strukturellen Angleichung im MERCOSUR (FOCEM – Fondos de Convergencia Estructural del MERCOSUR) eingerichtet. Die FOCEM sollen „*el primer instrumento financiero del bloque con el objetivo de contribuir a la reducción de las asimetrías*“²⁸ (Porcelli 2010: 97) sein. Innerhalb der Fonds gibt es vier Hauptprogramme:
 1. Strukturelle Angleichung
 2. Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit
 3. Soziale Kohäsion
 4. Stärkung der institutionellen Struktur und des Integrationsprozesses

Bis Mitte 2009 wurden insgesamt 23 Projekte im Zuge des FOCEM ins Leben gerufen, von denen 13 in Paraguay, 6 in Uruguay, 3 im MERCOSUR-Sekretariat und eines transnational angelegt wurden. Obwohl schon einige Projekte im Sinne der Angleichung realisiert werden konnten, muss man

²⁸Primäres Finanzierungsinstrument des Blocks um die Reduktion der Asymmetrien voranzutreiben

erkennen, dass die finanziellen Mittel des FOCEM sehr begrenzt sind. Zur Zeit stehen 100 Mio. US-Dollar für die Programme zur Verfügung. Die Aufbringung und Verteilung der finanziellen Mittel des Fonds sind wie folgt verteilt:

Tabelle 3: Finanzierungsbeiträge der Mitgliedsstaaten

	Beiträge	Verteilung
Brasilien	70 %	10 %
Argentinien	27 %	10 %
Uruguay	2 %	32 %
Paraguay	1 %	48 %

Quelle: Porcelli 2010: 98

Ein repräsentatives Parlament könnte ein wichtiger Schritt in Richtung profunder Institutionalisierung sein. Gleichzeitig könnte es den MERCOSUR sowohl bei den Mitgliedern als auch auf der Welt wieder in den Vordergrund der politischen und wirtschaftlichen Debatte führen. Dazu muss das *PM* allerdings noch einige Schritte unternehmen. Wichtigste Aufgabe ist es, das Vertrauen der Bevölkerung des MERCOSUR zu gewinnen, um somit den sozialen Anliegen politisch Folge leisten zu können. Nur ein qualitativer Umbruch hinsichtlich sozialer Entwicklung und Gleichberechtigung kann eine regionale Vertiefung garantieren.

8.5.4. UNASUR und ALBA als Konkurrenz?

Beide Regionalorganisationen sind aufgrund des Umbruchs auf dem Subkontinent entstanden und somit Ausdruck des sog. *regionalismo post-liberal*. Beide Bündnisse stellen den politischen vor den wirtschaftlichen Dialog. Gleichberechtigung und soziale Kohäsion sind die wichtigsten Ziele der Organisationen. Somit stehen sie im Gegensatz zur rein wirtschaftlichen Ausrichtung des MERCOSUR. Jedoch ist auch der MERCOSUR vom Wandel erfasst worden und versucht, mit der Gründung des Parlaments die politische Dimension des Blocks zu vertiefen. Der „Konsens von Buenos Aires“, der 2003 von den Präsidenten Lula und Kirchner beschlossen wurde, folgt dem Prinzip des *regionalismo post-liberal*. *„Demnach ist der Mercosur nicht nur ein Wirtschaftsblock, sondern ein Raum geteilter Werte und Traditionen. Seine*

Vertiefung und Erweiterung soll entscheidend dazu beitragen, die Handlungsfreiheit seiner Mitglieder gegenüber den Ländern des Nordens zu erhöhen und die eigene Stimme in multilateralen Foren zu stärken.“ (Bechle 2011: 6) Somit lautet das Ziel auch für den MERCOSUR Wachstum durch soziale Kohäsion und Gerechtigkeit.

Grundsätzlich kann man daher die UNASUR und die ALBA nicht als Konkurrenz zum MERCOSUR sehen, sondern eher als Antwort auf die veränderten politischen Verhältnisse auf dem Sub-Kontinent. Beide Regionalorganisationen müssen sich allerdings in Zukunft noch beweisen. Obwohl sie bis heute schon Achtungserfolge erzielen konnten, hat die Zusammenarbeit in beiden Projekten ein hohes Konfliktpotenzial aufgrund ideologischer und nationaler Differenzen. So klaffen in der UNASUR, die den gesamten Sub-Kontinent umfasst, vor allem ideologische Gegensätze aufeinander, wie die Krise um die Errichtung US-amerikanischer Militärbasen in Kolumbien zeigt, die es gilt zu überwinden. Auch der hohe Grad an nationalen Konflikten zwischen den Mitgliedern ist ein grundlegendes Problem des Bündnisses. Vor allem der Machtkampf zwischen Brasilien und Venezuela um die Vorherrschaft in der Region hemmt immer wieder die Zusammenarbeit in der UNASUR. Trotzdem gilt die UNASUR *„como el proyecto regional más relevante y viable en el espacio sudamericano, y como verdadero „caso de prueba“ del „regionalismo postliberal“.*²⁹ (Sanahuja 2010: 506)

Im Falle der ALBA birgt vor allem die Einbindung der zumeist unter US-amerikanischem Einfluss stehenden karibischen und zentralamerikanischen Staaten ein gewisses Maß an Konfliktpotenzial. Denn die meisten dieser Länder haben gleichzeitig Freihandelsabkommen mit den USA abgeschlossen und stehen somit im direkten Widerspruch zur anti-imperialistischen Rhetorik der ALBA, die sich als Gegenpol zur US-Hegemonie sieht.

Obwohl der MERCOSUR seit der Gründung der UNASUR und der ALBA in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund getreten ist, hat er dennoch nicht an Relevanz verloren. Die Völkerrechtspersönlichkeit der UNASUR hat auch auf den MERCOSUR keine unmittelbaren Auswirkungen, denn so werden unter dem

²⁹ Die UNASUR gilt als das wichtigste und lebensfähigste regionale Projekt am südamerikanischen Kontinent und als wahrer Test für den Regionalismus post-liberal.

Deckmantel der UNASUR hauptsächlich Verträge und Abkommen auf gesellschaftspolitischer und sicherheitspolitischer Ebene abgeschlossen, wo hingegen der MERCOSUR vor allem Abkommen mit anderen Staaten auf wirtschaftlicher Basis abschließt. Obwohl das Bündnis seit Jahren mehr oder weniger im Stillstand verharret, ist der MERCOSUR trotzdem noch immer das erfolgreichste Integrationsprojekt auf dem südamerikanischen Kontinent. Außerdem wird er von Brasilien als Herzstück integrativer Politik gesehen. „(...) *en el proyecto regionalista brasileño para América del Sur es el considerar al Mercosur como su „núcleo duro“.*“³⁰ (Briceño Ruiz 2010: 108)

8.5.5. Fragmentation regionaler Integration

Seit Ende des 20. Jhdts. sieht sich die regionale Integration auf dem Sub-Kontinent in der Krise. Diese Krise betrifft unter anderem auch den MERCOSUR. Vor dem Hintergrund des Scheiterns des *regionalismo abierto* und der daraus folgenden wirtschaftlichen Notlage (Absturz des intra-regionalen Handels) traten die Nord-Süd Abkommen als extra-regionale Option wieder auf den Plan. Weiters wurde die vermehrte Partizipation an globalen Handels- und Politikforen durch das neu gewonnen Selbstbewusstsein gegenüber dem früheren Hegemon USA noch gefördert. „*Se participa simultáneamente en negociaciones comerciales multilaterales, plurilaterales y bilaterales (...)*“³¹ (Sanahuja 2010: 474). Dieser *regionalismo disperso* eröffnete neue Möglichkeiten sich wirtschaftlich und politisch neu zu positionieren, er birgt allerdings auch einen hohen Grad an Ungewissheit, vor allem für die regionalen Integrationsprojekte. Denn die Nord-Süd Abkommen sind mit den regionalen Integrationsbündnissen des Sub-Kontinents nicht vereinbar.

Die USA und die EU sind Hauptakteure im voranschreitenden Fragmentationsprozess am Sub-Kontinent. Seit Beginn des 21. Jhdts. lässt sich ein beachtlicher Zuwachs im Abschluss von Nord-Süd Abkommen (TLC und Assoziierungsabkommen) verzeichnen. So z.B. haben die USA in Form der TLC bilaterale und subregionale Verträge mit der CAFTA-RD, Peru und Chile

³⁰ Der MERCOSUR ist der „harte Kern“ des brasilianischen Regionalprojekts in Südamerika.

³¹ Sie verhandeln gleichzeitig auf multilateraler, plurilateraler und bilateraler Ebene.

abgeschlossen. Brasilien ist strategischer Partner der USA. Auch die EU verhandeln und unterzeichnen immer mehr Abkommen auf bilateralem Wege, da die Verhandlung auf intra-regionaler Seite sehr schleppend voran gehen (siehe MECOSUR). Gründe für eine gestiegene Nord-Süd-Kooperation sind unter anderem der garantierte Zugang zum US-amerikanischen und europäischen Markt, eine höhere Sicherheit im Bezug auf den freien Handel im Gegensatz zur Süd-Süd-Kooperation und eine bessere rechtliche Sicherheit gegenüber Investoren (Vgl. Sanahuja 2010: 475f).

Selbst auf dem Sub-Kontinent werden immer wieder neue Integrationsprojekte ins Leben gerufen, wie eben die ALBA oder auch die UNASUR. Aufgrund der Überschneidung einiger Mitgliedschaften in mehreren Kooperationsbündnissen ist es schwer die bestehenden Projekte zu konsolidieren. „Este „regionalismo disperso“ debilita la cohesión interna de la integración.“³² (Sanahuja 2010: 474)

8.5.6. Beziehungen zur EU

Der MERCOSUR war das erste Regionalbündnis Lateinamerikas, mit denen die EU über einen Abbau von Handelsbarrieren verhandelte. 1995 wurde bereits ein lockeres Rahmenabkommen zwischen den beiden Regionalblöcken abgeschlossen. 1999 wurde mit Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen begonnen, die jedoch aufgrund unüberbrückbarer Differenzen auf dem Gebiet der Agrarsubventionen 2004 ausgesetzt wurden. Erst beim letzten Gipfeltreffen der EU- und LAC-Staaten (Lateinamerika und Karibik) im Mai 2010 in Madrid wurden die Gespräche wieder aufgenommen. Doch obwohl die Verhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR wieder ins Laufen gebracht wurden, sprachen sich Vertreter einiger EU-Länder (darunter auch Österreich) auf einem parallelen Treffen der europäischen Agrarminister gegen eine Wiederaufnahme der Gespräche aus. Der große Widerstand der Agrarlobby begründet sich auf dem Schutz der heimischen (europäischen) Landwirtschaft gegenüber Billigimporten aus Lateinamerika. Der europäische Agrarprotektionismus und die Handelsbarrieren des MERCOSUR im Dienstleistungs- und Industriesektor verhinderten auch bei diesem Gipfel ein Vorankommen in den Verhandlungen zu

³² Dieser „zerstreute Regionalismus“ schwächt die Vertiefung der Integration.

einem Assoziierungsabkommen. Außerdem belasten die internen Konflikte der Mitglieder des MERCOSUR die intra-regionalen Verhandlungen. (Vgl. Bechle 2010: 2-3)

Aber nicht nur die Konflikte in den direkten Beziehungen zwischen dem MERCOSUR und der EU nehmen negativen Einfluss auf die Vertiefung des Integrationsprozesses, sondern auch auf die Beziehungen zwischen der EU und den LAC-Staaten im Allgemeinen. Sie sehen sich mit einer geänderten Situation in beiden Regionen konfrontiert. Europa hat durch die Finanzkrise stark an relativer Macht verloren und Lateinamerika befindet sich im Gegensatz dazu in einer Aufbruchsstimmung, die ein starkes Wachstum sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer und sozialer Hinsicht zur Folge hat. *„Das bislang bestimmende Nord-Süd-Schema der Asymmetrien, das Lamentum, Europa habe kein Interesse an Lateinamerika, und der Vorwurf des europäischen Paternalismus in den Beziehungen verlieren an Gültigkeit.“* (Gratius 2009: 80) Die EU befindet sich in einer Krise und Lateinamerika im Wachstum, dieser Status Quo verhilft den lateinamerikanischen Staaten zu einer Neupositionierung in den Verhandlungen. Obwohl der Süd-Süd-Handel extrem forciert wird, können und wollen die Länder der Region nicht auf Abkommen mit den Industrieländern verzichten, jedoch werden Verträge nicht mehr um jeden Preis abgeschlossen.

Weiters kann man in den Beziehungen zwischen der EU und den LAC-Staaten auch eine voranschreitende Fragmentierung feststellen. Aufgrund der verhärteten Positionen in den EU-MERCOSUR-Verhandlungen und der Vielzahl an anderen Integrationsprojekten auf dem Kontinent (UNASUR, ALBA, CAN, MCCE) sucht die EU ihre Partner immer mehr auf dem bilateralen Weg. *„Entgegen der europäischen Rhetorik des Interregionalismus findet die eigentliche Kooperation mit Lateinamerika mit den aus europäischer Perspektive bedeutendsten Ländern statt.“* (Gratius 2009: 84) So wurden bereits bilaterale Freihandelsabkommen mit Mexiko (2000) und Chile (2002) sowie eine strategische Partnerschaft mit Brasilien (2007) und Mexiko (2008) abgeschlossen. Der Trend zur Fragmentierung in den interregionalen Beziehungen stellt somit auch eine Gefahr für die Verhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR dar.

Auch die internen Probleme der EU sind Störfaktoren für eine funktionierende Kooperation. Die EU hat seit Jahren mit einem stagnierenden Integrationsprozess zu kämpfen. Auch die Wirtschaft ist ins Stocken geraten, eine gemeinsame Sozialpolitik im Zuge der Finanzkrise ins Abseits gestellt worden. Den Tiefpunkt erreichte die EU mit der Ablehnung des Vertrags von Lissabon, der eine gemeinsame europäische Verfassung vorsah.

Die EU ist zwar weiterhin wichtigster Investor in Lateinamerika, im Handelsbereich muss sie sich jedoch mit Platz drei zufrieden geben. Die Zukunft der EU – LAC-Beziehungen liegt im Bilateralismus. *„Das dominante Beziehungsmuster zwischen Europa und Lateinamerika ist nicht inter-regional, sondern bilateral.“* (Gratius 2009: 83) Aus Sicht des MERCOSUR sieht die Situation jedoch ganz anders aus, denn 2010 war die EU mit 20,6% der Exporte und 20% der Importe der größte Handelspartner des Integrationsraumes (Vgl. European Commission Trade Statistics – Bilateral regions 2010³³).

³³ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113488.pdf

9. Conclusio

Der MERCOSUR war in den 1990er Jahren das Vorzeigemodell regionaler Integration in Lateinamerika. Aufgrund der massiven Fortschritte in seinen Anfangsjahren wurde dem Bündnis eine verheißungsvolle Zukunft vorhergesagt. Doch die anfängliche Euphorie schwankte gegen Ende des 20. Jhdts. aufgrund der Krise in Brasilien und Argentinien in Ernüchterung um. Aufgrund des enorm schwachen Institutionalierungsgrades des Integrationsverbundes konnte nicht angemessen auf die Krise reagiert werden. Mit der brasilianischen Finanzkrise und dem argentinischen Staatsbankrott verlor der MERCOSUR das Vertrauen der Bevölkerung und auch das der regionalen und internationalen Verhandlungspartner.

Erst durch die Probleme der beiden wichtigsten Partner des Bündnisses kamen die eigentlichen Schwierigkeiten des MERCOSUR zum Vorschein. *„El Mercosur está atravesando una crisis de doble dimensión.“* (Llenderrozas 2009: 62) Zum einen wurde das Vertrauen der Mitglieder zueinander aufgrund der herrschenden Asymmetrien und der nationalen Konflikte stark in Mitleidenschaft gezogen. Zum anderen erfährt der MERCOSUR eine Identitätskrise. Infolge einer fehlenden gemeinsamen Strategie ist die Zukunft des MERCOSUR nicht definiert und somit unklar.

Eine gemeinsame Strategie zu formulieren, ist für die Mitgliedsstaaten deshalb so schwierig, da nationale Interessen immer noch über den gemeinschaftlichen Belangen Vorrang haben. Solange sich die Mitglieder nicht dazu bereit erklären, Einschnitte in ihre nationale Souveränität zu gewähren, wird es aufgrund politischer Differenzen sowie historischen Konflikten innerhalb des Bündnisses keine genaue Definierung einer Strategie geben. *„Durch seine schwache institutionelle und vertragliche Basis ist die Entwicklung des MERCOSUR fast ausschließlich vom politischen Willen der jeweiligen Regierungen abhängig.“* (Gratius 2003: 36) Infolge der minimalistischen Institutionalierung und der Absenz einer gemeinsamen Strategie, ist eine Konsolidierung des Bündnisses von der Bereitschaft der jeweiligen Präsidenten der Mitglieder abhängig.

Die Steuerung des Integrationsprozesses durch die Präsidenten der Mitgliedsstaaten ist auf die schwache Stellung transnationaler Akteure, auf eine geringe Interdependenz und auf die intergouvernementale institutionelle Struktur zurück zu führen. *„In this context, demand for and supply of further integration only emerged from the national chief executives, and even this was sporadic.“* (Malamud 2008: 130) Die Konsequenz der präsidential geleiteten Kooperation ist das Fehlen von „spill-over“ Effekten, die eine Vertiefung der Integration bewerkstelligen würden. *„(...) as the negotiation over different positions has had no higher and, thus far, more suitable channel than the inter-presidential one, the operation and inner dynamics of Mercosur are not expected to change in the foreseeable future.“* (Malamud 2003: 69) Fazit ist, dass kein gemeinsamer politischer Wille seitens der wichtigen politischen und gesellschaftlichen Gruppen existiert den MERCOSUR weiter zu konsolidieren. In diesem Bezug wäre eine Reflexion des Projekts in seinen Grundüberlegungen notwendig, um den herrschenden Interpräsidentialismus zu überwinden um somit neue Wege zu öffnen, durch eine Kombination aus Intergouvernementalismus und Supranationalität die Kooperation zu vertiefen. *„(...) lo que se comienza a discutir sea la necesidad de un nuevo MERCOSUR que trascienda el interpresidencialismo extremo como pauta institucional excluyente, y que incorpore el tema de la evolución (...) hacia una tensión más equilibrada entre intergubernamentalismo y supranacionalidad, (...)“* (Caetano 2010: 23).

Im MERCOSUR hat vor allem Brasilien als Hauptmotor des Projekts einen beträchtlichen Einfluss auf die Vertiefung des Projekts. Obwohl der MERCOSUR für Brasilien der Kern regionaler Integration darstellt und ihn und die UNASUR als *„(...)un instrumento fundamental para lograr una mejor negociación con otros bloques económico-comerciales(...)“*³⁴ (Serbin 2010: 11) sieht, lässt Brasilien sowohl den MERCOSUR als auch die UNASUR *„im Zustand latenter Institutionalisierung“* (Flemes 2009: 1). Somit stellt sich die Frage, ob Brasilien *„überhaupt eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Regionalintegration anstrebt.“* (Flemes 2010: 7) Denn ohne einen funktionierenden institutionellen Überbau ist es unmöglich, die herrschenden Asymmetrien zu überwinden und somit auch die kleineren Partner von der Wichtigkeit des Bündnisses und dessen

³⁴ Der MERCOSUR und die UNASUR werden von Brasilien als fundamentales Instrument zur Verbesserung der Verhandlungsposition mit anderen Wirtschaftsblöcken gesehen.

Konsolidierung zu überzeugen. *„Der MERCOSUR braucht wohl konzisere Politikansätze und solide gemeinschaftliche Institutionen, die mit Kompetenzen ausgestattet sind, um die Asymmetrien allmählich zu überwinden und einen Ausgleich zwischen den großen und kleinen Mitgliedern herzustellen.“* (Hofmeister 2007: 7) Doch zur Zeit sieht es nicht danach aus, als wolle Brasilien an dem Zustand etwas ändern und somit bleibt Brasilien Ansprechpartner für alle internationalen Verhandlungspartner.

Neben den endogenen sind auch exogene Faktoren für die hemmende Konsolidierung des MERCOSUR verantwortlich. Seit Beginn der neuen Ära des *regionalismo post-liberal* sieht sich der Sub-Kontinent vor einer voranschreitenden Fragmentierung im Bereich der regionalen Integration. Immer mehr Regionalorganisationen treten auf den Plan. Anstatt den MERCOSUR aus dem Zustand des Stillstands zu führen und sich auf die Vertiefung zu konzentrieren, werden neue Integrationsprojekte in Angriff genommen. Dadurch wird die Zukunft des MERCOSUR stets ungewisser und die Mitglieder versuchen, immer mehr auf bilateralem Wege Abkommen zur wirtschaftlichen Besserung zu unterzeichnen. Die EU versucht, aufgrund der unüberbrückbaren Differenzen vor allem auf dem Gebiet der Agrarsubventionen zwischen ihr und dem MERCOSUR bilaterale Verträge abzuschließen. Auch die USA beschreiten nach dem Scheitern der ALCA diesen Weg, so ist z.B. auch Brasilien strategischer Partner der USA. *„Así, el escenario previsible en América del Sur es el de fragmentación y consolidación de estrategias diferenciadas de inserción internacional.“*³⁵ (Llenderozas 2009: 80)

Die Zukunft des MERCOSUR liegt für mich auf regionaler Ebene. Obwohl einige Anstrengungen zur Erweiterung gemacht wurden, sind die Differenzen innerhalb des Bündnisses noch zu groß und somit eine Erweiterung meiner Ansicht nach nicht sinnvoll. Die Generierung neuer Mitglieder auf dem Sub-Kontinent gestaltet sich insofern auch schwierig, da viele Staaten wie z.B. Chile und auch Kolumbien bilaterale Abkommen mit den USA und mit der EU haben und diese Tatsache ist mit den Statuten des MERCOSUR unvereinbar. In Bezug auf Venezuela bleibt abzuwarten wann der Beitritt vom paraguayischen Parlament ratifiziert und welche Folgen die Mitgliedschaft für den MERCOSUR haben wird. Die

³⁵ Die Fragmentation und die Konsolidierung verschiedener Strategien auf dem Gebiet der internationalen Einfügung sind die absehbaren Szenarien in Lateinamerika.

ideologische Ausrichtung und Rhetorik der Politik von Hugo Chávez lässt allerdings nichts Gutes erahnen, denn obwohl der MERCOSUR in Zeiten des *regionalismo post-liberal* seinen politischen Diskurs voran treiben möchte, kann das Bündnis auf eine massive Politisierung des Blocks gerne verzichten. Die Zusammenarbeit von Venezuela vor allem mit Brasilien innerhalb der UNASUR wird weiters zeigen, inwieweit beide Staaten fähig sind zu kooperieren und Kompromisse zum „Wohle“ der Gemeinschaft einzugehen.

Solange auch die Unterschiede zwischen den jetzigen Partnern nicht behoben werden können, ist eine weitere Konsolidierung nicht möglich. Die verschiedenen nationalen Interessen und die Absage an eine übergeordnete supranationale Organisation verhindern ein gemeinsames Auftreten über die wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten hinaus. Aufgrund der historischen Verankerung des Souveränitätsprinzips und die Gestaltung des Integrationsprozesses unter dem Deckmantel des Inter-Präsidentalismus gestaltet sich eine politische Vertiefung sehr schwierig. Angesichts der Verifizierung meiner Hypothesen bin ich überzeugt, dass sich der Wirkungsbereich des MERCOSUR nicht über die Region hinaus erstrecken wird. Obwohl auch auf politischer Ebene einige Anstrengungen gemacht wurden und noch immer gemacht werden bleibt der MERCOSUR vorerst ein Wirtschaftsblock.

10. Literaturverzeichnis

Álvarez Valdés, Rodrigo (2009): UNASUR: desde la perspectiva subregional a la regional. Serie Documentos Electrónicos N°6 octubre 2009. FLACSO Chile.

www.flacso.cl/home/images/publicaciones/unasur.pdf 12.01.11

Andrioli, Antonio Inácio/Schmalz, Stefan (2007): Brasilien: politische Wende oder Fortsetzung neoliberaler Politik? In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Promedia-Verlag, Wien. S. 192 – 212.

Bellers, Jürgen/Häckel, Erwin (1990): Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen. In: Rittberger, Volker (Hrsg.) (1990): Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Bernecker, Walther L. (2007): Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas in der Neuzeit. In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Promedia-Verlag, Wien. S. 45–65.

Bermedo, Hernán Gutierrez/Wolff, Manfred Wilhelmy von (1993): Konzepte regionaler Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. In: Mols, Manfred/Wolff, Manfred Wilhelmy von/Gutierrez, Hernan (1993): Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Lit-Verlag, Münster, Hamburg. S. 153 – 205

Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen. VSA Verlag, Hamburg.

Boris, Dieter (2007): Vom temporären Hegemonieverlust zum stabilen „Normal-Kapitalismus“? In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Promedia-Verlag, Wien. S. 136 – 162.

Briseño Ruiz, José (2010): La UNASUR ¿Continuum o nuevo inicio del regionalismo sudamericano? In: Anuario de la Integración regional de América Latina y el Caribe N°8 2010. Coordinadora Regional de Investigaciones Económicas y Sociales CRIES, Buenos Aires. S 94 – 122.

<http://www.cries.org/wp-content/uploads/2010/09/completo.pdf> 10.04.11

Caetano, Gerardo (Hrsg.) (2010): Mercosur 20 años. Centro de Formación para la Integración Regional CEFIR, Montevideo.

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07904.pdf> 30.05.11

Coelho, Pedro Mota Pinto (2000): Breves reflexiones sobre el proceso de integración en el MERCOSUR. In: Recondo, Gregorio (Hrsg.) (2000): MERCOSUR: Una historia común para la integración. Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales CARI, Buenos Aires. S. 225-232.

Derntl, Michaela (2008): ASEAN und MERCOSUR: Gemeinsamkeiten und Unterschiede einer regionalen Kooperation in Südostasien und Südamerika. Diplomarbeit, Universität Wien.

Dietrich, Wolfgang (1998): Periphere Integration und Frieden im Weltsystem: Ostafrika, Zentralamerika und Südostasien im Vergleich. Promedia-Verlag, Wien.

Dietrich, Wolfgang (1999): The scramble for the Americas. In: Bedel, Petra/Fischer, Thomas (1999): Wie erfolgreich ist der MERCOSUR? Verlag für Entwicklungspolitik Saarbrücken GmbH, Saarbrücken. S. 105 – 125

Dietrich, Wolfgang (2007): Von der Intervention zur Integration. Lateinamerika im Schatten der nordamerikanischen Hegemonialmacht und die politisch-militärische Rolle der USA im 20. Jahrhundert. In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Promedia-Verlag, Wien. S. 153-169

Emmes, Manfred/Mols, Manfred (1993): Integration, Kooperation und Konzertation in Lateinamerika. In: Mols, Manfred/Wolff, Manfred Wilhelmy von/Gutierrez, Hernan (1993): Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Lit-Verlag, Münster, Hamburg. S. 47 – 87.

Fischer, Thomas (1999): MERCOSUR – eine Zwischenbilanz. In: Bendel, Petra (Hrsg.): Wie erfolgreich ist der MERCOSUR? : das südamerikanische Bündnis aus interdisziplinärer Sicht. Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken. S. 11 – 29.

Frei, Daniel (1985): Integrationsprozesse: Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (1985): Die Identität Europas. Hanser, München, Wien. S. 113 – 131.

Geier, Claudia (2000): Regionalismus in Südamerika: eine integrationspolitischer Bestandsaufnahme des MERCOSUR unter Berücksichtigung der Implikationen des unionseuropäischen Integrationsmodells. Diplomarbeit, Leopold-Franzens-Universität, Innsbruck.

Görgl, Daniel (2008): Revolutionäres Modell ALBA?: Entstehungszusammenhang und Konzeption der „Bolivarianischen Alternative für Lateinamerika und die Karibik“. Diplomarbeit, Universität Wien.

Gratius, Susanne (1996): MERCOSUR: ein aufsteigender Markt im Süden der USA. Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn.

<http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00394toc.htm> 13.5.09

Haber, Helga (2005): MERCOSUR – Kosten und Nutzen Regionaler Integration zwischen Entwicklungsländern. Diplomarbeit, Universität Wien.

Hausberger, Bernd (2007): Die Teile und das Ganze. Entwürfe kontinentaler Identität und transnationaler Integration in und für Lateinamerika von Simón Bolívar bis George W. Bush. In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Promedia-Verlag, Wien. S. 131-152.

Holtmann, Everhard Dr. (2000): Politik Lexikon. R. Oldenbourg Verlag, München, Wien.

Hummer, Waldemar (2006): Neuerungen im lateinamerikanischen und karibischen Integrationsrecht. In: Brun-Otto, Bryde/Kunig, Philip/Hernekamp, Karl-Andreas (Hrsg.): Verfassung und Recht in Übersee. Law and Politics in Africa, Asia and Latin America. Hamburger Gesellschaft für Völkerrecht und Auswärtige Politik e.V. Hamburg. S. 66 – 98.

www.vrue.nomos.de/fileadmin/vrue/doc/IVZ_VRUE_06_01.pdf 23.05.11

Junker, Detlef/Nohlen, Dieter/Sagmeister, Hartmut (Hrsg.) (1994): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts. Beck; München.

Klaveren, Alberto van (1992): Why integration now? Options for Latin America. In: Smith, Peter H. (Hrsg.) (1993): The challenge of integration: Europe and the Americas. North South Center Press, University of Miami. S. 115 – 141.

Llenderozas, Elsa (2009): ¿Integración o fragmentación? Política, seguridad, energía y comercio en la región sudamericana. In: Pinto, Julio (Hrsg.) (2009): Entre la integración y la fragmentación regional. El desafío político de nuestro tiempo. Eudeba, Buenos Aires. S. 61 – 81.

Malamud, Andrés (2000): Mercosur: From `delegative democracies` to `delegative integration`? Social and Political Science Department, European University Institute. Florenz.

<http://lasa.international.pitt.edu/Lasa2000/Malamud.pdf> 19.01.10

Malamud, Andrés (2001): Spillover in European and South American integration. An assessment. Social and Political Science Department, European University Institute. Florenz.

<http://lasa.international.pitt.edu/Lasa2001/malamudAndres.pdf> 19.01.10

Malamud, Andrés (2003): Presidentialism and Mercosur: A hidden cause for a successful experience. In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2003): Comparative regional integration: Theoretical perspectives. Aldershot, Ashgate. S. 53 – 73.

[www.eui.eu/Personal/Reseachers/malamud/Presidentialism_and_Mercosur_\(Laursen_book\).pdf](http://www.eui.eu/Personal/Reseachers/malamud/Presidentialism_and_Mercosur_(Laursen_book).pdf) 19.01.10

Malamud, Andrés (2008): The internal agenda of Mercosur: interdependence, leadership and institutionalization. In: Jaramillo, Grace (2008): Los nuevos enfoques de la integración: más allá del regionalismo. FLACSO Chile, Quito. S. 115 – 135.

www.flacsoandes.org/web/imagesFTP/1215192326.The_internal_agenda_of_Mercosur_por_Andres_Malamud.pdf 10.05.11

Malamud, Andrés/Castro, Pablo (2009): El regionalismo, entre el Estado-Nación y la gobernanza global: una visión crítica. In: Pinto, Julio (Hrsg.) (2009): Entre la integración y la fragmentación regional. El desafío político de nuestro tiempo. Eudeba, Buenos Aires. S. 41 – 60.

Melchior, Josef (2006): Der europäische Integrationsprozess und die EU. Vorlesung SS 2006, Universität Wien.

Methol Ferré, Alberto (2000): Significado del Mercosur en el contexto internacional y latinoamericano. In: Recondo, Gregorio (Hrsg.) (2000): MERCOSUR: Una historia común para la integración. Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales CARI, Buenos Aires. S. 215 – 223.

Mols, Manfred (1993a): Zur Genese und Begründungslogik des modernen, internationalen Regionalismus in Lateinamerika und Südostasien. In: Mols, Manfred/Wolff, Manfred Wilhelmy von/Gutierrez, Hernan (1993): Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Lit-Verlag, Münster, Hamburg. S. 1 – 46.

Mols, Manfred (1993b): The integration agenda: a framework for comparison. In: Smith, Peter H. (Hrsg.) (1993): The challenge of integration: Europe and the Americas. North South Center Press, University of Miami. S. 51 – 71.

Müller, Bea (2007): Die „bolivarische Revolution“ auf der Suche nach einem kohärenten Projekt: Venezuela. In: Bernecker, Walther L./Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans (Hrsg.) (2007): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Promedia-Verlag, Wien. S. 163 – 191.

Pohl, Thomas (2003): 10 Jahre MERCOSUR – eine Bilanz: Kosten und Nutzen regionaler Integration. Institut für Iberoamerika Kunde, Hamburg.

Porcelli, Emanuel (2010): El Parlamento del MERCOSUR como representante de demandas locales: El caso del FOCEM. Anuario de la Integración regional de América Latina y el Gran Caribe Nr. 8/2010. Coordinadora Regional de Investigaciones Económicas y Sociales CRIES, Buenos Aires. S. 93 – 102.

<http://www.cries.org/wp-content/uploads/2010/09/completo.pdf> 10.01.11

Recondo, Gregorio (2000): MERCOSUR. Una historia común para la integración. Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales CARI, Buenos Aires.

Sanahuja, José Antonio (2007a): From „Open Regionalism“ to the Union of South American Nations: Crisis and Change in Latin American Regional Integration. Vorlesung Relaciones Regionales y Procesos de Integración en América Latina 2007, Universidad Complutense, Madrid.

Sanahuja, José Antonio (2008): Del „regionalismo abierto“ als „regionalismo post-liberal“. Crisis y cambio en la integración regional en América Latina. In: Anuario de la integración regional de América Latina y el Caribe N°7 2008-2009. Coordinadora Regional de Investigaciones Económicas y Sociales CRIES, Buenos Aires. S. 11 – 54.

<http://www.cries.org/wp-content/uploads/2010/05/anuario-integracion-2008-2009.pdf> 13.9.10

Sanahuja, José Antonio (2010): Estrategias regionalistas en un mundo en cambio: América Latina y la integración regional. In: Arenal, Celestino del/Sanahuja, José Antonio (Hrsg.): América Latina y los Bicentenarios: una agenda de futuro. Fundación Carolina, Madrid. S. 451 – 523.

Schirm, Stefan (1996): Kooperation in den Amerikas. NAFTA, MERCOSUR und die Dynamiken regionaler Zusammenarbeit. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Schirm, Stefan (2002): Globale Märkte und regionale Kooperation in Lateinamerika: Zur Theorie und Perspektive der neuen Zusammenarbeit. In: Birle, Peter/Faust, Jörg/Maihold, Günther/Rüland, Jürgen (Hrsg.) (2002): Globalisierung und Regionalismus. Bewährungsproben für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika. Leske + Budrich, Opladen.

Schmalz, Stefan (2005): Südamerika zwischen regionaler Integration und imperialer Einflussnahme. Der Mercosur als Keimzelle eines neuen politischen Regionalblocks? In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Anne Tittor (Hrsg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? VSA-Verlag, Hamburg, S. 112-135.

Serbin, Andrés (2010): Regionalismo y soberanía nacional en América Latina: Los nuevos desafíos. Documentos de CRIES Nr. 15. Coordinadora Regional de Investigaciones Económicas y Sociales CRIES, Buenos Aires.

<http://www.cries.org/wp-content/uploads/2010/09/Documentos-15-web.pdf>

10.01.11

Smith, Peter H. (1993): The politics of integration: concepts and themes. In: Smith, Peter H. (Hrsg.) (1993): The challenge of integration: Europe and the Americas. North South Center Press, University of Miami.

Söderbaum, Fredrik (2003): Introduction: Theories of New Regionalism. In: Söderbaum, Fredrik (Hrsg.) (2003): Theories of new Regionalism. A Palgrave Reader. Palgrave Macmillan, Basingstoke. S. 1 – 21.

Urrutia, Edmundo González (2007): La incorporación de Venezuela al MERCOSUR: implicaciones políticas en el plano internacional. Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales ILDIS, Quito.

http://www.nuso.org/upload/fes_pub/MercosurEGonzalez.pdf 25.02.09

Veßel, Sophie (2006): Panamerikanische Integrationsansätze in den Amerikas: George Bush's Enterprise for the Americas und die gesamtamerikanische Freihandelszone FTAA/ALCA. Seminararbeit zum Seminar der Politikwissenschaft „Suprastaatliche Integration in Lateinamerika und die interkontinentale Kooperation mit Europa“. Prof. Wolfgang Dietrich SS 2006, Universität Wien.

Wehner, Ulrich (1999): Der Mercosur. Rechtsfragen und Funktionsfähigkeit eines neuartigen Integrationsprojektes und die Erfolgsaussichten der interregionalen Kooperation mit der Europäischen Union. Nomos-Verlags-GesmbH, Baden-Baden.

Whiting, Van R. Jr. (1993): The dynamics of regionalization: road map to an open future? In: Smith, Peter H. (Hrsg.) (1993): The challenge of integration: Europe and the Americas. North South Center Press, University of Miami.

ZEITSCHRIFTEN & WORKING PAPERS

INTAL Documentos de Trabajo und Documento de Divulgación:

<http://www.iadb.org/intal/pub>

Mercosur Report N° 13 (2007 – 2008). INTAL Publications, IDB-INTAL, Buenos Aires. 23.06.09

Mercosur Report N° 15 (2010). INTAL Publications, IDB-INTAL, Buenos Aires. 15.01.11.

Motta Veiga, Pedro da (2004): MERCOSUR: In search of a new agenda. MERCOSUR's institutionalization agenda: The challenge of a project in crisis. Working Paper-SITI-06E. IDB-INTAL, Buenos Aires. 18.11.09

Pena, Celina/Rozemberg, Ricardo (2005): Una aproximación al desarrollo institucional del MERCOSUR: sus fortalezas y debilidades. Documento de Divulgación 31. IDB-INTAL, Buenos Aires. 15.10.09.

INTAL: Revista Integración Latinoamericana

Ondarts, Guillermo (1992): La nueva integración. In: Revista Integración Latinoamericana 17, 175, S. 3-12. IDB-INTAL, Buenos Aires. 17.07.09
<http://www.iadb.org/intal/publicaciones.asp?idioma=esp&nivel=2>

Institut für Iberoamerika-Kunde ILAS Hamburg: Brennpunkt Lateinamerika

<http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=brennp00li.html&folder=ilas>

Gratius, Susanne (2001): Zehn Jahre MERCOSUR: Der Anfang vom Ende einer Erfolgsgeschichte? In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 04-01. ILAS, Hamburg. 08.09.09

Gratius, Susanne (2003): Neue Impulse für den MERCOSUR: Der Faktor „Lula“. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 04-03. ILAS, Hamburg. 08.09.09

Henkel, Knut (2003): ALCA und ihre Gegner – In Lateinamerika formiert sich ein soziales Bündnis gegen das Projekt der gesamtamerikanischen Freihandelszone. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 15-03. ILAS, Hamburg. 10.09.09

Ortega, Mauro Andrés Florentín (2003): Paraguay: erst „gebremst“, dann sozial explosiv. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 02-03. ILAS, Hamburg. 10.09.09

Sangmeister, Hartmut (1999): Der MERCOSUR in der Krise? Das Integrationsprojekt im südlichen Lateinamerika steht vor schwierigen Herausforderungen. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 09-99. ILAS, Hamburg. 11.09.09

Sangmeister, Hartmut (2003): „Amerika den Amerikanern“. Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA/FTAA) wird in Lateinamerika unterschiedlich beurteilt. Brennpunkt Lateinamerika Nr. 03-03. ILAS, Hamburg. 15.09.09

Sangmeister, Hartmut/Amaranta Melchor del Río (2003): Kommt eine ALCA light? Lateinamerikanische Vorbehalte lassen das Projekt einer panamerikanischen Freihandelszone schrumpfen. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 24-03. ILAS, Hamburg. 15.09.09

Schonebohm, Dieter (2004): Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken. In: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 21-04. ILAS, Hamburg. 15.09.09

Institut für Iberoamerika-Kunde ILAS Hamburg: GIGA Focus Lateinamerika

http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=gf_lateinamerika.html&folder=publikationen

Bechle, Karsten (2010): Der VI. Gipfel zwischen EU, Lateinamerika und der Karibik: strategische Partner im Wartestand? In: GIGA Focus Lateinamerika Nr. 5/2010. ILAS, Hamburg. 10.02.11

Bechle, Karsten (2011): Kein Auslaufmodell: 20 Jahre Mercosur. In: GIGA Focus Lateinamerika Nr. 13/2011. ILAS, Hamburg. 10.02.11

Flemes, Daniel (2009): Konkurrierender Regionalismus: Fünf Jahre UNASUR und ALBA. In: GIGA Focus Lateinamerika Nr. 12/2009. ILAS, Hamburg. 14.02.11

Lachi, Marcello/Otter, Thomas (2008): Fernando Lugo – politischer Wandel und Kontinuität in Paraguay. In: GIGA Focus Lateinamerika Nr. 06/2008. ILAS, Hamburg. 13.02.10

Andere:

Elsner, Gisela (2007): Das neue Mercosur-Parlament. Konrad Adenauer Stiftung KAS Länderberichte Mai 2007, Berlin. www.kas.de 15.02.10

Gratius, Susanne (2009): Europa und Lateinamerikas internationale Neupositionierung: Chancen für eine gleichberechtigte Partnerschaft. In: Zeitschrift für Internationale Politik und Gesellschaft IPG Nr. 2/2009. Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn. S. 78 – 91.

http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-2/2-09_a_gratius_d.pdf 10.03.11

Hofmeister, Wilhelm (2007): Wo, bitte, gehts zum MERCOSUR? Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Gemeinschaft beim Gipfeltreffen in Rio de Janeiro. Konrad Adenauer Stiftung KAS Focus Brasilien Nr. 1 – 19. Januar 2007, Berlin. www.kas.de 17.02.10

Ibáñez, Josep (2000): El nuevo regionalismo latinoamericano en los años noventa. Revista electrónica de Estudios Internacionales n°1. <http://www.reei.org/index.php/revista/num1> 24.03.10

Joerissen, Britta/Steinhilber, Jochen (2010): Zwischen nationaler Entwicklung, regionaler Hegemonie und globaler Neugestaltung – Brasiliens ehrgeizige Außenpolitik. In: Zeitschrift für Internationale Politik und Gesellschaft IPG Nr. 3/2010. Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn. S. 21 – 39.

http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-3/2010-3_joerissen-steinhilber_d.pdf

10.03.11

Pena, Celina/Rozemberg, Ricardo (2005): MERCOSUR: a different approach to institutional development. Policy Paper 05-06. FOCAL, Ottawa.

www.focal.ca/publications 14.5.09

Sanahuja, José Antonio (2007b): Regionalismo e integración en America Latina: balance y perspectivas. In: Pensamiento Iberoamericano n°0. 2007/1. Fundación Carolina, Madrid.

www.pensamientoiberoamericano.org 23.6.09

Suhr, Henning (2008): Souveränität und Regionale Integration – Eine Debatte mit Stephen D. Krasner. KAS-Veranstaltungsbeitrag 05/2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

www.kas.de 27.03.10

Woischnik, Jan (2004): Institutionelle Konsolidierung im MERCOSUR: neuer Präsident, neues Gericht, neues Sekretariat. In: KAS-Auslandsinformationen 1/04, Konrad-Adenauer Stiftung e.V., Berlin. S.82-96.

www.kas.de 13.5.09

INTERNETQUELLEN

www.aladi.org

www.alternativabolivariana.org

www.americasquarterly.org

www.elobservador.com.uy

www.ftaa-alca.org

www.kas.de

www.mercosur.int

www.noticias.latino.msn.com

www.pptunasur.com

www.telesur.tv.net

11. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Integrationsebenen (Malamud, 2003), S. 15

Abbildung 2: Karte von Südamerika (www.welt-atlas.de), S. 39

Abbildung 3: Entwicklung der intraregionalen und externen Ausfuhren (Mercosur Report 2008/2009), S. 40

Abbildung 4: Intrahandel des MERCOSUR (Mercosur Report, 2008/2009), S. 41

Abbildung 5: Organigramm des MERCOSUR (Eigendarstellung), S. 70

Tabelle 1: Basisdaten der Mitgliedsstaaten + Venezuela (CIA World Factbook 2001), S. 40

Tabelle 2: Verteilung der Sitze im MERCOSUR-Parlament (Porcelli, 2010), S. 111

Tabelle 3: Finanzierungsbeiträge der Mitgliedsstaaten (Porcelli, 2010), S. 112

Abstract

Der MERCOSUR (Mercado Común del Sur – gemeinsamer Markt des Südens) wurde als wirtschaftliches Integrationsprojekt und „strategische Allianz“ zwischen Brasilien und Argentinien inklusive Uruguay und Paraguay 1991 mit dem Vertrag von Asunción gegründet. In den 1990er Jahren verzeichnete das Bündnis einen rasanten Anstieg des interregionalen Handels. Doch nationale Probleme und das vorherrschende neoliberale Konzept des *offenen Regionalismus* stürzten den MERCOSUR Ende der 1990er Jahre in die Krise. Erst der Linksruck auf dem Kontinent verhalf dem MERCOSUR wieder an Stärke zu gewinnen. Doch auch das 21. Jhdt. birgt neue Herausforderungen für das Bündnis. So ist der MERCOSUR ein „top-down“ geleitetes Projekt, das vom politischen Willen der Präsidenten der Mitgliedsstaaten abhängig ist. Dieser vorherrschende Interpräsidentialismus, der fehlende supranationale Überbau sowie die verschiedenen anderen Integrationsprojekte auf dem Subkontinent schmälern die Bemühungen um Kohäsion des Bündnisses. Diese Arbeit geht jedoch über eine reine Darstellung des MERCOSUR hinaus. Vielmehr soll sie eine kritische Bestandsaufnahme der regionalen Theorien (offener und post-liberaler Regionalismus), sowie der Integrationsbestrebungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent (zB. ALBA, UNASUR) sein. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Analyse der politischen Herausforderungen, denen sich das Bündnis in Zukunft noch stellen muss.

The MERCOSUR (Mercado Común del Sur – Southern Common Market) is an economic integration bloc based on the alliance between Argentina and Brasil including Uruguay and Paraguay. It was founded in 1991 by the Treaty of Asunción. In the 1990 the bloc could record a rapid increase in intra-regional trade but national problems and the predominant neoliberal concept of the *open regionalism* culminated in economic crisis. The radical change in subcontinental politics (shift to the left) improved the economic and political situation of the bloc. However, the alliance has to face further challenges in the 21st century. As the MERCOSUR is a „top-down“ integration system and therefore controlled by the presidents will, this interpresidentialism and the absent supranational structure as well as the amount

of different integration projects reduce the efforts to consolidate the bloc. Though this paper is more than a pure description of the MERCOSUR but rather a critical appraisal of regional theory (open and post-liberal regionalism) and integration efforts on the latinamerican subcontinent (eg. ALBA, UNASUR). Furthermore the paper is focused on analyzing the political challenges, that the MERCOSUR has to face up.

CURRICULUM VITAE

- Name: Verena Kovacs
- wohnhaft in: 1100 Wien
- geboren am: 25.11.1982 in Güssing, Bgld.
- Staatsbürgerschaft: Österreich
- Schulbildung: 5 Jahre Höhere Lehranstalt für Tourismus und wirtschaftl. Berufe - Abschluß mit Matura
Seit Sept. 2003 Studium der Politikwissenschaften Uni Wien
Spezialisierung: Lateinamerika, Integration, Regionalismus
- Fertigkeiten: Englisch (Wort und Schrift)
Spanisch (Wort und Schrift)
Kroatisch (Grundkenntnisse)
- Allgemeines: Februar 2006: 2 ½ wöchige Studienreise nach Kuba an die Universidad de La Habana mit Prof. Schütz-Müller und Abschluß eines Sprachkurses sowie eines 32-stündigen Seminars
SS 2006 Sprachkurs Spanisch Uni Wien
SS 2006 und WS 2006/07 Sprachkurs Kroatisch (Grund- und Vertiefungskurs, Wirtschaftskroatisch) WU Wien
SS 2007 Konversationskurs Spanisch am LAI
September 2007 bis Juli 2008 Erasmus-Aufenthalt an der Universidad Complutense Madrid
- Arbeitserfahrung: Oktober bis Dezember 2009 Praktikum bei der „US-Mission to International Organizations“ in Wien
Mai 2011 Teilnahme am Lateinamerikaseminar des LAI in Strobl am Wolfgangsee